# Vermag die Ergokratie den Wirtschaftswachstumszwang zu bezwingen?

Vortrag im Rahmen des

**CLUB of VIENNA** 

07. Jänner 2004

von

Karl Mocnik

#### **Can Ergocracy Overcome Economic Growth?**

Karl Mocnik, Austrian Academy of Sciences, A-8042 Graz, Austria Talk held in Vienna January 7<sup>th</sup>, 2004.

#### Abstract.

The forced growth of the economy is an unnaturally accelerated excrescence. It is triggered by an unjust distribution of the means of distribution: the money, which erroneously is conceived of being a means of barter. Its unjust distribution isn't a consequence of individual greed and stinginess but is caused by the actors of economy (entrepreneurs and depending employees) who want to make "profits" and "net-yields". They save money. The 5 million savers of small amounts of money loose it to the few 0,06 million big savers. The small companies suffer crises of debt and they depend on foreign capital to an extent of 80% and lack proper capital. The State lacks tax money; the capitalists lend tax money to the State for money interest; politics is seduced to contract unnecessary debts of the State, and prolonged working time is being imposed on the public. Finally, the economy resembles a combat troupe under the command of hostile sergeants.

Restoring the States' power again the acquired Laissez-faire principle has to be dismissed and replaced by a moral principle. Heinrich Färber's (1864-1941) Ergocratic doctrine provides the culmination point among the classical doctrines of economy and is the pivot of law and order of the State of the future. Ergocracy means governance of power. Not money should govern (Plutocracy) but instead the power governs democratically (Ergocracy). The lecture outlines mechanisms that regularly push a potentially rich economy (the monetarian-capitalistic-socialistic one) through the governance of money (Plutocracy) to the brink.

## Vermag die Ergokratie den Wirtschaftswachstumszwang zu bezwingen?

#### Kurzfassung.

Der beschleunigte Wachstumszwang der Wirtschaft ist eine unnatürliche Wucherung. Ausgelöst und zementiert wird er durch eine Ungleichverteilung des - fälschlich "Tauschmittel" genannten - Verteilungsmittels "Geld". Dessen ungerechte Verteilung ist nicht Folge individueller Gier oder von Geiz, sondern sie entsteht, weil alle Akteure (Unternehmer und unselbständig Beschäftigte) "Profite", "Gewinne" und "Renditen" "erwirtschaften" wollen. Sie sparen Geld. Dabei verlieren die 5 Mio kleinen Sparer Nettozinsgeld an die 0,06 Mio großen Sparer. Klein- und Mittelbetriebe geraten in Schuldenkrisen, sind bis zu 80% fremd finanziert und haben kaum Eigenmittel. Dann erhält der Staat weniger Steuergeld; die Kapitalisten und Banken borgen es ihm auf Zinsen. So wird die Politik zu unnötiger Staatsverschuldung verleitet, die Menschen werden zu längerer Arbeit gezwungen und es wachsen die Staatsdefizite. Am Ende macht die gesamte Wirtschaft den Eindruck einer von einer feindlichen Offiziersstandarte kommandierten Kampftruppe.

Um Herr im eigenen Haus zu werden, muß das anerzogene *laissez-faire* Prinzip verworfen und durch eine moralisch starke Vision ersetzt werden! Die ergokratische Wirtschaftslehre des österreichischen Volkswirts Heinrich Färber (1864-1941) bildet den Höhepunkt und vorläufigen Abschluß der klassischen Wirtschaftstheorien. Sie ist das Zentrum der Reformideen für eine Neuordnung des Staates: Ergokratie bedeutet Leistungsherrschaft. (Ergon – das Werk, die Leistung; kratein – das Herrschen). Nicht das Geld soll autokratisch herrschen (Plutokratie), sondern die Leistung soll demokratisch regieren (Ergokratie)! Der Vortrag analysiert einige Mechanismen, die eine leistungsfähige Wirtschaft – die monetarisch-kapitalistisch-sozialistische – durch die Herrschaft des Geldes (Plutokratie) regelmäßig an den Rand des Abgrundes drängen und er stellt zugleich den ergokratischen Ausweg vor.

**Stichworte:** Zwangsgeld, Zwangsstaat, Monetarismus, Geldmonopol, Wirtschaftswachstum, Inflation, Chrematistik, Währungs- und Preisstabilitätspolitik, Haushaltswirtschaft, Preis- und Kostenwahrheit, Inflationsverbot, Leistungsgeld, Geldsteuer, Ergokratie.

#### Philosophische Vorbemerkung

Das Ziel dieses Vortrags war es weder, zu zeigen, wie die Wirtschaft wirklich funktioniert, noch, wie sie funktionieren sollte. Ein solches Vorhaben wäre unbillig und könnte kaum geleistet werden. Es wurde vielmehr gezeigt, wie Wirtschaft und Staat zu funktionieren scheinen bzw. wie sie funktionieren könnten, um Verteilungsgerechtigkeit zu verwirklichen. Einmal mehr ist an Moritz von Schlicks Verdikt (Wiener Kreis) zu erinnern, wonach man zu unterscheiden habe zwischen der Beobachtung und dem Erkennen.

Das Beobachten sei demnach ein zweiteiliger Vorgang: Es gibt den Beobachter einerseits und das beobachtete Objekt andererseits. Das Erkennen hingegen sei ein dreiteiliger Vorgang: Es gibt den Beobachter einerseits, das Objekt andererseits; aber es gibt noch etwas Drittes: dasjenige, als was das Beobachtete erkannt, interpretiert, wird. Wie in der Quantenmechanik, so spielt diese Unterscheidung zwischen dem Beobachten und dem Erkennen auch bei der Beurteilung von Wirtschaftsformen eine zentrale Rolle bei der Erkenntnisgewinnung! Der Mensch macht sich von jeder Wirklichkeit, auch von einer gedachten oder ersehnten, eine plausible Fiktion, weil er alle Aspekte derselben nicht zu antizipieren vermag. Die so erzeugte Abbildung eines ausgewählten Exzerpts von Strukturen und Prozessen in der Wirklichkeit ist eine Abstraktion und kann sie unmöglich in ihrer Totalität wiedergeben. Man sollte daher nicht diese oder jene Wirtschaftsform als eine einzig selig machende verabsolutieren. Man kann aber Tangenten zu skizzieren versuchen, welche als Leitlinien dienen können zur Orientierung, um das menschliche Leben auf diesem Planeten gemütlicher und nicht unerträglicher zu gestalten. Wie das Ptolemäische, geozentrische Weltbild für fast zwei Jahrtausende eine sehr aetreue Deutung der beobachteten Planetenbewegungen zu liefern schien, bedeutete die kopernikanische Wende und die durch Johannes Kepler präzisierte Deutung der Pla-

Desgleichen erinnert unser derzeitiges, unzureichend mit "Kapitalismus" bezeichnetes Wirtschaftssystem, an ein mit zahlreichen Fehlfunktionen behaftetes Geschehen. Kotauczek bezeichnet den "Kapitalismus" als eine theoretische Denkfigur. Es hat vieler Erfahrungen mit dem Kapitalismus oder dem, was man darunter verstand, bedurft, um diese plausible Schlußfolgerung ziehen zu können. Da Wesensmerkmale des "Kapitalismus" auch in den sozialistischen Wirtschaftssystemen zu beobachten waren und sind, scheinen sich die Bezeichnungen "Monetarismus" bzw. "Mammonismus" noch besser zu eignen.

netenbahnen als Ellipsen, die um die Sonne führen, einen großen gualitativen Sprung.

Monetarismus ist ein sich um das Geld und nur das Geld drehendes Wirtschaftssystem. Noch treffender aber ist der Begriff "Chrematismus" *(private Geldvermehrungskunst)*. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die gegenwärtige Wirtschaft geldzentriert ist, früh dargelegt bereits in J. W. v. Goethes "Faust" (H.-Ch. Binswanger).

Eine andere Form von "Kapitalismus" ist denkbar, ein "gezähmter Kapitalismus" (Knoflacher, Woltron). Ein solcher "Edelkapitalismus" wäre das Gegenstück zum Chrematismus. Das ist die *Wohlstandsvermehrungskunst für alle* oder Leistungsherrschaft, auch Ergokratie genannt, "Ergon" (gr.) das Werk, die Leistung; kratein (gr.) – das Herrschen. Das Geld wird entthront zugunsten der produktiven, schöpferischen Leistung. Das Geld hat lediglich Verteilungsfunktion. Ihrem Autor, Heinrich Färber (1864-1941) in Wien, fällt das Verdienst zu, mit der Ergokratie ein sorgfältig durchdachtes Modell einer ordnungspolitisch konsistenten Wirtschaftsform formuliert zu haben. Anhand dieses Denkmodells wird der gegenwärtige monetarische Raubtierkapitalismus analysiert.

Der Vortrag stellt zuerst eine Reihe von Grundelementen vor, zum Verständnis der Triade "Produktion, Distribution und Konsumption", der Fehlallokation, staatliche Währungs- und Steuerhoheit, einer Finanzreform und dem Automatismus des erzwungenen Wachstums. Die Analyse der Staatsverschuldung und insbesondere des monetarischen Geldsparkreditsystems anhand eines "Viertakt-Kreisprozesses" der Entstehung eingefrorener, untilgbarer Schulden nimmt die zentrale Rolle ein. Abschließend werden die Barrieren für den Ausstieg aus dem *monetarischen* Kapitalismus aufgezählt. Den Schluß bildet eine Adresse an die Republik Österreich für den Austritt aus dem Währungsverbund, nicht aber aus der Politischen Union.

#### Inhaltsverzeichnis Einleitung ...... 6 Geld und Geldreform......7 Warum Geldreform, Finanzreform, Steuerreform?......7 Was ist das Geld?......7 Wodurch ist das Geld gedeckt? ...... 11 Die Wirtschaft und deren Subkreisläufe...... 20 Das unbedingte Recht der Unternehmerschaft, die Gestehungskosten hereinzubringen rechtlich nicht verankert! 28 Das wahre Wesen der notenbanktechnischen "Preisstabilisierung" ....... 34 Der Raub an der Wirtschaft mittels des Giralgeldes .......41 Die ergokratische Steuerlehre...... 47

Konvergenzkriterien: Statt Defizitpolitik wird das Volk bestraft	57
Die Absurdität von Staatsschulden – Absurdität der Währungsunion	57
Monetarismus und Zinsendienste	
Erfolgreicher Staatsverschuldungstest in der Ersten Republik	59
Die Geburtsstunde der Ergokratie	
Die Kinematik der Entstehung der Spargeldansprüche (Kapitalvermögen)	61
Schätzung der "Spareinlagen" in Österreich	61
Was sind "Spargeldansprüche"?	62
Wie könnten Spargeldansprüche von 4 Billionen ÖS entstanden sein?	62
Der Viertaktprozeß des Wachstums der Spargeldansprüche	66
Steigflug der Spargeldansprüche: steigende Wirtschaftsschulden	67
Ergokratie ist Arbeitsdemokratie	68
Was bewirken die Spargeldvermögen in der Wirtschaft?	68
Lamentieren und Demonstrieren absolut zwecklos!	71
Riesengeldgeschenke vieler kleiner Sparer an wenige große Sparer	73
Ungefähre Bezifferung des Gesamtverlusts der Wertschöpfenden	
Investitionswege der kapitalisierten Zinsgelder	76
Das monetarische Duo Arbeitslosigkeit und Exportquote	79
Gibt es einen Wachstumszwang der Wirtschaft?	80
Der Ausweg aus der Wachstumsfalle	81
Vermag die Ergokratie den Wachstumszwang zu bezwingen?	82
Exodus aus der Festung des "monetarischen Kapitalismus"	83
Die zu überwindenden Barrieren	83
Reformstrategie	
Wirkungen der Sofortmaßnahmen	92
Die antimonetarische Botschaft von Heinrich Färber	
Adresse an die Österreichische Republik	95
Literatur	102

#### **Einleitung**

In der Zeit zwischen 1917 und 1941 entstand in Wien die Ergokratische Wirtschaftslehre von Heinrich Färber (1864-1941). Ergokratie heißt Leistungswirtschaft. Ergon (gr.) – das Werk, die Leistung, kratein (gr.) – das Herrschen. Diese Lehre bejaht das Recht der produktiven Leistung und verneint das Vorrecht des Geldes. Sie zeigt, wie Gerechtigkeit erzwungen und Unrecht ausgeschlossen werden kann. Verwirklicht wird die gerechte Verteilung der in redlicher Arbeitsteilung entstandenen Beiträge zum materiellen Gesamtwohl durch einfache Reformen des Geldes und des Steuersystems. Ergokratie könnte eine Alternative zum gegenwärtigen Kapitalismus sein. Der gegenwärtige Kapitalismus ist richtiger Weise ein "monetarischer" oder "mammonistischer" Kapitalismus, ein Kapitalismus der Geldvermehrungskunst, des

monistischer" Kapitalismus, ein Kapitalismus der Geldvermehrungskunst, des "Chrematismus". In ihm überwiegen Fehlfunktionen, die die Wirtschaft von innen her zersetzen. Dem Monetarismus wohnt nämlich ein durch die Instrumente der Geldpolitik künstlich erzeugter, innerer Wachstumszwang inne.

Der Vortrag bricht mit der alten Anschauung von der liberalen Verfasstheit des Geldes und erklärt, was Geld ist und was nicht, was die Steuer ist und was nicht, was das BIP ist und wie es im Monetarismus zur Täuschung des Publikums mißbraucht wird. Preisstabilität darf kein Ziel der Wirtschaft sein. Stattdessen ist Preis- und Kostenwahrheit eine zweckmäßige Orientierungsgröße.

Im Zentrum des Vortrags steht die Analyse der Entstehung der ungeheuren Verschuldung der Wirtschaft, verursacht durch ein wucherisches Bank- und Geldsystem. Vier Faktoren bewirken die Selbstzersetzung des Kapitalismus:

- a) das finanztechnisch deregulierte Geldwesen;
- b) das monetarische Geldsparkreditsystem;
- c) die monetarische Institution von willkürlichen Staatsschulden:
- d) das monetarische, ineffiziente und ungerechte Steuersystem.

Die ergokratische Lehre zeigt, wie man, anknüpfend an die bestehende Wirtschaftsordnung, "durch eine richtige Behandlung des Geldes und der Einführung einer Geldsteuer bei Abschaffung aller anderen Steuerarten zu einer idealen Wirtschaft gelangen kann, so wie, daß jeder Staat unabhängig von anderen Staaten diese Reformen durchführen kann" (H. Färber, 1922). Seit der Mitte 1922 einsetzenden Hyperinflation haben die Regierungen an der Inflationspolitik nichts mehr geändert! Infolgedessen befinden wir uns heute weltweit in einer Situation, in welcher ein Umstieg vom Monetarismus in eine Leistungswirtschaft nicht ohne Zwischenstufen möglich ist.

Die Strategie zum Ausstieg aus dem Monetarismus folgt einem Algorithmus. Dieser setzt die Kenntnis der Entstehungsweise der monetarischen Verschuldung voraus. Der Abbau der riesenhaften, auf Geld lautenden Spargeldansprüche, steht im Vordergrund!

Der Vortrag zeigt, daß Geld und Spargeld, Spargeld und Zinsgeld, Spargeldforderungen und Zinsgeldforderungen, Zinsen und kapitalisierte Zinsen völlig verschiedene Kategorien des Geldes darstellen. Eingangs wird erklärt, daß es im Monetarismus berechtigte und unberechtigte Geldformen knapp beieinander gibt, die durch die neuerdings elektronische Gebarung kaum voneinander zu unterscheiden zu sein scheinen, woraus unüberblickbare Täuschungen und Mißbräuche resultieren.

#### **Geld und Geldreform**

Die Ursachen des Wachstumszwangs der Wirtschaft im monetarischen Kapitalismus sind: a) Allg. Intransparenz der Geldströme und fehlende Steuerbarkeit, b) Dichotomie der Parameter für strukturelle und konjunkturelle Arbeits- und Einkommenslosigkeit aufgrund von unklaren Vorstellungen und Prämissen vom Ursprung der Wertschöpfung.

#### Warum Geldreform, Finanzreform, Steuerreform?

Unabhängig voneinander vertraten H. Färber, A. Lansburgh, Chemie-Nobelpreisträger F. Soddy<sup>1</sup> und S. Gesell einhellig die Meinung, eine Geldreform sei Voraussetzung jeder anderen Reform. Färber schrieb 1927 in der Broschüre "*Das Geldmonopol*":

Die Funktion des Geldes. Ihr Schaffenden müßt arbeiten, um Geld zu haben. Ihr gebt Arbeitsleistungen und Waren für Geld; für Geld, welches der Geldmonopolist druckt. Bedenkt! Ihr arbeitet, schuftet, rackert und sorgt und alles, was Ihr so mühselig geschaffen, gebt Ihr für Geld, welches der Geldmonopolist druckt. Ihm gebt Ihr's zuerst, wem denn sonst? Er verschenkt ja sein selbst gedrucktes Geld nicht, er gibt es nur für etwas, das er bekommt; und von wem kann er es bekommen, wenn nicht von Euch, die Ihr es geschaffen? Wie furchtbar ist diese Erkenntnis!...Sämtliche Reformen sind nichtig! Gibt es da ein entrinnen? Gibt es auch nur einen, der sich retten kann? Sieht man nun nicht die allumfassende und vernichtende Gewalt des Geldmonopols? Wie töricht ist es nun, wenn man die Sachmonopole, den Wucher und die Ausbeutung zu bekämpfen vorgibt, während man Geldmonopole ins Leben ruft! Wie töricht, an soziale Errungenschaften zu glauben, während der Geldmonopolist imstande ist, jede Errungenschaft, die in Geld besteht, zu eskamotieren!...

Wer zuckt bei dieser Offenbarung nicht zusammen?

Die alte Lehre begründete weltweit das Geldmonopol. Die Ursache der Wirtschaftskrisen wurde selbst vom Sozialismus nicht erkannt. Die monetarische Verfasstheit des Geldes in jeglichem Wirtschaftssystem bildet die Ursache von Wirtschaftskrisen.

#### Was ist das Geld?

Das Geld ist ein Recht!<sup>2</sup> Als ein solches ist es <u>Verteilungsmittel</u> und, weil es zum Ausgeben da ist, genuin <u>bipolar</u>: Einerseits ist es <u>Bestätigung</u> für geleistete Arbeit; andererseits ist es <u>Berechtigungszertifikat</u>, welches einen Anspruch verbrieft zum Bezug eines Leistungsäquivalents aus der Wirtschaft<sup>3</sup>. Als *Anteilschein* bildet Geld schließlich und endlich das Leistungsverhältnis der Wertschöpfenden zueinander ab.

Geld ist kein Tauschobjekt! Man tauscht im Inland nicht Ware gegen Geld, weil Geld kein Tauschgegenstand ist. Geld ist auch kein Mittel zur Erleichterung des Tauschs. Im Inland kreditiert bzw. stundet man mittels des Geldes zunächst die Gegenleistung. Endgültig bezahlt ist der Verkäufer, wenn er mittels des erhaltenen Geldes seinerseits Artikel seiner Wahl erwirbt. Deshalb ist es irrig, das Geld ein "Tauschmittel" zu nennen. Die vorläufige Kreditierung der Gegenleistung mittels des Geldes heißt "bezahlen", der des Erwerbs eines Gutes "Kauf". Jede andere Funktion des Geldes ist für die Wirtschaft schädlich. Nur im Außenhandel ist Geld ein Tauschmittel, vorausgesetzt, daß Staaten ergokratisch wirtschafteten. Im monetarischen Kapitalismus treten kaum Staaten zueinander in Handelsbeziehungen, sondern primär private Firmen. Damit wird dem künstlich erzeugten Thema des Wechselkurses Raum gegeben und mit ihm einer Konfusion über dessen Schwankungen.

Verantwortlich für Wirtschaftskrisen sind 1. falsche Definitionen, 2. falsche Funktionen des Geldes und 3. falsche Theorien, die auf 1. und 2. fußen. Geld darf nur zu einer

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Professor Frederick Soddy (F.R.S.): "Money Reform as a Preliminary to All Reform", London 1950.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Auf diese kurzen Formeln gebracht wurde das Geld zeitgleich von zwei Ökonomen, Heinrich Färber in "Das Geldproblem…", Wien 1922 und Alfred Lansburgh (Argentarius) "Das Wesen des Geldes" 1923 in Berlin.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Diese Erkenntnis geht auf Heinrich Färber in seiner Schaffensperiode zwischen 1917-1941 in Wien zurück.

geringen Quote des Geldvolumens der Volkswirtschaft gespart und kreditiert werden. Wird Geld zeitlich mehrere Male hintereinander gespart und für andere Zwecke, als die der Räumung des Marktes, kreditiert und jedes Mal ein Zins beansprucht und gezahlt, dann verwandelt es sich nach Ablauf mehrerer Sparkreditzyklen in "eingefrorene Forderungen", die autonom grenzenlos wachsen und grundsätzlich untilgbar sind. Die Folgen sind Wirtschaftskrise und ein krisenbedingtes Wirtschaftswachstum!

**Geld ist keine Ware, sondern ein Mittel zum Erwerb einer Ware.** Gewöhnlich wird *im Gelde*, wie Silvio Gesell es tat, die *reinste Form der Ware* erblickt<sup>4,5,6</sup>.

Die in der Literatur ausnahmslos verbreitete Standardbehauptung, Geld sei dreierlei: **A)** Recheneinheit und Wertmesser, **B)** Tauschmittel und **C)** Wertspeicherungsmittel, ist falsch. Diese von zahllosen Lehrbüchern verbreitete Behauptung hat ferner auch das rechtzeitige Erkennen des Wesens des Geldes verhindert, vereitelt und verzögert.<sup>7</sup>

Alle auf dieser veralteten Ansicht beruhenden wirtschaftstheoretischen Analysen und Folgerungen sind irreführend. Da, wo sie zu richtigen Schlüssen führen, tun sie es zufällig, trotzdem sie falsch sind. Die **monetarische Ansicht**, bestehend aus *A)*, *B)*, *C)*, ist ein **Provisorium**, keine wissenschaftliche Wahrheit, nicht einmal eine Hypothese! Sie steht dem vorwissenschaftlichen Denken der *Cossisten* nahe.

Die *Coss* war Synonym für eine magische Rechenkunst. Johannes Kepler (1571-1629) amüsierte sich über sie. Seit der Entwicklung des logischen Denkens (Descartes, Leibniz, Schelling, Kant, Feuerbach, Schopenhauer) sollte sie abgelöst sein. Nicht so in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften!

Geld kann nicht geschaffen oder vernichtet werden, ohne die Wirtschaft zu schädigen. Geldschöpfung oder -vernichtung aliquot für alle ist eine sinnlose Handlung ohne Effekt, welche den Teilnehmern die Kaufkraft beläßt. Es drucke zB die Notenbank zusätzliches Geld, so daß jeder Geldbesitzer zu jedem Geldstück (GS), das er hat ein weiteres hinzu bekommt. Wer 1000 GS hat, bekomme 1000 hinzu, wer 100 GS hat, bekomme 100 dazu, wer 1 Mio hat, bekomme 1 Mio hinzu, dann haben alle doppelt soviel Geld, als sie vorher hatten. Dann kosten die Waren und Leistungen das Doppelte und es werden doppelt so viele GS bezahlt und eingenommen. Die Kaufkraft ist unverändert. Schöpft die Notenbank aber Geld für einzelne, so vernichtet sie Kaufkraft aller anderen. Nimmt man jedem von dem Gelde, das er hat, die Hälfte weg und vernichtet es, so hat man an der Kaufkraft aller wieder nichts verändert. Es werden dann für dieselben Waren und Dienstleistungen halb so viele GS ausgegeben und eingenommen, als zuvor. Nur dann, wenn man der Mehrheit und nicht allen, die Hälfte des Geldes, das sie hat, wegnimmt und vernichtet, hat man die Kaufkraft der restlichen Einzelnen gesteigert. – Daraus folgt, daß jeder Manipulation am existierenden Gelde der Boden zu entziehen ist. Dies anzubahnen obliegt der behördlichen Hoheit des Staates.<sup>8</sup>

Geld ist Verteilungsmittel, kein Tauschmittel. Wertschöpfende tragen bei zur Entstehung des Produkts in der arbeitsteiligen Wirtschaft und werden nach deren Beiträgen dafür entgolten. Wer mehr und besser leistet, bekommt mehr Anteilscheine; wer weniger bzw. schlechter leistet, erhält weniger Anteilscheine. Daraus entspringt für jeden einzelnen das Recht zum Bezug eines Teils des Produkts im Verhältnis seines Arbeitsbeitrags

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Heinrich Färber: "Die Irrlehre Silvio Gesells", Wien, 1934; Graz, 2001.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Im Buch "Geld u Kredit" definiert W. Fuhrmann das Geld als Gut, das, wie andere Güter auf dem Gütermarkte auch, auf dem Geldmarkte gehandelt werde und seinen Wert (Kaufwert) je nach Angebot und Nachfrage ändere. Diese Sicht ist im Monetarismus charakteristisch, in welchem den fiktiven Geldleistungen die Hauptrolle (Plutokratie, Mammonismus) und den realen Produktionsleistungen eine Nebenrolle zugewiesen ist.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Siehe auch O. Issing "Einführung i d Geldtheorie", 1998 und HJ Jarchow: "Theorie u Politik d Geldes", 2003.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Heinrich Färber: "Wiedererrichtung der Geldmonopole nach dem Ersten Weltkriege Zweck des Völkerbundes", Wien 1927, Graz 1997.

Sinngemäß nach Heinrich Färber: "Das ergokratische Manifest", Wien 1930, Graz 1997.

zu jenem der anderen. Die Volkswirtschaft ist bezüglich der geschaffenen Leistungen eine Aktiengesellschaft. Das Aktienkapital ist die Arbeitskraft. Das Geld, der Anteilschein, ist die Aktie der Volkswirtschaft. Da es an Arbeitskräften nicht mangelt, ist es irreführend, von einem Kapitalmangel der Wirtschaft zu sprechen. Eine geradezu penetrant inflationär betriebene Propagierung des Tauschmittelcharakters durch Gesells Lehre vereitelt noch heute die Erkenntnis der Natur des Geldes als die eines Verteilungsmittels!

Die täuschenden Begriffe "Bankguthaben" und "Bruttonationalprodukt BNP"

Die österreichischen Bankguthaben (Ersparnisse, Wertpapieranlagen, Aktien, Lebensversicherungen, festverzinsliche Wertpapiere, Auslandsguthaben, etc.) betrugen 2004 **4.07 Billionen ÖS** = 4.070 Mrd. ÖS = 4.070.000 Mill. ÖS = 4.070.000,000.000 ÖS = 300 Mrd. Euro. Sie sind zugleich die Schulden der österreichischen Wirtschaft! Zum Begriff "Bankguthaben" folgendes: Das Jahresbruttonationalprodukt BNP Österreichs erreichte 2004, in Geldwert gerechnet, ziemlich genau 3 Bill. ÖS = 220 Mrd. Euro oder 3.000 Mrd. ÖS. 1994 betrug es vergleichsweise 2.200 Mrd. ÖS (160 Mrd. Euro). Das durchschnittliche Monats-BNP 2004 ist daher <sup>1</sup>/<sub>12</sub> von 3 Bill. ÖS oder 250 Mrd. ÖS. Das ist identisch mit der real zirkulierenden Geldmenge, die man M1 nennt. Es ist gleichgültig, ob dieser Betrag in Papiergeld und Münzen existiert oder als aufgeschriebene Girokontobeträge kursiert oder aus einer Mischung aus beidem, sowohl aus Papier+Münzgeld, als auch aus Girokonto- bzw. "Buchgeldbeträgen". In jedem Falle existiert nur dieses Geld und es hat die Größe von 250 Mrd. ÖS. = 18 Mrd. Euro. Mehr Geld gibt es nicht. Die <u>Bankguthaben</u> über **4,07 Bill. ÖS = 300 Mrd. Euro** sind kein Geld, sondern Ansprüche auf die Ausfolgung von Geld in dieser Höhe! Die Bankguthaben sind zugleich die Schulden der Wirtschaft an die Geldsparer, Wertpapiersparer, Lebensversicherer, Aktienbesitzer, etc!

Diese unangenehme Wahrheit enthüllt sich einem erst, wenn man bedenkt, daß auch das jährliche BIP in Geld nicht existiert, sondern bloß eine kumulative Rechengröße ist. Das jährliche BIP ist sinngemäß dasselbe, wie die in einer Heizperiode in einem Zentralheizungssystem umgewälzte Wassermenge. Ist zB zum Befüllen von Zentralheizungskörpern 100 Liter Wasser erforderlich und wird diese Wassermenge in einer Heizperiode 100 Male umgewälzt, dann hat die Umwälzpumpe insgesamt 10.000 Liter Wasser bewegt. Niemand wird behaupten, daß das Zentralheizungssystem mit 10.000 Liter Wasser befüllt worden sei.

Desgleichen darf man nicht glauben, daß in der Volkswirtschaft Spargeld im Ausmaß von 4 Bill. ÖS vorhanden wären. Die wirklich vorhandene Geldmenge M1 beträgt ¼ Bill. ÖS = 250 Mrd. ÖS = 18 Mrd. € und ist identisch mit dem monatlichen BNP! Da das ganze Geld (250 Mrd. ÖS) monatlich einmal und jährlich zwölf Male zirkuliert, indem es monatlich zyklisch von den Lohn- und Gehaltszahlern zu den Lohn- und Gehaltsempfängern geht und von letzteren wieder auf dem Markt als Kaufgeld an die Lohn- und Gehaltszahler zurückströmt, glaubt man, jährlich 3 Bill. ÖS = 3.000 Mrd. ÖS zu sehen, während es sich bei diesem Jahreswert der Wirtschaftsleistung lediglich um eine Zählersumme handelt: es wurde im Jahr zwölf Mal so viel an Gütern und Leistungen erzeugt und verkauft, als in einem Monat. Zu diesem Umsetzen oder Umwälzen braucht man monatlich lediglich die Geldmenge M1, nämlich 250 Mrd. ÖS = 18 Mrd. € und nicht 3 Bill. ÖS.

Wie jedoch die exorbitant hohe Sparguthabensumme der Sparer bzw. Schuldensumme der Wirtschaft von **4,07 Bill. ÖS = 300 Mrd.** € entstanden sein konnte, ist eine der delikatesten Fragen überhaupt. Sie wird im Kapitel "Die Kinematik der Entstehung der Spargeldansprüche (Kapitalvermögen)" ausführlich behandelt.

\_

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Sinngemäß nach Heinrich Färber: "Das ergokratische Evangelium", Wien 1940, Graz 2003, S. 24.

#### Arten der In-Umlaufsetzung des Geldes und Geldknappheit

Eine Wirtschaft braucht das Geld als **Verteilungsmittel**. Geld sollte **einmalig** in der staatlichen Notenbank **NB** emittiert werden. Heute aber sind Notenbanken AGs. Es gibt zumindest drei Arten der In-Umlaufsetzung des Geldes und zwar als:

- a) zinspflichtiger Kredit, durch die Nationalbank und die Kommerzbank;
- b) zinsloser Kredit (mit 1:1 Rückzahlungspflicht);
- c) Förderungszuwendung an Projektantragsteller (ohne Rückzahlungspflicht)<sup>10</sup>.

Im **monetarischen Kapitalismus** gelangt das Zentralbankgeld wahlweise gemäß den aufgezählten Punkten in den Umlauf. Die häufigste Gestion (Handhabungsart) ist die der Vergabe als zinspflichtiger Kredit aus der privaten Nationalbank-AG über private Geschäftsbanken **GB** (Kommerzbankkredit) an die Unternehmerschaft **U**.

Die **U** verschuldet sich, noch bevor überhaupt eine reale Leistung entstanden ist! Sie verwendet das Geld monatlich für Lohn- und Gehaltzahlungen und für Investitionen, somit wieder für Löhne und Gehälter. Das ganze Geld kehrt monatlich als Kaufgeld von den Haushalten (Konsumenten **K**) zur Unternehmerschaft **U** zurück, es kreist periodisch, zyklisch. Ohne künstliche Störungen zirkuliert das Geld ewig unverändert. Es gibt keine Krise. Da aber im monetarischen Kapitalismus Wirtschafts- und Finanzkrisen unleugbar vorhanden sind, ist es sicher, daß der Geldkreislauf hier durch irgendetwas gestört wird. Um zu verstehen, wodurch Störungen und die permanente Geldknappheit bewirkt sind, braucht man ein paar weitere Grundlagen.

#### Der monetarische Geldarten-Dschungel

"Die kompliziertesten Maschinen sind aus Wörtern gemacht" (Katya Sander, MuMoK Wien, 2005) Wir fügen die daraus folgende Konsequenz hinzu: Worte fordern Verbindlichkeit!

Geld ist, wie gesagt, ein Bezugsrecht. Es gibt zweierlei Geldrechtarten:

- 1. Berechtigtes Geld
- 2. Unberechtigtes Geld

Berechtigtes Geld ist das von der Notenbank am Anfang einer Währungsreform über Kommerzbanken zinspflichtig in die Zirkulation gebrachte Geldvolumen M1.

**Unberechtigtes Geld** ist jedes Falschgeld, auch das staatlich legalisierte. Das ist Geld, welches zum bereits zirkulierenden Wirtschaftsgeld (Geldumlauf M1), zu einem späteren Zeitpunkt hinzukommt, indem durch eine zusätzliche Gelderzeugung (Geldschöpfung) weiteres Geld über Kommerzbanken an Kredit nehmende Subjekte und durch sie in den Umlauf eingeschleust wird und dort parasitär und unberechtigt teilnimmt an der schon mittels des berechtigten Geldes (M1) erfolgenden Verteilung der Güter und Leistungen.

#### Zwei Erscheinungsformen des berechtigten Geldes

- a) Bargeld;
- b) Elektronisches E-Geldsubstitut, elektronisches Buchgeld, Giralgeld und Wertpapiere.

Berechtigtes Geld ist Geld, welches eine konstante Größe besitzt, dh sich auch nach vielen Zirkulationsperioden – ein Monat ist eine Zirkulationsperiode – nicht ändert.

#### Zwei Erscheinungsform des unberechtigten Geldes

- a) Parasitäres Inflationsbargeld (staatl. legalisiertes Falschgeld und "Blüten");
- b) Parasitäres Inflationsbuchgeld, geschöpftes, elektronisches Giralgeld.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Geförderte Institutionen dürfen Fördergelder der OeNB nur ausgeben, aber nicht Gewinne erwirtschaften, zB Forschungsstätten oder Firmenabteilungen, die Jugendliche ausbilden. Finanztechnisch gesehen haben solche Einrichtungen während der Laufzeit der Fördergelder *staatlichen Charakter*, dh sie sind *Steuergeldverwender*. Dem Staat ist die schuldfreie Geldemission per OeNB-Statut untersagt [§ 41 "*Verbot von Kreditfazilitäten für öffentliche Einrichtungen (Bund, Länder, Gemeinden)*"]. Er darf Steuergeld, das er von den Steuerzahlern erhielt, ausgeben, nicht aber Notenbankgeld für Steuern beschaffen!

Unberechtigtes Geld wird in regelmäßigen oder auch unregelmäßigen Zeitabständen vermehrt (fast nie vermindert), so daß in jeder Zirkulationsperiode weiteres Geld hinzukommt. In Österreich lief 1950 eine Geldmenge von ca. 10 Mrd. ÖS monatlich um; in der BRD liefen 1948 (Währungsreform) 6,3 Mrd. DM um. Bis 2004 war der Geldumlauf in Österreich auf ca. ÖS 250 Mrd., in Deutschland auf ca. 300 Mrd. DM angewachsen. Die Wachstumsrate des zirkulierenden Banknotengeldes während der fünf Jahrzehnte zwischen 1948 und 2000 betrug in beiden Staaten ca. 6,5% - 7% 11.

#### Zusammensetzung der nicht baren Geldformen:

- a) berechtigtes, elektronisches Geld (Buchgeld oder Bargeldsubstitut);
- b) unberechtigtes, elektronisches Geld (geschöpftes Buchgeld);
- c) unberechtigte Ansprüche auf berechtigtes und auf unberechtigtes, elektronisches Geld.

Diese Unterscheidung zwischen den Geldformen wurde nie getroffen. Ihr Fehlen ist die Ursache, weshalb das Finanzwesen ein Turm zu Babel geworden ist. Eine andere Ursache der Verwirrung ist die obsolete Gegensatzbildung "Kapitalismus – Sozialismus" in totaler Unkenntnis der wichtigsten zwei Wirtschaftsformen:

#### Zwei Wirtschaftsformen:

- a) monetarischer Kapitalismus (privater Kapitalismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus, auch "Kommunismus" oder "Sozialismus" genannt);
- b) ergokratischer Edelkapitalismus (systematisch vereitelt durch Bürokratie und Monetarismus).

#### Drei Inflationsarten

- a) Notenbankinflation und Kommerzbankinflation (Gelddrucken und Giralgeldschöpfung),
- b) Spargeldinflation (bankmäßige Geldschöpfung zur Befriedigung von Spargeldabhebungen),
- c) Steuerinflation (Zentralbankmäßige Geldschöpfung für Steuerzwecke; ungesetzlich).

#### Fünf Steuersysteme

- 1. Naturalsteuer (veraltet)
- 2. Monetarisches Steuersystem (derzeit üblich, ultrabürokratisch: achtzig Steuerarten);
- 3. Inflationssteuersystem (1918-1921), (Staatliche Inflation); nur eine einzige Steuerart;
- 4. Automatisches Steuersystem (reine Geldsteuer), nur eine einzige Steuerart;
- 5. Lineare Steuer ("Flat Tax").

Der gegenwärtige Kapitalismus ist ein "monetarischer Kapitalismus", gekennzeichnet durch die <u>Herrschaft der unberechtigten Geldformen</u> über die berechtigten und in dieser Herrschaft getarnt durch identische, ununterscheidbare, elektronische Erscheinungsweisen aufgrund der bequemeren Zahlungsgewohnheiten.

Die Alternative dazu ist der "ergokratische Kapitalismus", gekennzeichnet durch die alleinige <u>Herrschaft der produktiven Leistung</u> und des verfassungsgesetzlichen Verbots aller nicht berechtigten Geldformen (Inflationsverbot, Zinsverbot, Verbot des monetarischen Steuersystems).

#### Wodurch ist das Geld gedeckt?

Geld ist gedeckt durch Leistungen und Güter der Volkswirtschaft, auf welche es sich bezieht. Geld bezieht sich nicht auf Gold oder Edelsteine. Gold oder Devisen sind keine Deckung des Geldes<sup>12</sup>. Sich Münzen, die als Zahlungsmittel verwendet werden sollen, für Gold ausprägen zu lassen, ist eine Brechung des Geldwertes, ein Mißbrauch, ein Vertragsbruch, weil Gold keine erbrachte Leistung bescheinigt, sondern in der Natur gefunden wird. Ein auf Hergabe eines Goldstücks geprägtes Geldstück verbrieft keinerlei Anspruch auf Leistungen der Volkswirtschaft. Frederick Soddy: "Gold-Standard Drags all Nations down to Level of Lowest." ("The Role of Money", London,

<sup>11</sup> Bei Gleichverteilung, beschäftigte man alle Arbeitslosen, wäre das Prokopfeinkommen in Österreich [in Deutschland] bei 3,5 Mio [40 Mio] Unselbständigen 250 Mrd./3,5 Mio = ÖS 71 400.- [330Mrd./40 Mio = DM 8 250.-].

<sup>12</sup> Die Wiedererrichtung der Geldmonopole nach dem I.WK Zweck des Völkerbundes, Wien 1927, Graz 1997.

1934). Sich mit dem Argument der Stabilisierung der Währung inländisches Geld zu drucken auf der Basis aufgekaufter Devisen, ist ein Raub durch Inflation<sup>13</sup>.

#### Deckungsschwindel: die Deckung büßt Wert ein, das Gedeckte nimmt an Wert zu!

Das, was die Seipel-Regierung und die sozialistische Opposition bereits 1926 verharmloste, scheint man auch im Europa von 2004, nach achtzig Jahren, erneut zu verharmlosen, obwohl sich dasselbe Drama zu wiederholen scheint.

Heinrich Färbers im prosaischen Ton vorgetragene Analyse ist wegen ihrer brennenden Aktualität geradezu eine alle Umbruchszeiten überdauernde Muß-Lektüre geblieben<sup>14</sup>:

"Was jeden Österreicher ohne Unterschied des Berufes interessieren sollte, ist erstens die Frage: wie kommt es, daß der Dollar, der durch Gold voll gedeckte, der Dollar, der dazu ausersehen wurde, die europäischen Währungen zu decken, ihnen einen Wert und eine Kaufkraft zu verleihen – wie kommt es, daß dieser Dollar sowohl die Kaufkraft als auch den Wert einbüßt, daß die Warenpreise in Amerika steigen und der ausländische Wert, der Kurs, des Dollars sinkt?

Wie kommt es, daß der an sich Wert und Kaufkraft habende Dollar, an Wert und Kaufkraft verliert, während der an sich keinen Wert und keine Kaufkraft habende Schilling, der deckungsbedürftige, an Wert zunimmt, im Kurse steigt?<sup>15</sup>

Wie kommt es, daß eine Währung, die deckungsbedürftig ist, wie zum Beispiel der Schilling, - wie kommt es, daß eine solche Währung, nachdem sie einen Teil der Deckung verloren hatte, nachdem der Wert und die Kaufkraft des deckenden Dollars zurückgegangen war – wie kommt es, daß diese Währung, dieser Schilling, von seinem Werte nicht nur nichts eingebüßt, sondern sogar an Wert zugenommen hat?

Wie kommt es, daß jemand, der Krücken haben muß, um aufrecht stehen zu können, nachdem die Krücken zerbrochen worden sind, nicht nur weiterhin aufrecht steht, sondern sogar zu laufen beginnt?

Und wie kommt es, daß der Schilling nun, da er an äußerem Wert (Kurs) zunimmt, an innerem Wert (Kaufkraft) abnimmt, das heißt, daß die Warenpreise steigen, und man für dasselbe Geld weniger Ware bekommt?

Wie kommt es, daß ein Krüppel, dem beide Beine fehlen, welcher sich mit Prothesen bewegt, nun, da die Prothesen unbrauchbar geworden sind, sich mit einem Stumpf vorwärts und mit dem anderen rückwärts bewegt?

Sieht man nun nicht ganz klar, daß Wert und Kaufkraft einer Währung nicht von einer so genannten Deckung abhängt, daß die Währung trotz Deckung sowohl Wert als auch Kaufkraft verlieren kann? Wovon also hängt Wert und Kaufkraft einer Währung denn ab?"

Heinrich Färber widmete diesem Fragenbündel einen ganzen Antwortkomplex, welcher weit über das hinausgeht, was moderne Lehrbücher auf diese "alten" und bisher nie klar beantworteten Fragen zu sagen wissen.

#### Die wahre Deckung: a) Die Kaufkraft.

"Die Kaufkraft einer Währung überhaupt hängt von dem Vorhandensein von Waren ab. Kann man in einer Wirtschaft, wie sie jetzt ist, mit ihren tausenderlei Artikeln und bei der tausendfältigen Arbeitsteilung die Waren ohne Geld absetzen? Wenn man aber Geld haben muß, um die Waren abzusetzen, wenn man Ware für Geld verkaufen muß, so muß man für Geld Ware kaufen können, muß man für Geld Ware bekommen; das heißt, das Geld hat Kaufkraft. Es hat Kaufkraft, weil Ware vorhanden ist; nur wenn keine Ware vorhanden ist, ist es möglich, daß das Geld keine Kaufkraft hätte; es ist aber nicht möglich, daß es, trotzdem Ware vor-

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Heinrich Färber: "Monetaros I-IV", Wien 1926.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> "Ungeheure I nflation in Amerika! E+ geht Österreic an" H. Färber, in "Der Scaffende", Nr. <u>9</u>; Wien, 1. Jän. 1927.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Der Eurokurs 2004 steigt, doch das Publikum klagt über den "*Teuro"*, über den Kaufkraftschwund!

handen ist, keine Kaufkraft hätte aus dem Grunde, weil keine Deckung in einer Notenbank begraben ist.

Die Ware einer Volkswirtschaft ist die Deckung ihres Geldes; eine in einer Notenbank begrabene Deckung braucht man dazu nicht: diese Deckung hat auch keinen Zweck; denn ist keine Ware da, so hat das Geld trotz des begrabenen Schatzes keine Kaufkraft; es hat keine Kaufkraft, es kann keine Ware kaufen, weil keine da ist; es [das Geld] ist dann also trotz des begrabenen Schatzes nicht gedeckt.

Wenn aber die Kaufkraft des Geldes überhaupt nur vom Vorhandensein von Ware abhängt, so ist es klar, daß die Größe der Kaufkraft des Geldes nur von der Größe der vorhandenen Warenmenge abhängt. Man kauft fürs gesamte Geld einer Volkswirtschaft mehr Ware, wenn mehr Ware da ist, und weniger, wenn weniger Ware vorhanden ist. Die Kaufkraft des gesamten Geldes einer Volkswirtschaft steigt und sinkt mit der Zunahme und der Abnahme der Warenmenge.

Für einen Bruchteil des gesamten Geldes kauft man selbstverständlich bloß denselben Bruchteil der Warenmenge, die man fürs gesamte Geld kauft: für die Hälfte des gesamten Geldes die Hälfte der Warenmenge, für ein Viertel des gesamten Geldes bloß ein Viertel der Warenmenge usw. Die Kaufkraft der Geldeinheit, zum Beispiel eines Schillings, hängt also davon ab, welchen Bruchteil des gesamten Geldes die Einheit darstellt. Wenn die Einheit zum Beispiel die Hälfte des gesamten Geldes bildet, ist ihre Kaufkraft zweimal so groß, wie wenn sie bloß ein Viertel des gesamten Geldes wäre usw. Wenn man den Geldumlauf vermehrt, wird der Bruchteil der Geldeinheit verkleinert. Wenn das gesamte Geld zum Beispiel aus zwei Schillingen besteht, so ist ein Schilling die Hälfte des gesamten Geldes; wenn das gesamte Geld aber aus vier Schillingen besteht, so ist ein Schilling bloß ein Viertel des gesamten Geldes. Im ersten Falle kauft man für einen Schilling die Hälfte, im zweiten Falle bloß ein Viertel der Warenmenge. Vermehrt man den Geldumlauf auf das Zweifache, so sinkt die Kaufkraft des Schillings um die Hälfte. Es ist nun klar, daß dies der Fall ist, einerlei, ob in der Notenbank ein Schatz, eine Deckung, begraben ist oder nicht.

Die Größe der Kaufkraft einer Geldeinheit hängt also erstens von der Größe der Warenmenge und zweitens von der Geldmenge, dem Geldumlauf, ab. Eine begrabene Deckung hat darauf keinen Einfluß."

#### "Die wahre Deckung: b) Der Kurs"

Wie die innere Kaufkraft einer Währung von der Warenmenge, das ist die Menge der Sache, die fürs Geld zu verkaufen ist, abhängt, hängt auch die äußere Kaufkraft, der Kurs, einer Währung von der Sache, die auf dem internationalen Markte für diese Währung zu verkaufen ist, ab, das ist von dem ausländischen Gelde, das für diese Währung angeboten wird. Der Kurs des Dollars, für die man Schillinge kaufen möchte, hängt von der Menge der Schillinge, für die man Dollars zu kaufen sucht, ab. Was diese beiderseitigen Mengen bestimmt, ist in diesem Absatze nicht zu erklären, es ist ein Kapitel für sich; aber das eine ist klar, daß durch eine Vermehrung des Dollarumlaufs, durch eine amerikanische Inflation, nicht nur die Dollars, für welche Mark zu kaufen gesucht wird, sondern auch die, für welche man Schillinge kaufen möchte, vermehrt werden. Oben haben wir denn auch gelesen, daß sowohl in Wien als auch in Berlin Dollars in großer Menge angeboten wurden; nun wissen wir, warum dies geschah, nämlich, weil Amerika Inflation gemacht, den Dollarumlauf vermehrt hat. Aus diesem Grunde ist der Dollarkurs, wie oben zu lesen ist, auch gefallen."

## Amerika und England überschwemmen Deutschland und Österreich mit inflationierten entwerteten Dollars und Pfunden!

Ein anderes Zeichen für diese Inflation ist folgende Erscheinung: Am 20. 12. 1926 haben wir gelesen, daß sowohl in Wien als auch in Berlin Golddevisen in großer

Menge abgestoßen werden, und daß die Devisenlieferungen bei der OeNB ziemlich bedeutend sind. Der Dollarkurs sank in Wien auf 708.50.

Am 21. 12. 1926 haben wir gelesen: "Neue Tiefkurse für den Dollar in Wien. Infolge des großen Devisenangebotes, insbesondere in Pfunden und Dollars, ging der Dollarkurs in Wien gestern wieder auf einen Tiefstand von 707,80 zurück. Die Devisenkäufe an die Notenbank nehmen in stärkerem Maße zu.

Keine Zeitung bespricht die tief erschütternde Bedeutung dieser Erscheinungen! Diese Erscheinungen sind, wie gesagt, durch die Dollarinflation zu erklären. Amerika hat zu viele Dollars und bietet sie dem Auslande zum Kaufe an, deshalb sinkt der Dollarkurs. Das, meint man, sei eine Sache, die nur die Valutenhändler interessiert; leider ist es nicht wahr.

#### Das Naturwidrige einer Stabilisierung

Was geht uns diese Sache an, wird man fragen, warum sollten wir uns dafür interessieren, da wir keine Valutenhändler sind. Gewiß, antworten wir; wenn nichts weiter daran wäre, als daß Amerika eine Inflation gemacht hat, ferner, daß die Warenpreise in Amerika gestiegen sind, und schließlich, daß die Amerikaner uns ihre so entwerteten Dollars maturgemäß billiger verkaufen, würden auch wir, die wir keine Valutenhändler sind, uns dafür nicht interessieren. Wir würden dann auch nichts daran auszusetzen haben, da dies ja die naturgemäße Folge der amerikanischen Inflation ist.

Die Sache steht aber ganz anders. Es ist ja gar nicht wahr, daß Ihr (die Allgemeinheit) dafür kein Interesse hättet. Ihr alle, einerlei, welcher Partei Ihr angehört, wolltet eine stabilisierte Währung haben. Einerlei, ob schwarz oder rot, der ganze Nationalrat hatte nichts Wichtigeres zu tun, als die Währung zu stabilisieren. Der Vertreter der Proletarier Dr. Bauer gratulierte dem Dr. Seipel im Parlament zur gelungenen Stabilisierung. In einer seiner Broschüren rühmte sich Dr. Bauer dessen, daß die Stabilisierungspolitik der österreichischen Nationalbank seine Politik sei. Und, seien wir ehrlich, wer außerhalb der ergokratischen Partei ist denn nicht überzeugt, daß die Stabilisierung der Währung eine hervorragende und glückbringende Leistung sei? Wie eine Währung stabilisiert wird, dürften allerdings nur Ergokraten wissen. Nun denn, die Stabilisierung der Währung hängt mit der Geschichte, die wir hier behandeln, zusammen; und wenn Ihr Euch für die Stabilisierung so warm interessiert, müßt Ihr auch für diese Abhandlung Interesse haben; denn nun könnt Ihr sehen, wie man eine Währung stabilisiert.

Man stabilisiert eine Währung, indem man Maßnahmen trifft, um zu verhindern, daß nicht das geschehe, was naturgemäß geschehen sollte. Naturgemäß müßte Amerika uns die Dollars, die es durch Inflation entwertet hat, billiger verkaufen, und Amerika würde es auch bestimmt einsehen, einsehen müssen und billiger verkaufen müssen, wie durch die Tatsache beweisen ist, daß es uns die Dollars billiger verkauft hat; aber unsere Währung wäre dann nicht stabilisiert; wir bekämen für dieselbe Anzahl von Schillingen mehr Dollars oder wir zahlten für einen Dollar weniger Schillinge, das heißt, unser Schilling würde steigen und der Dollar würde sinken. Daß dieses Unglück nicht geschehe, dafür sorgte der österreichische Nationalrat<sup>16</sup>, indem er eine Aktiengesellschaft zum Gelddrucken ins Leben rief, die in Befolgung der Politik des Dr. Bauer einem solchen Geschehen halt gebietet. Wie macht sie es?

#### Wie wird stabilisiert?

Oben haben wir gelesen, wie eine Notenbank imstande ist zu stabilisieren. Am 20. lasen wir: "Bei der österreichischen Nationalbank sind die Dollareinlieferungen ziem-lich bedeutend." Am 21. lasen wir: "Die Devisenverkäufe an die Nationalbank nehmen in stärkeren Maße zu."

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Siehe das Kapitel "Monetarismus und Zinsendienste" und "Genfer Sanierung" ff.

Bei der ökonomischen Orientierung unseres Volkes ist es nicht zu verwundern, daß die meisten solche Berichte gar nicht lesen, andere sie nicht beachten, und wieder andere, die sie lesen und beachten, sich nur darüber freuen, daß unsere Nationalbank (unsere?) mehr Devisen haben wird. Wer weiß und bedenkt es aber, daß die Notenbank zu diesem Zwecke neue Schillinge druckt, Inflation macht?

Das Drucken neuer Schillinge, das Entwerten des Schillings an sich ist nur eine Dummheit, aber noch nicht das Böse. (Von den Nebenwirkungen einer Inflation wollen wir hier absehen). Die Amerikaner möchten uns übers Ohr hauen und uns entwertete Dollars, die sie im Überfluß haben, anhängen; nun druckt die österreichische Notenbank neue Schillinge und entwertet den Schilling ebenfalls, um den Amerikanern für entwertete Dollars ebenso entwertete Schillinge zu geben. So gesehen wäre es eine harmlose Dummheit; denn entwertet man den Schilling nicht, so zahlt man für den entwerteten Dollar weniger Schillinge, wie die früher gelesenen Tatsachen bewiesen haben; wenn man den Schilling aber entwertet, muß man für den Dollar mehr Schillinge zahlen. Es käme also auf eins heraus, und die Entwertung, die Stabilisierung, des Schillings wäre eine harmlose Dummheit.

#### Zweck der Stabilisierung

Das wäre der Fall, wenn die Notenbank die neuen Schillinge unter die Schillingbesitzer verteilte; sie würden dann zwar mehr Schillinge für den Dollar zahlen, dagegen hätten sie aber neue Schillinge umsonst erhalten; sie würden daher keinen Schaden haben. So dumm ist doch aber eine Notenbank nicht, daß sie Banknoten zum Verteilen druckte. Sie druckt die neuen Schillinge für sich und kauft dafür Dollars. Die Schillinge kosten sie nichts, wie in diesen Blättern bereits erklärt wurde; sie bekommt die Dollars also umsonst. Nicht recht gescheit sind nur die Österreicher, denen eine solche Stabilisierung Vergnügen macht; denn davon kommt folgendes heraus:

Die neuen Schillinge kosten die Nationalbank, wie gesagt, nichts.<sup>17</sup> Sind aber die Amerikaner so dumm, um für ihre Dollars etwas zu nehmen, was nichts kostet? Was nichts kostet, kann etwas Geschenktes, etwas Gestohlenes, aber auch etwas, was wertlos ist, sein. Da die Notenbank die neuen Schillinge nicht geschenkt erhielt, und wir vorderhand nicht sagen möchten, daß sie sie gestohlen habe, so müßten wir annehmen, daß die neuen Schillinge etwas Wertloses sind; sind die Amerikaner so dumm, um für ihre Dollars etwas Wertloses zu nehmen? Welches Geheimnis steckt da dahinter? Folgendes:

#### Stabilisieren ist Stehlen.

Es ist richtig, daß die neuen Schillinge die Notenbank nichts kosteten; aber die Amerikaner kaufen für diese Schillinge, die sie von der Nationalbank erhielten, in der österreichischen Volkswirtschaft ein. Sie kaufen die Waren weg, die sonst die Österreicher für ihre alten Schillinge bekommen hätten. Die Besitzer der alten Schillinge haben also den Schaden; sie tragen die Kosten der neuen Schillinge, ihnen wurde die Ware gestohlen. Nun sehen wir, daß die neuen Schillinge, die die neue Notenbank druckte, nicht etwas Wertloses, auch nicht etwas Geschenktes, sondern etwas Gestohlenes sind; gestohlen den Besitzern der alten Schillinge; denn es ist alleseins, ob man den Besitzern des alten Geldes Schillinge stiehlt oder das, was sie für ihre Schillinge bekommen sollten. Für gestohlene Schillinge also kauft die österreichische Notenbank Dollardevisen, und das heißt Stabilisierung der Währung!

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Siehe H. Färber: MENETEKEL I., Wien 1935, Graz 1998, S. 23: "Der Papierfabrikant liefert der Notenbank einen Waggon Papier und bekommt dafür ein Stückchen seines Papiers, allerdings bedruckt, und damit ist er bezahlt! Bedruckt wird dieses Stückchen Papier von einem Arbeiter der Notenbank, und der Arbeitslohn wird mit einem Stückchen Papier des Papierfabrikanten bezahlt! Welche Gestehungskosten hat die Notenbank? Was ist ihre Leistung? Und wer ist ihr einen "bürgerlichen Nutzen" schuldig?…"

#### Stabilisieren ist betrügen und rauben.

Aber nicht nur die Schillingbesitzer, das sind die Konsumenten, haben den Schaden, auch die Warenverkäufer, die Produzenten, werden dadurch geschädigt. Sie wissen ja nicht, daß die Notenbank durch Vermehrung des Geldumlaufs den Schilling entwertet hat; sie geben dem Amerikaner daher für den neuen Schilling ebensoviel Ware wie vorher; sie werden also betrogen und beraubt.

Was ist nun das Ergebnis? Die Konsumenten werden bestohlen, die Produzenten und die Kaufleute werden beraubt, den Gewinn, die Beute haben die Notenbanken, die Inflation gemacht haben, die amerikanische sowohl als auch die österreichische. Das ist Stabilisierung der Währung, mit der der österreichische Finanzminister Dr. Kienböck so "glücklich" ist. Das ist die "überragende Bedeutung" der Nationalbank, ihr "legitimer Wirkungskreis", wovon Dr. Otto Bauer sprach, weshalb sie sein Vertrauen erworben hat. Das ist das "ethische Interesse" der Notenbank, "Noten zu drucken", wovon Dr. Reisch sprach (Bericht des Finanzministers und Bundesausschusses vom 22. Dez. 1926). – Oh, zwanzigstes Jahrhundert! Begrabe dein Haupt, verhülle deine Augen, verbirg' dein Angesicht vor Schande! Nichts ist schändlicher, als deine dumme Währungspolitik!"

#### Der Intellekt Ursprung der wirtschaftlichen Werte

Der erste Satz in Marxens Lehre, die Arbeit sei das Fundament der Rente, des Kapitals, der Arbeitswerttheorie, ist kritikwürdig! Nicht die Arbeit ist das Fundament der Wirtschaft, sie ist lediglich Handlanger im Dienste des menschlichen Intellekts. Aus der Summe tausendjähriger Erfahrungen und immer neuen geistigen Errungenschaften zieht der Intellekt aus dem kleinsten Aufwand an Zeit und Mühe den größten Effekt, schrieb der Berliner Bankdirektor Lansburgh (1872-1937)<sup>18</sup>. Daraus folgt, daß das bürokratische Prinzip "Vollbeschäftigung" einer Modifikation bedarf.

Lehrsatz: Die Wirtschaft produziert weniger mit der Arbeit als mit dem Verstand. Der Marktpreis aller Güter berechnet sich nicht nach Arbeitsstunden.

Die Arbeit muß den Intellekt unterbieten, anders kann sie sich nicht bewähren. Dann fällt der Arbeitslohn oft unter das Existenzminimum. Daher sollte sich der Lohn nach dem Ideenreichtum (Lansburgh) richten. Stichhältig ist **Färbers Lohndefinition.** Aus der Arbeitsteiligkeit der Wirtschaft folgt mit zwingender Notwendigkeit:

Der Lohn entspricht dem individuellen Beitrag zum gesamten Produkt.

#### Die Ergokratie und die Verteilungsfrage.

Die ergokratische Wirtschaftslehre von Heinrich Färber beruht auf dem Grundsatz - welcher von den herkömmlichen Wirtschaftslehren nicht erkannt worden ist – daß aus der Arbeitsteiligkeit der Produktion aller materiellen und ideellen Lebensgüter unbedingt ein berechtigter Anspruch erwächst für jeden an der Wertschöpfung Beteiligten, auf die Ausfolgung eines Teils des Produkts und zwar in einem Umfang, welcher dessen Arbeitsleistung entspricht.

Unbestreitbar ist, daß eine Gesellschaft von Teilhabern, das ist eine Arbeitsgemeinschaft (Staat, Wirtschaft), ohne eine Regel der Verteilung unvorstellbar ist.

Bedenkt man ferner die Tatsache, daß ausreichend Lebensgüter da sind und außerdem ungenützte Arbeitskräfte, welche noch mehr von allen guten Dingen herstellen könnten, und daß dennoch viele Familien der aktiv Tätigen Mangel leiden, so ist es gewiß, daß nur eine ungerechte Verteilung dafür verantwortlich ist. So lange kein gerechter Verteilungsmodus gefunden wird, ist an eine Besserung der Wirtschaft nicht zu denken.

Alfred Lansburgh ("Argentarius"): "Das Kapital", Berlin 1930; "Die Arbeit", Berlin, 1931.

#### Die Plünderung der Wirtschaft durch Geldmonopol und Finanz

Die ergokratische Lehre hat den Verursacher der ungerechten Verteilung identifiziert: das Geldmonopol. Dieses Geldmonopol agiert in vielen Formen auf der politischen Bühne: Inflation, Geldentwertung, Kaufkraftschwund, Geldknappheit, Geldsparen, Wertpapieranlegen, Aktienhandel, Börsenspekulation, Investmentfondsparen, Steuervergünstigungen, Steuerflucht in Steueroasen, etc. Allen Formen des Geldmonopols ist eines gemeinsam: Die Erlangung von Zugriffsrechten auf große Teile des aktuell zirkulierenden Geldvolumens M1 = 250 Mrd ÖS = 18 Mrd. Euro. Eine der entsetzlichsten Tatsachen ist es. daß die Wertschöpfenden die Entstehung eines Finanzsektors (Banken, Versicherungen) geradezu erzwungen haben, welcher aus einer weltweit äußerst kleinen Zahl von Menschen besteht. Das Weltvolk schenkt diesem Sektor größte Teile seiner Erzeugnisse. Mehr noch: In jedem Lande der Welt wuchs dem Finanzsektor die Macht zu, ein Vielfaches des zirkulierenden Geldes zu fordern! In Österreich fordert er das ca. 23-fache des Geldumlaufs, in Deutschland das ca. 30-fache des dortigen Geldumlaufs, in der EU fordert er das ca. 20-fache des europäischen Geldumlaufs usw. Nicht Mutwille dieser kleinen Zahl von Menschen oder deren Gier ist es, sondern ein unerkannter Umstand, welchen man größtenteils den Abermillionen gedankenlosen, kleinen Sparern ankreiden muß!

"Die Produzenten", schrieb Heinrich Färber<sup>19</sup>, "sollten sich daher nicht einbilden, daß alles, was sie erzeugten, ihnen gehöre. Würde man nämlich alles, was sie haben, versteigern, könnten sie nicht mehr als den Geldumlauf [M1, d. Verf.] einnehmen, während das Geldmonopol ein Vielfaches dessen, was die Produzenten haben, von ihnen fordert. Die Finanz würde alles, was die Produzenten haben, mit einem geringen Teil der Forderungen erwerben. Den Produzenten bliebe nichts außer der Rest der Schulden. Kurz, es steht fest, daß die jetzige Wirtschaft so geartet ist, daß es der Finanz möglich ist, die Produzenten bis aufs Hemd zu plündern."

Die derzeitige allgemeine Auffassung von Ordnung (monetarischer Kapitalismus und monetarischer Sozialismus) garantiert dem Geldmonopol, dem Finanzsektor, schrankenlose Freiheiten zur Ausplünderung der Wirtschaft.

Bei einer Verteilung gemäß der Leistung (Ergokratie) wäre eine Ausplünderung der Wertschöpfenden durch jene, welche sich an der Wertschöpfung nicht zu beteiligen brauchen, ausgeschlossen. Sollte daher kein gerechter Verteilungsmodus gefunden werden, ist eine Gesundung der Wirtschaft unmöglich.

#### Die monetarisch verfasste Wirtschaft beruht auf Zinsen

Geldmonopol und Finanzsektor sind eins. Sie sind Nutznießer des Zinswesens. Der Zins ist das Werkzeug zur sich monatlich wiederholenden Erzwingung von Zugriffsrechten auf einen erheblichen Teil des monatlich zirkulierenden Wirtschaftsgeldes M1. Mit diesem Geldanteil wird der Wirtschaft ein großer Teil der Güter und Leistungen geraubt. Folglich ist der Zins der Hebel zur Beraubung der Wirtschaft.

#### Die ergokratische Wirtschaft kommt ohne das Zinswesen aus

In einer durch Ordnungspolitik vor Beraubungen geschützten Wirtschaft gibt es keine Inflation und keine Zinsen. Sie sind sachlich nicht gerechtfertigt. Das ergokratische Inflationsverbot bewirkt zweierlei: 1. es verbietet die Geldmengensteuerungspolitik der Zentralbanken und 2. es macht Börsen und Börsengeschäfte überflüssig. Die Sorge um das richtige "Geldmengenziel" entfällt. Nach Färber ist das einmal gedruckte Geld niemals zu wenig. Es ist lediglich ungerecht verteilt. Für eine geregelte Verteilung ist die monopolistische Manipulation der Geldmenge ein unpassender Ansatz!

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Der Ergokrat, Nr. 11, "Denkschrift: Färber an den Präsidenten Roosevelt", Wien, Juni 1934.

#### Geldmenge: Entweder Bargeld oder Buchgeld oder beides?

Das zirkulierende Geld kann entweder aus *Bargeld* oder aus *Buchgeld* oder aber aus beiden Geldarten bestehen. Das Bargeld wird in einem "*Geldwettlauf*" immer mehr vom elektronischen Buchgeld verdrängt. Dabei sollte die Geldmenge **M1** unverändert bleiben. Das aus dem Markt verdrängte Bargeld sollte als Reserve zur jederzeitigen Verfügung in der Zentralbank stillgelegt sein. Das in den Markt hineindrängende Buchgeld kann das Bargeld daher höchstens ersetzen.

#### In der ergokratisch geordneten Wirtschaft gibt es kein Steuerproblem

Inflationsverbot und Zinsverbot könnten viele Zentralbankfunktionen entbehrlich machen. Es entfielen: 1. die Steuerung der Geldmenge; 2. die Leitzinspolitik, 3. Anleihepolitik und Zinsendienste; 3. die Kürzung des Budgets; 4. die Defizite. Vor allem entfielen Finanzämter, weil die Steuer durch einen neuen Algorithmus eingezogen wird und nicht, wie jetzt, indem der Zwangsstaat der Steuer erfolglos hinterher hetzt.

#### Geldgewinne kein Wirtschaftszweck!

Es gibt keine Geldgewinne ohne Geldverluste. Da Geldverluste unerwünscht sind, ist der Wirtschaftszweck 1. die Sicherung der Existenz der Bevölkerung, 2. die Schaffung von Wohlbefinden für alle und 3. Maximierung der Freiheit und Entfaltung jedes Menschen.

Mehr Geld zu bekommen für mehr und bessere Leistungen ist möglich in einem geordneten Staatswesen, wo dem Gelde keine Potentiale zum Mißbrauch innewohnen. Im derzeitigen Monetarismus ist das Geld so verfaßt, daß es dreierlei zeitigt: 1. eine Beraubung der Wirtschaft, 2. den Ausschluß eines Teils der Leistungswilligen aus der Wertschöpfung und 3. steigende Vorenthaltung der Disponibilität / Freiheit!

Da es keine Geldgewinne ohne -verluste gibt, ist klar, daß Geldknappheit und Geldgewinn nur Elemente in einer vom Geldmonopol gegängelten Wirtschaft sind!

#### Monetarisches Geldmonopol gegen Leistungswirtschaft

Die Abb.2 zeigt die beiden einander diametral entgegen gesetzten Systeme: **a)** monetarischer Kapitalismus; **b)** Leistungswirtschaft (Ergokratischer Kapitalismus). Beiden Systemen gemeinsam ist der reale Sektor, das sind zwei Ebenen:

1. Die Ebene des Produktionssektors, dargestellt durch einen Tisch, bedeckt mit Warenkörben und 2. Die Ebene der Entgelte für erbrachte Leistungen, die Ebene des Geldsektors, welche sich auf diese Güter und Leistungen der Wirtschaft bezieht.

Der Unterschied zwischen beiden besteht darin, daß im monetarischen Kapitalismus a) noch eine dritte Ebene hinzukommt, deren Existenz im ergokratischen Kapitalismus b) staatsgrundgesetzlich verboten ist, das ist die Ebene des Geldmonopols, des Wucherkapitalismus, gekennzeichnet dadurch, daß in ihr die geldmonopolistischen Mechanismen der Zuteilungsrechte und Forderungen auf Geldanteile im realen Sektor identisch sind mit Forderungen nach gegenleistungslosen Zugriffsrechten auf reale Güter und Leistungen der Volkswirtschaft.

Diese dritte Ebene verdankt ihre Existenz allein der mangelhaften Demokratisierung und der unzureichenden Aufklärung der Staaten und Völker.

#### Das innerste Wesen des privaten Geldmonopols

Der zentrale Lebenszweck des Geldmonopols ist die Errichtung eines Netzes von Institutionen, welche den wertschöpfenden Sektor vom Bezug der von ihm angebotenen Leistungen und Güter zunehmend ausschließt. Dessen Biotop ist die Politik. Ihr verdankt die Wirtschaft eine private Zentralbank, private Geschäftsbanken, private

Kreditinstitute, private Anlageberater, private Versicherungsunternehmungen und private Steuerberater. Das private Bankgeheimnis ist das Geheimnis der Politik, ein privates Monopol zum Einblick in die Vermögensstrukturen aller Firmen und aller Staatsbürger zu verankern und die Wirtschaft dirigistisch zu gängeln.

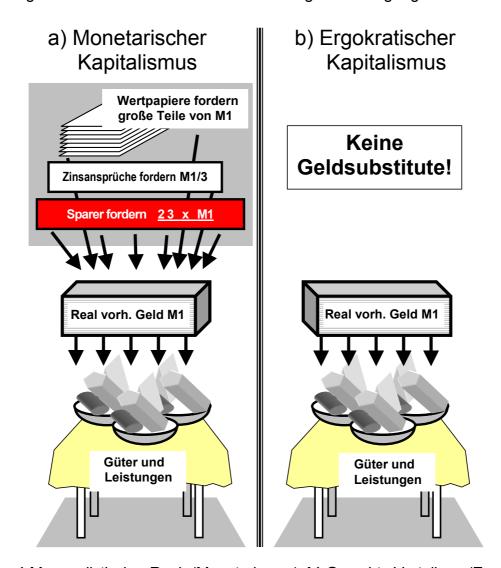


Abb.1: a) Monopolistischer Raub (Monetarismus); b) Gerechte Verteilung (Ergokratie).

#### Die trügerischen Begriffe "Konjunktur" und "Rentabilität"

Steigt das BIP, spricht man von einer guten Konjunktur, fällt es, von einer schlechten. Wie noch gezeigt werden wird, ist jede Änderung des nominalen BIP schädlich für die Wirtschaft.

Richtig sollte die Konjunktur an den Güter- und Dienstleistungspreisen in allen Branchen ablesbar sein, dh daran, ob das reale BIP steigt, dh die Preise auf natürliche Weise fallen und damit eine Zunahme der Wertschöpfung (gute Konjunktur) widerspiegeln oder ob sie auf natürliche Weise steigen und damit eine Abnahme der Wertschöpfung (schlechte Konjunktur) anzeigen. An den Preisen sollten die Wertschöpfenden erkennen, wie sich ihre Branche entwickelt!

Nur mutwillige Eingriffe seitens des Geldmonopols der Politik vermögen es, die "Konjunktur" konjunkturwidrig zu manipulieren und das nominelle BIP zu ändern. Die Ergokraten nach 1945 schrieben<sup>20</sup>:

-

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Der Ergokrat, August 1954.

"Es gibt keine guten und schlechten »Konjunkturen«, sondern bloß mehr oder weniger stark schädigende Eingriffe der Banken und der Finanz in den Wirtschaftsprozeß!"

Desgleichen verhält es sich mit der Rentabilität. Geldlich gesehen mögen Projekte, die den Wertschöpfenden nützen, unrentabel, während solche, die ihnen schaden, rentabel erscheinen. Es komme lediglich darauf an, welchem Prinzip man huldige, entweder einem inhumanen Liberalismus (Chrematismus) oder einer gerechten Haushaltswirtschaft (Ergokratie). Kennzeichen wahrer Prosperität hingegen sind: Kaufkraftzuwachs des Geldes durch Fleiß in allen Bereichen, gerechte Verteilung, Arbeitskräftemangel in allen Branchen trotz Vollbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzung, Unmöglichkeit des monetären Raubes, volle Steuerleistungskraft der Unternehmungen, Fehlen von Verschuldungskrisen, ausgeglichener Staatshaushalt.

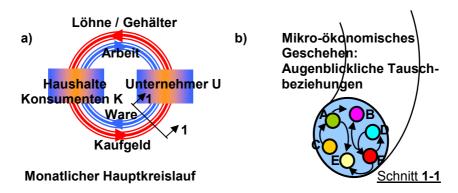
#### Die Wirtschaft und deren Subkreisläufe

Die Wirtschaft besteht aus zwei zusammengehörigen Subkreisläufen:

- 1. Der zyklische Kreislauf der Wertschöpfung (Abb.2, Pfeil im Uhrzeigersinn) besteht aus den Kreishälften "Leistungserbringung" oder Gütererschaffung (oberer Halbkreis) einerseits und "Leistungsbezug" oder Waren- und Dienstleistungskauf (unterer Halbkreis), andererseits. Kurz: aus Arbeit der Haushalte (Konsumenten) K entstehen bei der Unternehmerschaft U Waren und Dienstleistungen.
- 2. Der zyklische Zeitverlauf des Geldes (Abb.2, Pfeil gegen den Uhrzeigersinn) besteht aus zwei Kreishälften. Die obere Kreishälfte beschreibt die zyklische Wanderung des Geldes von der Unternehmerschaft U zu den Haushalten oder Konsumenten K (Löhne, Gehälter); die untere Kreishälfte beschreibt die zyklische Wanderung desselben Geldes, nun Kaufgeld genannt, von den Haushalten K wieder zur Unternehmerschaft U zurück.

Geldkreislauf und Leistungskreislauf sind zwei zueinander entgegengesetzt umlaufende Ströme innerhalb des **Verteilungstorus** (Abb.2, a).

Ein <u>Schnitt 1-1</u> durch den Torus (Abb.2, b) zeigt das mikroökonomische Geschehen, sozusagen das Innenleben in den Strombahnen der Wirtschaft: einerseits die vielfältigen Querschnitte der *Güterverteilungen* und andererseits die vielfältigen Querschnitte der *Geldströme*, wobei die Gelder die Verteilungen und "Tauschakte" unter den verschiedenen *Gütergattungen* innerhalb eines monatlich zyklischen Kreisprozesses vermitteln.



**Abb.2: a)** Hauptkreislauf der Wirtschaft mit Leistungs- und Geldkreislauf. **b)** ein Querschnitt **1-1** im Hauptkreislauf: Einblick in das mikroökonomische Geschehen.

Die **zweidimensionale Analyse** oder Untersuchung des Querschnitts (<u>Schnitt **1-1**</u>) begann mit Quesneys "Tableau Economique" (1758), Walras' *Gleichgewichts- und* 

Autkionatormodell<sup>21</sup> von 1877; Leontieffs Waren- und Geldstrommodell<sup>22</sup> (1928) und Sraffas "Warenproduktion mittels Waren"<sup>23</sup> (1960). Die Funktionen im Hauptkreislauf (3-dimensionale Darstellung, Verteilungstorus, Abb.2a) blieben Heinrich Färber zur Aufklärung reserviert.

### Das wirtschaftliche Naturgesetz<sup>24</sup>

Heinrich Färber: "Die natürlichen Elemente der arbeitsteiligen Wirtschaft sind: Ware, Leistungsgeld und Geldsteuer. Fremde Elemente sind: Zwangsgeld, Leihzins, und jede andere außer einer Geldsteuer. Eine Wirtschaft, in welcher die fremden Elemente herrschen, ist monetarisch. Eine Wirtschaft, welche von den fremden Elementen befreit ist, ist antimonetarisch.

Die antimonetarische Wirtschaft steht unter der Herrschaft eines wirtschaftlichen Naturgesetzes, welches in zwei elementare Grundgesetze zerfällt:

- a) das Warengesetz,
- b) das Preisgesetz.

Das Warengesetz lautet: Jeder verbrauche von seinem Erzeugnisse so viel er benötigt; das übrige gebe er frei! (Für Leistungsgeld verkaufen heißt freigeben). Dieses Gesetz, weil es in der Natur der Ware begründet ist, hat elementare Gewalt, es wirkt zwingend und schließt jede Willkür aus.

Das Preisgesetz bestimmt, daß jede Branche für ihren Produktenüberschuß den Überschuß aller anderen als Preis bekomme und selbst in dem Falle einer Überproduktion, wo sie bloß einen Teil ihres Produktes absetzt, doch schon für den abgesetzten Teil die Selbstkosten des ganzen Produkts unter allen Umständen hereinbringe. Ferner bestimmt das Preisgesetz, daß die gesamten Einnahmen einer Branche unter ihre Mitglieder nach Maßgabe der Leistung verteilt werden.....Auch das Preisgesetz ist von elementarer, zwingender Gewalt." (Das ganze Geld für die ganze Ware und umgekehrt!). Die verbreitete Meinung, die Volkswirtschaftslehre habe nichts zu schaffen mit naturwissenschaftlichen Gesetzen, ist unbegründet!

#### Die ergokratische Preislehre

Im Querschnitt 1-1 gilt: Gibt es kein Gut B, das dem Gut A zum Preise diene, dann hat das Gut A keinen Preis. Der Preis eines Gutes A ist stets ein anderes Gut B und umgekehrt. Wenn man 1 kg Fleisch für 10 kg Mehl bekommt, dann sind 10 Kg Mehl der Preis für 1 kg Fleisch und umgekehrt.

Lediglich die falschen Wertlehren haben es verursacht, daß vom Wesen des Preises bis heute in den Lehrbüchern kein eindeutiges Konzept zu finden ist. Färber schlußfolgerte<sup>25</sup>:

"Der Preisbegriff enthält notwendig zwei Artikel, die sich gegenseitig zum Preis dienen. Bekommt man für einen Artikel A keinen andern, so hat er eben keinen Preis: es muß also ein anderer Artikel B da sein. damit A einen Preis habe. Dann dient aber nicht nur B dem A. sondern auch A dem B zum Preis. Der Besitzer des A bekommt den Artikel B, und der Besitzer des B den Artikel A. Die Artikel A und B stehen somit in Wechselbeziehung zueinander, dh sie sind Preiskorrelate, und Preis ist ein korrelativer Begriff.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Zeit-Punkte: Zeit der Ökonomen, 3/1993, S. 25

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Leontieff, Wasilij: *Die Wirtsch. als Kreislauf*. Archiv f Sozialwissenschaft u Sozialpolitik, 60, 577-623, 1928.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Sraffa, Piero: "Warenproduktion mittels Waren", Akademie Verl. Berlin, 1968.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Heinrich Färber: "*Kritik der Volkswirtschaftslehre"*, Wien 1923; Graz 1997, S. II-21.
<sup>25</sup> Heinrich Färber: "*Kritik der Volkswirtschaftslehre"*, Wien 1923; Graz 1997, S. I-50 u- I-51 i. d. Fußnote.

Eine Volkswirtschaftslehre, welche das nicht lehrt, ist keine Wissenschaft, und die herrschende Nationalökonomie hat, indem sie eine Wertbeständigkeit behauptet, das Gegenteil der Wahrheit gelehrt."

Färber bezeichnet als *Ware, Dienstleistung* das, was den Eigenbedarf des Produzenten übersteigt, was der Produzent loswerden, verkaufen oder wenn es ihm unnötige Lagerkosten verursacht, verschenken oder vernichten will. Folglich tauschen sich auf dem Markte Waren und Dienstleistungen ganz. Nur sie dienen einander zum Preis. Der Preislehre widmete Färber ein ausführliches Kapitel.

#### Die Ergokratische Kritik der Theorie von "Angebot und Nachfrage"

Die früher aufgezählten, geschichtlichen Modelle beruhen auf der oder benützen die Theorie von "Angebot und Nachfrage". Diese Theorie ist unrichtig aus dem folgenden Grunde. Es seien zwei Produktionsgruppen A und B betrachtet. Gruppe A biete a Überschußeinheiten der Gütergruppe A, Gruppe B biete b Überschußeinheiten der Gütergruppe B. Diese Überschüsse, Waren, tauschen sich. Gruppe A bekommt die ganze Ware b und Gruppe B erhält dafür die ganze Ware a.

Nun wachse aus irgendeinem Grunde die Mitgliederzahl der Gruppe B, ohne daß sich deren Ware, die sie anzubieten hat, vermehrt. Erneut stehen die Warenkorrelate a und b zum Tausch gegenüber. Heinrich Färber<sup>26</sup>:

"...die Produzenten der Gruppe B haben sich vermehrt, so daß an den Gütern der Gruppe A ein größerer Bedarf entsteht; nun sage man mir, wieso die Produzenten der Gruppe A für ihre Artikel einen bessern Preis erhalten sollten, da die Produzenten der Gruppe B, indem ihre Artikel nicht mehr geworden sind, keinen bessern Preis zahlen können. Sollten wir darauf hinweisen, daß die falsche Lehre von Nachfrage und Angebot mit der falschen Lehre von der Wertbeständigkeit des Goldes im Widerspruch steht? Wer die Wahrheit sucht, wird es selbst finden, und auf unsere Wissenschaftler macht ein Widerspruch mehr oder weniger, den man ihnen nachweist, gar keinen Eindruck; denn sie machen aus der Nationalökonomie ein Geschäft. Diese falsche Wertlehre beherrscht nicht nur die so genannte bürgerliche, sondern auch die so genannte sozialistische Nationalökonomie. Worauf beruht denn die Theorie von Karl Marx, wenn nicht auf dieser falschen Wertlehre?"

#### Der ungehinderte Geldkreislauf

In einer geordneten Wirtschaft, in welcher naturgemäß Zukunftsängste unbekannt sind, geben die Haushalte K das empfangene Lohn- bzw. Gehaltgeld monatlich gänzlich aus und die Unternehmerschaft U nimmt dieses Geld monatlich zur Gänze ein (Abb.3).

Es gibt dann keine Absatzstockung und als Folge davon kein Nichthereinbringen der Gestehungskosten, keine Lohnkürzungen, keinen Abbau der Arbeitskräfte, keine Lohn- und keine Hungerstreiks! Dann gibt es kein Kreditbedürfnis (Bedürfnis nach Geldkrücken) der Unternehmer und auch keinen Kaufkraftschwund!

Das Geld monatlich zur Gänze auszugeben bedeutet hier: es ist gleichgültig, wer das Geld ausgibt, es ist einerlei, ob man das erübrigte Geld, welches man bis zum Monatsende nicht ausgeben wird, jemand borgt, der es stattdessen ausgibt. Unbekümmert läßt man dieses nicht benötigte Geld auf dem Girokonto stehen. Eine staatliche Bank weiß dann, daß sie dieses Geld zinsfrei kreditieren kann.

Eine private Geschäftsbank hingegen muß von etwas leben. Da die Bankbeamten nicht aus der staatlichen Steuer entgolten werden, verleiht sie das Kreditgeld für Zinsen. Dadurch entstehen zweierlei Arten die Wirtschaft schädigende Effekte:

\_

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Heinrich Färber: "Kritik der Volkswirtschaftslehre", Wien 1923; Graz 1997, S. I-51

1. Der Banksektor bekommt mehr Geld als ihm zur Aufrechterhaltung seiner Service-aufgaben zukommt; 2. das überflüssig verdiente Geld, wird von den Banken veranlagt und hat die Entstehung untilgbarer Schulden der Wirtschaft zur Folge. - Daß damit ein Kreislauf der untilgbaren Schulden entsteht, ist den Sparern unbekannt. Wie das Geldsparkreditsystem zur gefährlichsten Quelle von Wirtschaftskrisen wird, hat Heinrich Färber demonstriert. Der Mechanismus wird in den Kapiteln "Die Kinematik…" und "Viertakt-Kreisprozeß der Entstehung untilgbarer Schulden" dargestellt.

#### **Ersparnisbildung, Geldkredit und Investitionstheorie**

Die ergokratische Wirtschaftslehre ist von dem Prinzip geleitet: Die Konsumenten müssen die Unternehmerschaft ihre **Gestehungskosten monatlich**, **zyklisch**, **zurückverdienen lassen**. Die Unternehmerschaft hat einen Anspruch darauf, ihre Gestehungskosten monatlich hereinzubringen und sich das ihr fehlende Geld nicht als Kredit ausborgen zu müssen! Färber: "Es gibt kein Recht, Geld zu sparen!"<sup>27</sup> Die alte monetarische Lehre vertritt ein dazu konträres Leitprinzip:

"Ersparnisbildungen ermöglichen Investitionen". Demnach müßte eine Wirtschaft, in welcher alle Gelder gespart und keine Gestehungskosten hereingebracht werden, die prosperierendste sein. Mit der Zeit wüchsen die Warenlager ins Unermeßliche; die Banken bezögen Kreditzinsen und die Sparer Sparzinsen. Niemand kaufte ein, die Wirtschaft setzte keine Ware ab und lebte gänzlich vom Spargeldkredit und den Zinsen. - Das ist also lächerlich! Unbestritten führt das Nichthereinbringen der monatlichen Gestehungskosten der Unternehmerschaft zur Krise in der ersparnisgebildeten Wirtschaft. Was es mit der Kredittheorie der Ersparnisbildungen für Investitionen auf sich hat, soll anhand zweier Kredithandhabungsarten untersucht werden.

#### A. Der Kredit in einem zinslosen Geldregime

Zunächst sei ein Kreditwesen ohne Zinsen betrachtet. Vorausgesetzt, daß private Banken weder Kreditzinsen erheben noch Sparzinsen auszahlten, daß also Sparen und Kreditieren zinslos erfolgten, sind dreierlei verschiedene Kreditarten voneinander zu trennen: a) Spargeldkredit, b) Notenbankkredit und c) Giralgeld- od. Buchgeldkredit. Könnte der Spargeldkredit etwa volkswirtschaftlich unbedenklich sein, sofern ganz bestimmte Bedingungen zuträfen? - Welche Bedingungen müßten dies sein?

**Bedingung Nr. 1**: Der Sparer X darf, unmittelbar nachdem sein Spargeld an einen Kreditnehmer kreditiert wurde und dieser es für Ware ausgab, sein Spargeldkonto nicht auflösen. Der Sparer X muß jetzt warten und darf sein Konto frühestens nach der im nächsten Monat an den Kreditnehmer ergangenen Gehaltsanweisung liquidieren, weil letzterer frühestens erst dann den Kredit zu tilgen in der Lage ist.

Bedingung Nr. 2: Der Sparer X darf sein Spargeld sofort liquidieren und ausgeben, unter der Bedingung, daß die Bank über liquide Gelder anderer Einleger YZ verfügt, deren Spargelder noch nicht als Kredite an dritte verliehen worden sind und sofern die Einleger YZ nicht selber diese Beträge sofort wieder liquidieren wollten. In diesem Fall strecken also die Einleger YZ hier dem Sparer X, der vorzeitig sein Konto liquidieren will, das Kaufgeld vor.

Zwei weitere Kreditarten sollen später untersucht werden: der **Notenbankkredit** und der **Giralgeldkredit**; ersterer stellt eine privat vorgenommene Besteuerung der Wirtschaft dar (*Staat im Staate*); letzterer beraubt die Wirtschaft zum Vorteil des Kreditnehmers. Zunächst ist zu betrachten:

\_

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Heinrich Färber: "Das ergokratische Evangelium", Wien, 1940, Graz 2002.

#### Der Spargeldkredit

Zwei Arten des Spargeldkredits sind voneinander zu unterscheiden:

- a) der betriebswirtschaftliche Spargeldkredit
- b) der volkswirtschaftliche Spargeldkredit

Die oben definierten **Bedingungen 1. und 2.**, die der <u>Spargeldkredit</u> erfüllen muß, verlangen, daß der Kredit sofort als Kaufgeld zur Unternehmerschaft zurück gelange, daß also das Geld nicht gespart und kreditiert, sondern direkt für Käufe ausgegeben werde. **Dann bringt die Unternehmerschaft, wie es das ergokratische Prinzip fordert, die Gestehungskosten im laufenden Monat zur Gänze wieder herein.** Ein <u>Beispiel</u> soll die Frage klären, ob der betriebswirtschaftliche Spargeldkredit (a) in jedem Falle diese Bedingung immer erfüllt oder nicht:

Die Volkswirtschaft **VW** bestehe aus 10 Lohnempfängern (Konsumenten) einerseits und der Unternehmerschaft andererseits; die **VW** hat 10 Wareneinheiten (WE) produziert. Die Konsumenten haben dafür ihre Löhne und Gehälter bekommen; jeder von ihnen besitzt 1 Geldstück, zusammen 10 Geldstücke (GS). Drei Fälle sind möglich:

- 1. **Fall:** Keiner der Konsumenten spart Geld, alle 10 geben es aus und kaufen 10 WE. Ist da ein Spargeldkredit möglich, können mehr als 10 WE verkauft werden? Nein! Die Unternehmerschaft setzt 10 WE ab, bringt ihre Gestehungskosten, 10 GS, herein und braucht sich nicht zu verschulden. Die Unternehmerschaft hat kein Investitionsproblem und kein Kreditbedürfnis!
- 2. Fall: Von den 10 Konsumenten spart X sein Geldstück. Ein anderer Konsument Y braucht 2 GS für eine Anschaffung, welche 2 GS kosten. Y borgt sich von X, welcher auf den Kauf einer WE verzichtete, ein GS aus und kauft 2 WE. Auch da setzt die Unternehmerschaft 10 WE ab, bringt ihre Gestehungskosten, 10 GS herein, braucht sich nicht zu verschulden, hat erneut kein Investitionsproblem und kein Kreditbedürfnis!
- 3. **Fall:** Von den 10 Konsumenten spart X sein Geldstück, aber niemand will sich dieses ausborgen. Die Unternehmerschaft setzt 9 WE ab eine WE bleibt liegen bringt also ihre Gestehungskosten nicht herein und muß 1 gespartes GS als Kredit aufnehmen, um im kommenden Monat wieder Gehälter, Löhne auszahlen und Investitionen tätigen zu können. Die Unternehmerschaft muß-te sich jetzt verschulden. Ist diese Ersparnisbildung das erzwungene Kreditbedürfnis eine gedeihliche Investitionsbasis? Sie ist es, aber für die Banken doch hier nur theoretisch, weil die Zinsen Null sind!

Der 3. Fall macht den qualitativen Umschlag des erlaubten, betriebswirtschaftlichen Kredits zum schädlichen volkswirtschaftlichen Kredit in einem zinslosen Geldregime deutlich. Da die Verwendung der vielgestaltigen Kreditarten nicht bürokratisch kontrollierbar ist, ist man gezwungen, vorsorglich das ganze Kreditsystem zu beseitigen. Es ist einerlei, ob man Begriffe, wie "Anleihe", "Darlehen", "Hypothekardarlehen", "Kontokorrentkredit", etc., einführt – sie erklären nicht, an welcher Stelle der Geldströme der heimtückische, qualitative Umschlag vom harmlosen betriebswirtschaftlichen Kredit in den eine untilgbare Verschuldung auslösenden Kredit stattfindet. Am Rande sei bemerkt, daß die Adjektive "a) betriebswirtschaftlicher Kredit" bzw. "b) volkswirtschaftlicher Kredit" als nicht glücklich gewählt empfunden werden dürften.

Nachweislich zweckgebundene, zinslose Betriebskredite sind unbedenklich! Eine gelegentlich geübte Praxis der Aufnahme von zweckgebundenen Spargeldkrediten für notwendige Erwerbungen besteht darin, daß der Kreditnehmer durch Nachweis mittels Rechnung für bezogene Ware das eigene Bankkonto belastet. Solche zinslosen Kredite sind unbedenklich; sie sorgen für das Hereinbringen der Gestehungskosten

**der Unternehmerschaft,** sie erfüllen somit das ergokratische Prinzip und können die Volkswirtschaft nicht schädigen.

#### B. Der Kredit in einem Geldzinsregime

Nachdem die obige Untersuchung unter **A.** des <u>zinslosen Geldregimes</u> die Schädlichkeit des Kreditwesens als Ganzes, bis auf die darin geschilderten Ausnahmen, bewiesen hat, ist es überflüssig, **Heinrich Färbers** <u>vollständige Analyse des zinsbehafteten Geldregimes</u> aus seinem epochalen Buch "Kritik der VWL", hier zu detaillieren. Kurz: Ein zinsloses Geldsparen und Kreditieren bis zu einem gewissen kleinen Bruchteil des Geldvolumens **M1** erscheint vorläufig zulässig und für die Wirtschaft harmlos zu sein (Vorausgesetzt ist ein staatliches, nicht privatisiertes Bankwesen). **Schädlich für die Wirtschaft ist das Geldsparen und Kreditieren bei einem Zinswesen und bei einem hohen Niveau des gesamten Sparkapitals.** (Privater Geschäftsbankensektor). Daraus folgt, daß aus ordnungspolitischen Gründen einerseits Banken ausschließlich staatlich sein sollten und andererseits das Volumen der Spargelder überschaubar, dh nur ein Bruchteil des existierenden Geldvolumens **M1** betragen sollte und nicht, wie heute, das 23-fache dessen!

#### "Genormtes" Geld, Geldrecht, Geldteilungs- und Geldzuteilungsrecht

Wirtschaft und Staat verteilen monatlich Geld und müssen dieses selbe Geld monatlich wieder erlösen. Menschen beziehen monatlich dieses selbe Geld, beziehen monatlich Waren und Leistungen, die sie selber monatlich schufen und sie geben dieses Geld für Steuern und als Kaufgeld monatlich an die Geldgeber gänzlich zurück; man blicke auf die Lohn- und Gehaltszettel und man wird diese Tatsache bestätigt finden! Es ist ein zyklisches, monatliches *Geben* und *Nehmen* von Geld, das heißt, die Summe des ganzen Geldes ist nichts anderes als die Summe aller Bezugsrechte, die sich auf die monatlich neu entstehenden Waren und Dienstleistungen beziehen. Das ganze Geld zirkuliert zwölf Male im Jahr und erlöst zwölf Male jährlich die zyklisch zwölf Male jährlich geschaffenen Waren und Dienstleistungen. Einen anderen Zweck als den der Zirkulation hat das ganze Geld nicht.

Was liegt näher, als das zirkulierende Geldvolumen **M1** zu normen, zu standardisieren? Die Welt hat sich auf das CGS-System [Centimeter-Gramm-Sekunden] und auf das SI-System<sup>28</sup> geeinigt. Nur das Geld blieb weltweit dehnbar und bekam noch keine "Normung". - Es ist somit klar, daß die Verteilung von Bezugsrechten (Geldscheine) auf Güter und Leistungen einer eindeutigen Normung bedarf. Da das Verteilungs- bzw. Bezugsberechtigungsmittel "Geld" lediglich zirkulieren und nach jedem Zyklus vollzählig zum Ausgangspunkt zurückkehren sollte, ist es klar, daß nur eine unveränderliche Geldmenge gerecht ist. Keinem Privaten darf daher ein Recht zur Erzeugung von Anteilszertifikaten (Geldscheine) zugestanden werden.

Die Menschen eines Staates haben ein Recht auf eine einmal festgelegte Geldmenge. Nur die Wertschöpfenden sind berechtigt, sich des Gesamtbezugsrechts "Geld" zu bedienen. Die gesamte Geldmenge, das Geldvolumen, muß daher eine einmalig festgesetzte Größe sein, die dann nicht wieder verändert werden darf. Dieses das Gesamtrecht auf den Bezug von Gütern und Leistungen repräsentierende "Geldvolumen" ist der *Geldstandard* und ist als solcher *teilungsfähig* und *teilungspflichtig*. Die Teilung des Geldvolumens in den *Steueranteil* der Staatsverwaltung und in den *Wirtschaftsanteil* der Privatwirtschaft kann technisch auf verschiedene Weisen durchgeführt werden, dargestellt im Steuerkapitel.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> SI-System: Système International d'Unités

#### Wirkung eines "genormten" Geldes: kein fetischistischer, fixer Preisstand!

Eine Wirtschaft, bestehend aus 1 Million Wertschöpfenden, produziere monatlich 1 Million Warenkörbe (WK), diealles Erdenkliche zum Leben enthalten. Die umlaufende Geldmenge sei 1 Million Geldeinheiten (GE). Jeder Wertschöpfende bekommt als Lohn 1 GE. Ein WK kostet 1 GE. Jeder Wertschöpfende kann 1 WK kaufen.

Wird zB die Monatsproduktion auf 2 Millionen WK erhöht, so kostet 1 WK nur ½ GE. Jeder Wertschöpfende bekommt für den Lohn von 1 GE, 2 WK. Wird die monatliche Produktion verzehnfacht, so fällt der Stückpreis auf 1/10 GE. Jeder Wertschöpfende vermag für 1 GE zehn WK zu kaufen. Geht die monatliche Produktion aufgrund einer Mißernte auf ½ Mill. WK zurück, so kostet 1 WK 2 GE. Jeder Wertschöpfende bezieht für 1 GE nur noch ½ WK. – Man könnte ein Geld, bei welchem sich die Warenkörbe, wie beschrieben, gerecht verteilen, "genormtes Geld" nennen. Damit wird signalisiert, daß sich das Bezugsrecht, das ist die unveränderte Geldmenge, hier 1 Million GE, ungeteilt auf die produzierten Warenkörbe verteilt.

Demnach hat lediglich die Gesamtheit der Wertschöpfenden ein Recht auf den Bezug aller Warenkörbe und jeder einzelne Wertschöpfende hat einen Anspruch auf den Bezug jener Warenmenge, die seinem Anteil an der produzierten Warenmenge entspricht.

Sinngemäß schrieb Färber<sup>29</sup>: Wer mehr oder besser leistet, erhält einen größeren Anteil des Geldganzen; wer weniger oder schlechter leistet, bekommt einen kleineren Anteil desselben und kann demzufolge entweder mehr oder aber weniger beziehen.

#### Notenbank- oder Geldschöpfungskredit

Aus dem Vorangehenden erhellt, daß die arbeitsteilig erfolgende Wertschöpfung innerhalb der Wirtschaft in einem demokratisch-freiheitlich verfaßten Staat ein hoheitlicher Akt ist. Es kommen daher bei der Allokation (Zuweisung) der Zuteilungsrechte des Rechtsobjekts (Bezug der Güter und Leistungen der Volkswirtschaft) lediglich zwei Rechtssubjekte in Betracht: a) die Staatsverwaltung und b) die Summe aller Wertschöpfenden, nicht aber jene Subjekte, welche nicht beigetragen haben.

Im monetarischen Kapitalismus gibt es neben dem **Notenbankkredit (staatli-cher Geldschöpfungskredit)** noch den gemäß des Bankwesengesetztes (BWG) staatlich sanktionierten, *privaten Geldschöpfungskredit* für die Zwecke von privaten Einzelinteressen. Letzterer wird in der Ergokratie als widerrechtlich verboten!

#### Die Steuererhebung als finanztechnisches Gegenbeispiel zum Kredit

Der staatliche, nicht rückzahlungspflichtige Notenbankkredit, wenn auch per Notenbankstatut (§41) untersagt, wäre nach dem oben Erwähnten eine staatliche Steuer. Für wen sonst sollte der Staat sich einen zinsfreien Kredit gewähren, als für sich selbst, für Steuerzwecke? Diese Steuer wäre, wie gesagt, auf zweierlei Weisen zu erheben möglich: entweder auf dem direkten oder dem indirekten Wege. Abb.3 stellt unter a) die direkte und unter b) die indirekte Erhebungsart dar. In beiden Fällen ist M1 die zirkulierende, einmal festgesetzte, standardisierte Geldmenge.

Zu beachten ist: Die staatliche Steuererhebung ist zinslos! Bei einer angenommenen Steuerquote Q = 50% erreicht der Staat seinen Steuerzweck, indem er zur zirkulierenden Geldmenge M1 dieselbe Menge für sich druckt, weil 50% der auf 200% vermehrten Geldmenge gerade M1 ist; bei einer Steuerquote Q = 33,3% erreicht der Staat den Steuerzweck, indem er die Geldmenge um 50% ausweitet, inflationiert, (=  $^{3}/_{2}$  x M1), weil die Ausweitung um  $^{1}/_{2}$  ein Drittel von  $^{3}/_{2}$  ist; bei Q = 25%,

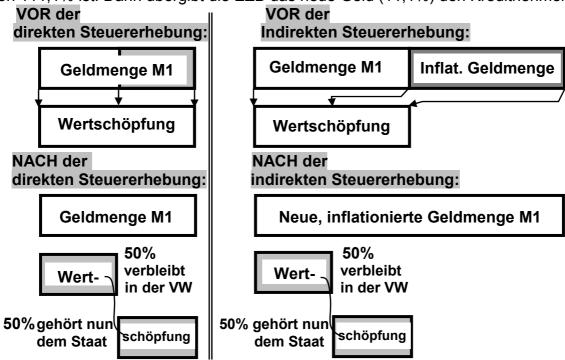
<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> H. Färber: "Das ergokratische Evangelium", Wien, 1940, Graz, 2002. "Menetekel I,II,III", Wien 1935-37.

indem er die Geldmenge um 33,3% auf 133,3% ausweitet (=  $^4I_3$  x M1), weil  $^1$ 3 ein Viertel von  $^4I_3$  ist; usw. Näheres darüber im Steuerkapitel.

#### Der Schädlichkeit des monetarischen Kredits

Was hat dieses Gegenbeispiel mit einem staatlichen Kredit zu tun? - Der Staat könnte auf Finanzämter und den komplizierten und bürokratisch ineffizienten Steuerhebungsmodus leicht verzichten. Finanztechnisch tut er dies nur in Fällen, wo er für private Kreditwerber Geld schöpft, nicht jedoch für Steuerzwecke; das ist ihm durch das EZB-Statut untersagt!<sup>30</sup> Ob der Staat entweder Geld druckt oder ob Kommerzbanken elektronische Konten für die die Kreditnehmer betreuenden Kreditbanken errichten, ist einerlei.

Bei einer Sparquote von derzeit 10% werden Kreditnehmern 10% vom Geldganzen und damit 10% der Kaufkraft der Volkswirtschaft zugestanden. Sparte niemand Geld und forderten Kreditwerber 10% des Geldganzen als Kredite an, so druckt die EZB 11,11% des Geldganzen zusätzlich, weil 11,11% genau 10% des neuen Geldganzen von 111,1% ist. Dann übergibt die EZB das neue Geld (11,1%) den Kreditnehmern.



#### Abb.3:

In der linken Illustration erhebt der Staat die Steuer direkt, dh indem er jeden Bürger, Händler, Kaufmann, Firmeninhaber etc. auffordert zur Zählung, Wägung, Messung und Bewertung der Lagerbestände. Bei einer angenommenen Steuerquote Q=50% bekommt der Staat die Hälfte des umlaufenden Geldvolumens als Steuer und kauft auf dem Markte ein. Dann gehören dem Staat 50% der Wertschöpfung, 50% verbleiben der Wirtschaft zum Verkauf an die Haushalte und Konsumenten.

In der rechten Illustration erhebt der Staat die Steuer indirekt, indem er niemand mit der Ausfüllung von Steuererhebungsbögen belästigt, sondern indem er die gleiche Menge zusätzlichen Geldes druckt und in den Medien verlautbart: "Ab nun sind die Preise der Wertschöpfung (Waren und Dienstleistungen) zu verdoppeln!" Damit wird die Kaufkraft des gesamten Geldes (2xM1) halbiert. Dann tätigt der Staat Käufe zu den neuen, verdoppelten, Preisen und erhält so 50% der Wertschöpfung, 50% verbleiben der Wirtschaft zum Verkauf an die Haushalte und Konsumenten. Die indirekte Steuererhebung ist selbstredend die vorzüglichere Methode.

Im Gegensatz zur indirekten Steuer verschweigt der Staat in diesem Falle in den Medien, daß er Werbern eine Steuer zu nehmen eingeräumt hat, die diese von der

\_

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Das EZB-Statut untersagt aufgrund von deren politischer Unabhängigkeit jegliche zinslose Mittelvergabe an die Regierungen der Mitgliedsstaaten. <a href="http://www.ecb.int/ecb/orga/independence/html/index.en.html">http://www.ecb.int/ecb/orga/independence/html/index.en.html</a>

Allgemeinheit in Waren und Dienstleistungen erwerben. Die Kreditnehmer kaufen, anders als die Staatsverwaltung es bei der indirekten Steuer getan hätte, zu den alten Preisen Ressourcen ein und werden bevorteilt. Die Wirtschaft weiß ja nicht, daß da jemand teilnimmt am Speisetisch und mit staatlich legalisiertem Falschgeld bezahlt! Daß die Staatsverwaltung der Notenbank und den Geschäftsbanken das Recht einräumt, von den Kreditnehmern horrende Noten- und Geschäftsbankzinsen zu fordern, die diese auf dem Wege von Preisberichtigungen des Produkts, das sie anbieten, auf die Allgemeinheit abwälzen, ist ein weiterer Raub! Die Staatsverwaltung wird hier, wie bei der Golddeckung, nicht als Souverän, als Repräsentant der Allgemeinheit, sondern listig in der Rolle als EZB-Akteur für unabhängige, private, Ziele tätig.

## Das unbedingte Recht der Unternehmerschaft, die Gestehungskosten hereinzubringen rechtlich nicht verankert!

Wenn dem privaten Kreditieren, das organisiert ist durch ein ganzes Netz von privaten Banken, nicht gesetzlich der Rechtsschutz entzogen wird, wird die Praxis, an der staatlichen Finanzhoheit vorbei Geld zu kreditieren, fortgesetzt werden. Damit wird nicht nur die staatlich-hoheitliche Finanzrechnung (VGR = volkswirtschaftliche Gesamtrechnung), sondern auch die Kaufkraft der nicht Kreditierenden, wie jene des Staates (Steuereinnahmen) und die der Pensionisten, geschädigt.

Um dem Mißbrauch, dessen die Welt erschütternden Folgen später dargestellt werden sollen, vorzubeugen, wird ein Gesetz erlassen: "Kreditgeschäfte genießen keinen Rechtsschutz!"<sup>31</sup> Wie aber sollen die inzwischen verstaatlichten Banken Spargeld entgegennehmen und kreditieren? Die präzise Beantwortung dieser Frage wird im Kapitel "Das ergokratische Sparen" gegeben!

Weiters sagt Färber<sup>32</sup>, daß es einen Frevel, ein Unterbrechen des Wirtschaftsprozesses, ein Unterbinden des Lebensnervs, darstelle, wenn man das der Wirtschaft gebührende Geld sie nicht zurückverdienen lasse, ihr dieses Geld vielmehr vorenthalte und ihr dasselbe auf Zinsen borge.

Man beachte diese Worte! Das Geld gebührt der Wirtschaft! - Dies bedeutet, daß die Unternehmerschaft das Geld, welches sie monatlich für Löhne und Gehälter zahlte, unbedingt monatlich zurückbekommen, nicht geborgt, sondern als Kaufgeld erhalten muß! Dies ist eine unabdingbare Notwendigkeit. Wie man dieser Notwendigkeit gerecht werde, ist ein Thema für Fachleute. Daß man ihr nachkomme, ist unverzichtbar! Geldsparen und kreditieren bedeutet doch *Allotria treiben*<sup>33</sup>; bedeutet, der Wirtschaft das Geld vorzuenthalten, auf das sie dringend angewiesen ist; bedeutet, ihr das Geld nicht zu geben, sondern es ihr vor den Augen wegzuschnappen und es ihr nachher herablassend, gönnerisch, zu borgen!

Wer sich einen Sinn für Aufrichtigkeit und Geradheit bewahrt hat, muß doch zugeben, daß ein solches Vorgehen gegenüber der Unternehmerschaft und gegenüber deren Mitarbeitern, im höchsten Maße verspottend, geringschätzig und unethisch, ja geradezu frech, anmaßend und unmoralisch ist! Man stelle sich das so vor. Die Unternehmerschaft (**U**) - nicht nur der einzelne Unternehmer - ist auf das Geld, welches sie für ihre Mitarbeiter zahlte, unbedingt angewiesen. Sie muß es am Monatsende wieder zurückbekommen, indem man ihr alles abkauft, was sie produziert hat oder daß man das fehlende Geld, welches man nicht ausgab, ihr nicht borgt, sondern ihr zurückgibt. Anders könnte sie ihre Mitarbeiter nicht wieder entlohnen. - Welch eine Niedertracht ist es da, wenn die Haushalte, die das Geld ja haben, damit nicht einkaufen, sondern es

33 "Allotria" (gr.) - Unfug

H. Färber: "Ergokratie", Wien, Steyr, 1977 und "Das ergokratische Evangelium", Wien 1940, Graz 2002.

H. Färber: Die neuen Wege (New Deal), die Finanz und die Ergokratie; MENETEKEL I, II, III; Die Alternative: Entweder Ergokratie oder bürokratischer Kommunismus und Das ergokratische Evangelium.

sparen und es dann borgen?!! Würde die **U** das tun, wenn sie die Käuferschaft wäre? Und noch eine andere Frage: Mit welchem Recht fordern die Lohnempfänger von der **U** die Erfüllung des Kollektivvertrages ein, wenn die Interessenvertretungen, die Bundes-, Landwirtschafts- Industrieellenkammern etc., nicht gleichermaßen "bundesvertraglich" das Hereinbringen der Gestehungskosten fordern? – Die **U** würde, wie Gewerberat Heinrich Färber, über einen Modus nachzudenken beginnen, wie man diesem Frevel beikommen könnte und sie würde erkennen, daß sämtliche politischen Parteien bloß ein dummes Spiel mit wechselnden Rollen treiben; daß sie die **U** mit dem christlichen Sozialismus blenden und ihr das Himmelreich im Jenseits versprechen, während die Sozialisten von einer "sozialen Gerechtigkeit in der Zukunft"<sup>34</sup> faseln; kurz, die **U** würde sich über beide hinwegsetzen und würden Ergokratie einführen!

Färber analysierte den die Wirtschaft verhöhnenden Charakter des Geldsparens und Kreditierens minutiös! Färber spricht unbedingt wahr, denn er kannte die Menschen, er kannte deren fadenscheinigen Leidenschaften und er wußte, daß sie sich leichtfertig in den Fängen des Teufels Monetaros verstricken, um im ersten Moment einen großen geldlichen Gewinn zu ziehen. Färber wußte um die Fragwürdigkeit der *Conditio Humana*, die nicht achtet auf die Fußangeln, die sie sich selbst auslegt und in welchen sie sich hilflos verstrickt. Deshalb betrachtete er die Geldfrage leidenschaftslos und konnte so dem Wesen des Geldes auf den Grund gelangen. Deshalb wurde er von sehr wenigen verstanden! In dieselben Fussstapfen traten die großen österreichischen Moraltheologen Universitätsprofessor DDDDr. Johannes Ude mit seinen zahlreichen Schriften über Moral und Wirtschaft<sup>35</sup>, in welchen er das wucherisch verfaßte Geldwesen geißelte, und Universitätsprofessor DDr. Johannes Kleinhapl<sup>36</sup>, in seinem fünfbändigen Werk "Unus contra Omnes. Der schwere Weg gegen den Strom".

Heinrich Färber legte das Hauptgewicht auf die Kritik des Geldsparens und Kreditierens, weil er den Irrwitz dieser geldtechnisch nicht einfachen, wie moralisch verwerflichen, Handlungen durchschaute.

Befolgt man Färbers Grundsätze, so gibt es keine Krisen und keine Kriege und keinen vernünftigen Grund, bei monetarischen Banken große Geldmengen anzusparen für Notzeiten, denn solche Notzeiten entstehen ja gerade erst durch das Geldsparen und Kreditieren, wie die Menschheitsgeschichte hinlänglich bewiesen hat. Zumindest gesteht Färber dem Geldsparen und Kreditieren nur eine sekundäre Rolle zu<sup>37</sup>. Dem ergokratischen Sparen und Kreditieren ist der Makel des heutigen, monetarischen Sparkreditsystems, fremd. Es hat bisher bloß an einer fachgerechten Finanzgeschichtsschreibung gemangelt, die diesen Umstand ins grelle Licht der ergokratischen Lehre gerückt hätte. Geld spielt in der ergokratischen Ordnung ganz einfach keine vorherrschende Rolle. Jeder wird sich leicht tun mit dem Gelde, wenn Geld so verfaßt ist, daß man sich um es nicht zu kümmern braucht. Geld, Geldsparen und Kreditieren werden dann keine häßlichen Wirkungen mehr zeitigen und es wird paradox erscheinen, daß sich frühere Generationen nicht zu helfen wußten!

Wenn man die "soziale Gerechtigkeit" ersetzt durch die Formel "Wohlstand für alle", so läßt sich diese vom individuell tugendhaften Verhalten trennen und es wird dann möglich, die Thematik der gerechten Verteilung moralfrei zu betrachten.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Monetaros, (Flugblatt), Ergokratischer Verband, Wien, 1926.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Ude, J.: *Das Geld*, Graz, 1947. Ude erwähnt (S. 44) das Rundschreiben "*Quadragesimo anno*" vom 15. 5. 31, in welcher *Papst Pius XI*. für das Recht der Staatsgewalt auf Vergesellschaftung, Sozialisierung, von Sachgütern in bestimmten Fällen votiert. Obgleich ein didaktisch wertvolles Büchlein und erkennbar Färbers Lehre und Duktus ohne Quellennennung durchklingt, bekennt Ude sich zu Silvio Gesells Lehre, die in manchem Detail irreführend ist. <sup>36</sup> Kleinhapl. Johannes, (Hg. Ernst van Loen): *Unus Contra Omnes. Der schwere Weg gegen den Strom*, Tyrolia Verl. Innsbruck, 1996.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Heinrich Färber: "Das ergokratische Manifest", Wien 1930; neu Graz 1997, Seite 128-139.

#### Der Hauptkreislauf der Wirtschaft und das BIP

Die Makroökonomie eines Staates ist im Wesentlichen **fünfpolar** und besteht aus den fünf **Knotenpunkten** (Fünfpol), aufgelistet nach der Wanderung des Geldes:

- a) Unternehmerschaft **U**
- b) Haushalte (Konsumentenschaft **K**)
- c) Staatsverwaltung (**St** oder **StV**)
- d) Geschäftsbankensektor und Börse GB
- e) Nationalbank und Notenbank NB

Die Analyse der Geldströme zwischen diesen fünf "Polen" heißt "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" (VGR).

Der Hauptkreislauf in der Volkswirtschaft ist nicht die Geldzirkulation, sondern der in sich geschlossene Kreis von arbeitsteiliger Wertschöpfung und Verteilung, in welchem Güter und Dienstleistungen auf der einen Seite entstehen und auf der anderen Seite gerecht verteilt werden. Das Geld ist, wie gesagt, das Verteilungsmittel. Die Wertschöpfung wird bei einer konstanten Geldmenge mittels Preisen der Güter und Leistungen gemessen. Die in Geld ausgedrückte, nominelle, Jahreswertschöpfung heißt Bruttoinlandsprodukt BIP. Es ist in einer krisenfreien Wirtschaft exakt das 12-fache der zirkulierenden Geldmenge M1, nämlich: BIP = 12 x M1 und ist konstant<sup>38</sup>. Das BIP und die davon abgeleiteten Kenngrößen BNP\* und BSP\* können in einer Wirtschaft ohne Inflation nichts aussagen über die Wertschöpfung und deren Änderungen! Die staatliche Geldmenge M1 ist in der inflationslosen Wirtschaft ein durch einen feierlichen Staatsakt festgesetzter, unveränderlicher Standard und sollte ausschließlich nur durch den Staat für Steuerzwecke verändert werden können, nicht aber von privaten Institutionen und nicht von privaten Geschäftsbanken mit Geldbewirtschaftungsgepflogenheiten.\*\* Im gegenwärtigen monetarischen Kapitalismus wird die Geldmenge durch spekulative Praktiken des privaten Geschäftsbankensektors unter dem Titel "Geldschöpfung" und "Geldvernichtung" manipuliert, entwertet, verfälscht. Aus diesem Grund geben die offiziellen Statistiken das BIP "zu laufenden Preisen" an und suggerieren, die

**Zwangsgeld.** Die derzeitige Angabe des nominellen BIP *zu laufenden Preisen* ist ein Indikator für ein inflationistisches Wirtschaftsregime und für ein plutokratisches Vorrecht (prerogative) des Zwangsgeldes. Die Schriften der Notenbank enthalten die demagogische Behauptung, das BIP stelle einen Indikator für das Wirtschaftswachstum dar. Gewiß wird bei einer Inflation das Surplusprodukt den Wertschöpfenden nicht zur Gänze geraubt. Ein Teil wird ihnen übrig gelassen. Das Geraubte mag für Banken ein Indikator des BIP-Wachstums sein, nicht aber für die Wertschöpfenden, welchen es ja abhanden kam. Eine Steigerung des nominellen BIP beweist daher zwingend, daß der Wirtschaft ein Teil ihrer Wertschöpfung abhanden kam. Das ist der Grund, warum trotz Wirtschaftswachstums die Preise steigen statt fallen und der Lebensstandard der Allgemeinheit tendentiell ab- statt zunimmt. Die Publikationen der Nationalbanken verdienen große Aufmerksamkeit. Die Wirtschaft wird verkompliziert durch die unzähligen Täuschungsmanöver des Monetarismus, der Plutokratie, des Mammonismus, durch die Kaufkraftverschlechterung, ausgelöst durch ein privates, den Frieden gefährdendes und in dieser Form obsoletes, den Einflüssen der Politik überlassenes, privatisiertes Bankwesen!

Entwertung (Inflation) sei ein ewig unveränderliches Naturgesetz.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> In den Lehrbüchern findet man: BIP = V x M1. Dabei bezeichnet V die Umlaufgeschwindigkeit nach Irving Fishers "Verkehrsgleichung". In der ergokratischen Betrachtung ist V = 12, dh die Geldmenge M1 läuft jährlich zwölf Male um, weil jährlich durchschnittlich bloß 12 Male Löhne, Gehälter und Monatsentgelte gezahlt werden können und diese Gelder 12 Male und nicht öfter wieder als Kaufgelder auf die Märkte zurückkehren, sofern keine finanztechnischen Störungen diesen Kreislauf hemmen.

<sup>\*</sup> BNP = Bruttonationalprodukt; BSP = Bruttosozialprodukt.

<sup>\*\*</sup> Bisher sind alle Banken privatisiert!

Leistungsgeld: In der Ergokratie sind Notenbank und Geschäftsbanken staatlich. keine privaten Aktiengesellschaften mit Gewinnzielen. Geld wird zinsfrei emittiert. Das Geld gelangt über Zweigstellen zinsfrei wie Bons an die Unternehmungen **U**. Die Wirtschaft wird durch eine Ordnungspolitik so gestaltet, daß das BIP nicht über die Geldmenge M1, sondern über die Preisaggregate aller Leistungskontingente definiert wird, nachdem die Meßgröße GELD verfassungsgesetzlich zu einem konstanten, einmal kalibrierten und dann nie wieder verfälschten Bezugsstandard gestaltet wurde. Unter dieser Voraussetzung ist das in Geld ausgedrückte, nominelle BIP ein-eindeutig für alle Zeiten definiert! Das Geld ist dann zu einem wahren Leistungsgeld geworden und hat lediglich die Funktion der gerechten Verteilung, wie es in einem geordneten Rahmen eines Staatshaushalts und in einer wahrhaft freien Wirtschaft sein sollte (Ergokratie = Leistungsherrschaft; Ergon – das Werk, die Leistung; kratein – das Herrschen). Nicht Ordnung der Ordnung halber, sondern Ordnung um der gerechten Verteilung willen, ist das Ziel der Ergokratie! Private Banken und Geldschöpfung bedeuten nicht Freiheit, sondern Hemmungslosigkeit und Willkür!<sup>40</sup> Weil unter dieser Voraussetzung sowohl das M1 als auch das BIP konstant ist, ist vom Geldvolumen ausgehend keine Messung des nominellen BIP möglich! In einer inflationsfreien Wirtschaft sind ausschließlich die Preisentwicklungen in allen Sektoren für das reale BIP maßgebend.

Werden zB bei einem Geldumlauf von 10 Geldeinheiten (GE) in einem Monat 10 Warenkörbe (WK) produziert, dann kostet 1 WK genau 1 GE. Steigt (fällt) die Produktion auf 20 (5) WK, so fällt (steigt) der Stückpreis auf ½ GE/WK (2 GE/WK). Die Preise sind daher die Indikatoren für die Wertschöpfung, die "Konjunktur", in den einzelnen Branchen. Sie allein konstituieren das gesamte Preisaggregat und nur dieses vermag in seiner Gesamtheit Änderungen des BIP minutiös für alle Sektoren widerzuspiegeln. Je mehr Güter und diversifizierte Gütersorten auf den Markt kommen, desto mehr schrumpfen deren Preise ein, weil deren Summe in der umlaufenden Geldgröße M1 zwingend ihre Grenze finden muß. Je niedriger also der Preisdurchschnitt aller Waren und Leistungen ist, desto höher ist der Lebensstandard; je höher der Preisdurchschnitt, desto niedriger ist der Lebensstandard. Daraus folgt, daß die Summe aller Gehälter, Löhne, Investitionen und Steuern identisch ist mit dem zirkulierenden Geldvolumen M1!

#### Die Dichotomie der Geldmenge in der monetarischen Statistik

Nach Definition im vorigen Absatz sollte BIP = 12 x M1 sein bzw. M1 = BIP/12 oder 8,333% des BIP. Helmuth Creutz listet in seinem Buch "Geldsyndrom" auf S. 43 nach Ländern geordnet den jeweiligen Bargeldbestand in Prozenten des BIP so wie als Anteil an **M1** auf. Statt 8,333% des BIP ist darin der Bargeldbestand mit Ausnahme Spaniens in allen EU-Ländern etwas kleiner (erste Zeile). Ferner ist der Bargeldbestand (zweite Zeile) in Bruchteilen von **M1** angegeben:

Dtland.	Frankr.	Österr.	Belgien	Italien	Irland	Spanien
6,9%	3,3%	6,1%	5,3%	5,5%	4,8%	10,8%
29 1%	14%	34.9%	27 2%	16 3%	36 4%	25.4%

Hier wird sichtbar, daß es zweierlei Erscheinungsweisen des Geldes gibt: das Bargeld einerseits und das Buchgeld andererseits. Gäbe es kein monetarisches Buchgeld, so würde in der ersten Zeile durchwegs 100% / 12 = 8,333% und in der zweiten durchwegs Bargeld+Sichtverbindlichkeiten = 100% stehen. Da monetarisches Buchgeld nicht, wie es sollte, das Bargeld bloß ersetzt (Geldsubstitut), sondern es - was es nicht dürfen sollte - nominell überragt, legt es dessen Raubcharakter bloß und es

\_

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Heinrich Färber: "Das ergokratische Manifest", Wien 1930; neu Graz 1997, S. 6.

verdient daher besondere Aufmerksamkeit! Ergokratisches Buchgeld zB würde den Posten Bargeld+Sichtverbindlichkeiten bloß ersetzen und ihn nicht übersteigen. Demnach ist der Euro kein Leistungs-, sondern Zwangsgeld und sollte zurückgenommen werden!

#### Kann sich bei einem Inflationsverbot das nominelle BIP ändern?

In einer Wirtschaft ohne Inflation bleibt das nominelle BIP konstant, weil die umlaufende Geldmenge **M1** ein Standard und unveränderlich ist. Die Frage, ob es zweckmäßig sei, Wirtschaftsleistungen durch das BIP messen zu wollen, wurde mit Recht vom Deutschen Ökonomen Sliwka (1996)<sup>41</sup> aufgeworfen.

#### Wie werden Änderungen des realen BIP gemessen?

In einer Wirtschaft ohne Inflation ist wegen der konstanten Geldgröße M1 die Summe aller Preise einerseits und die Summe aller Löhne, Gehälter und Steuern andererseits, unveränderlich und beide sind untereinander gleich groß. Es gilt streng:

Summe aller Preise = Summe aller Löhne+Gehälter+Investitionen+Steuern

Die Preise können sich untereinander verschieben, ebenso die Löhne, Gehälter, Investitionen und Steuern untereinander; die Gleichung verletzen können sie nicht. Änderungen des BIP sind ausschließlich am Mischaggregat sämtlicher Preise aller Artikel und Leistungen abzulesen, welche angeboten werden.

Ein Beispiel: Das Land A produziere das Leistungskontingent BIP a, das Land *B* ein andersartiges BIP der Größe *b*. Beide Kontingente decken den jeweiligen Inlandsbedarf. Die Länder A und B wollen nun Handel treiben. Jedes der beiden Länder erhöht daher die Produktion auf 150%, wodurch die Preise auf <sup>2</sup>/<sub>3</sub> fallen. Jetzt reichen in jedem der beiden Länder bereits  $^{2}I_{3}$  des jeweiligen Geldes zur Bestreitung des Eigenbedarfs, <sup>1</sup>/<sub>3</sub> des ganzen inländischen Geldes bleibt jeweils deren Besitzern übrig. Diese Gelder werden zu Devisen und gelangen in Austausch. Land A kauft nun mit den Devisen ( ${}^{1}I_{3}$  des Geldumlaufs von B) im Lande B den Überschuß auf; desgleichen verfährt Land B mittels des überschüssigen Geldes von A (<sup>1</sup>I<sub>3</sub> des Geldumlaufs von A) und kauft im Lande A den Überschuß auf. An den nominellen BIPs der beiden Länder ändert sich absolut nichts, weil keine Geldmengenmanipulationen stattgefunden haben. Die Produktionsausweitung ist an den gefallenen Preisen abzulesen und ist somit ein Maß für das aktuelle BIP, nicht in Geld, sondern zu Preisen gemessen in Geld! Anhand von Vergleichen mit den Preisniveaus einzelner Güterarten in vergangenen Monaten und Jahren läßt sich die Konjunktur beurteilen. (Im Unterschied dazu steigen im monetarischen Kapitalismus die Preise unablässig, weil einerseits die zirkulierende Geldmenge wächst und andererseits die Einkommen zeitverzögert nachjustiert werden.)

Wird in beiderlei Ländern ergokratisch gewirtschaftet, so ist genug da zum Verteilen; es werden da nicht, wie in der monetarischen Wirtschaft, Güter vernichtet, um die geldlichen Preise zu halten. Veränderlich ist die reale Wertschöpfung. Sie und deren Qualität können je nach Entwicklungsstand der Technik und je nach Ernte wachsen (Innovationen) oder schrumpfen (Naturkatastrophen). Die reale Wertschöpfung (reales BIP) ist lediglich an den Preisen abzulesen (Preis- bzw. Kostenwahrheit).

#### Monetarische BIP-Messung irreführend!

Im gegenwärtigen monetarischen Kapitalismus wird das BIP geldlich gemessen. Dies ist ein Widerspruch in sich. Wenn Geld, wie die monetarischen Wirtschaftslehren

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Siehe in: Riedl, Rupert, Delpos, M.: "Ursachen des Wachstums", Kremayr & Scheriau, Wien, 1996.

gemäß Item A) (S. 8) behaupten, Wertmesser sein soll, vermag es nicht das BIP zu messen! Die Geldgröße M1 mißt keine Werte. Gütermengen werden mittels Preisen in Geld bewertet. Hier kommt das Proportionalitätsgesetz von Ricardo zum Tragen: Sind viele Güter da, fallen deren Preise und vice versa. In jedem Fall ist der Bewertungsmassstab, die volkwirtschaftliche Geldmenge M1, eine fixe Größe. Ist sie das nicht, so kann das Geld die Funktion, gerechte Preise angeben zu sollen, nicht erfüllen. Eine konstante Geldmenge M1 im Staat bedeutet durchschnittlich konstante Einkommen unabhängig von der Zeit. Es entfallen damit die vielen Möglichkeiten zur Manipulation dreier Größen: der Geldmenge M1, der Preise und der Einkommen! Das Geld mißt entweder das BIP oder die Preise. Geld kann nicht sowohl das BIP, als auch die Preise messen. Die herkömmliche Ökonometrie, indem sie sowohl das BIP als auch die Preise messen zu können vorgibt, geht unwissenschaftlich vor. Sie will beides verknüpfen und hat zu diesem Zweck den "Warenkorb" und "ein BIP zu laufenden Preisen", einen Circulus Vitiosus also, erfunden. Deshalb steht sie den Wirtschaftskrisen achselzuckend gegenüber. Zu "Das wahre Wesen der »Preisstabilisierung«" siehe Seite 34.

#### Preisstabilitätspolitik contra Preis- und Kostenwahrheit

In einer inflationslosen Wirtschaft erkennt man Wachstum bzw. Stagnation (Rückgang) am Fallen bzw. Steigen der Güter- und Dienstleistungspreise. Es herrschen Preis- und Kostenwahrheit. Wird das Geld nicht inflationiert, gibt es keine Verfälschung der Preis- und Kostenwahrheit. Eine *Preisstabilität* hingegen ist Resultat einer *Stabilisierungspolitik*, einer Störung der Kaufkraft des Geldes durch die "Instrumente der Notenbank-AG". Die Preisstabilität ist eine unter mehreren Indizien für eine monetarische, schädliche Politik! In einer Wirtschaft, in welcher auf Preiswahrheit wert gelegt wird, ist eine zentralbanktechnische *Preisstabilisierung* verpönt! Es gibt da keinen Grund für eine monetarische "Geldwertstabilitätspolitik". So etwas würde die Wirtschaft schädigen. Die Ergokratie vereinfacht und reinigt die Wirtschaft von Theorieelementen, die nicht dazugehören. Sie sorgt nebenbei auch für eine Fokussierung der sprachlichen Ausdrucksweise auf das Wesentliche!

#### Inflation und Chrematistik im monetarischen Kapitalismus

Chrematistik ist die Geldvermehrungskunst. Da Geld ein Recht ist - ein Recht auf den Bezug von Leistungen, verbrieft in den Leistungsscheinen, die man für die Erbringung einer Leistung erhält - muß die Geldvermehrung, sollte sie unauffällig geschehen, notwendig eine für die Allgemeinheit verborgen bleibende Kunst sein.

Die Geldvermehrungskunst bedient sich der *Inflation* oder, noch subtiler, des Giralgeldkredits, in der Sprache der Notenbankstatuten *"Instrument zur Währungsstabilisierung"* genannt. In den Notenbankstatuten fehlt der Begriff *Inflation*. Es gibt auch kein Inflationsverbot, sondern eine *Verpflichtung der Nationalbank, die Kaufkraft des Geldes und die Preise stabil zu erhalten, sowie auf eine ausreichende Kreditversorgung zu achten.* Es wird also eine Kunstsprache etabliert<sup>42</sup>.

#### **Entwertung des Geldes und der Preise**

Der zweite Schritt, den Statuten der Notenbank zu genügen, besteht darin, der Volkswirtschaft einen Teil der Werte unauffällig zu rauben und dabei als Wohltäter, als Stabilisierer der Währung, zu erscheinen. Dabei bemüht sich die Politik der OeNB-AG, diese Pflicht geringfügig überzuerfüllen. Das, was darin zum Ausdruck kommt, ist keine Pflicht, sondern ein angemaßtes Recht, welches nicht zu recht besteht!

<sup>42</sup> Fritz Blaich: "Der schwarze Freitag", dtv, 1987: Der Begriff "Inflation" fehlte vor 1918 noch in den Lexika.

#### Währungspolitik ist Konjunkturdämpfung durch Preisstabilisierung

Im Gegensatz zur aristotelischen Haushaltswirtschaft (Eukonomia), in welcher das ergokratische Gesetz der Leistung und nicht das Vorrecht des Geldes gilt und wo eine Geldbewirtschaftungspolitik unnötig ist, betreibt die Chrematistik (Geldvermehrungskunst) eine Währungs- und Preispolitik, und eine Währungsstabilitäts- und Preisstabilitätspolitik. Der Artikel 105 des EZB-Gesetzes lautet:

1. "Das vorrangige Ziel des ESZB (Eur. Systems der ZentralBanken) ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft,....Das ESZB handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer Offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird und hält sich dabei an den Artikel 3a der genannten Grundsätze."

Implizit wird suggeriert, daß Preisen die Tendenz zum Anstieg innewohne, die Inflation also ein Naturgesetz sei. Begründet werden die "Stabilisierungsmaßnahmen" mit der Notwendigkeit der "Dämpfung einer überhitzten Konjunktur". Was eine "überhitzte Konjunktur" ist und wie man sie "dämpft", wird das folgende Beispiel zeigen.

#### Das wahre Wesen der notenbanktechnischen "Preisstabilisierung"

Eine Volkswirtschaft erzeuge monatlich 1 Million Wareneinheiten (WE), welche alles beinhalten, was die Wertschöpfenden für den eigenen Bedarf brauchen. Es zirkuliere monatlich die Geldmenge M1 von der Größe 1 Million Geldeinheiten (GE). **1 WE** koste daher **1 GE**, Bild **a**).

Durch Rationalisierung kommt es ab einem bestimmten Monat zur Erhöhung der Produktion auf 110%. Statt 1 Mill. WE pro Monat werden ab diesem Zeitpunkt monatlich 1,1 Mill. WE erzeugt. Mit 1 Mill. GE kann man daher 1,1 Mill. WE kaufen. Die Preise sind also gefallen. Eine WE kostet nun 1/1,1 oder ca. 0,9 GE, Bild b) blauer Streifen, schräge Bezugslinie. Es bezieht sich also das unvermehrte Geld (1 Mill. GE) auf die vermehrte Produktion von 1,1 Mill. WE.

Weil durch das reale Surplusprodukt keine nominelle Steigerung des BIP eintrat, die "Konjunktur" also "überhitzt" ist, setzt die Nationalbank-AG im monetar. Kapitalismus, weil sie laut Statut "verpflichtet" ist, die Preise stabil zu halten, eine "Preisstabilisierungspolitik" in Gang; Bild **b)** rotes Quadrat = inflationär vermehrte Geldmenge.

Sie vermehrt das Geld im Ausmaß der Hälfte des Produktionszuwachses, nämlich auf 105%, das ist um 50.000 GE = 0,05 Mill. GE; sie kauft aus der Wirtschaft die Hälfte des Produktionszuwachses auf, das sind 50.000 WE = 0,05 Mill. WE und legt sie für Spekulationszwecke aufs Lager. Sie begradigt sozusagen die schräge Bezugslinie wieder und bewirkt dadurch zweierlei: es wird der Zuwachs des nominellen BIP sichtbar und der Zuwachs des realen BIP unsichtbar.

Der Wirtschaft gehören nunmehr statt 1,1 Mio WE nur noch 1,05 Mill. WE. Sie hat aber nach Bild c) 0,05 Mill. GE zusätzlich erhalten und nahm statt wie bisher 1 Mio GE monatlich nunmehr 1,05 Mill. GE ein, also um 0,05 Mill. GE mehr Zwangsgeld als sie zuvor monatlich einnahm. Ist dies ein "Geldgewinn" der Wirtschaft? Es ist zumindest einmal eine Steigerung des nominellen BIP um 5%.

Das verbliebene Produkt von 1,05 Mill. WE kostet nun durchschnittlich 1,05 Mill. GE pro Monat, dh **1 WE** kostet jetzt **1 GE**, wie im Bild **a)** vor der Produktionssteigerung und vor der *Preisstabilisierung*. Der Durchschnittspreis ist stabilisiert: **1 GE** für **1 WE**. Durch die "Stabilisierungspolitik" der Notenbank haben die Wertschöpfenden also einen stabilen Preis bekommen; sie haben aber die Hälfte des Surplusprodukts, das ist 0,05 Mill. WE, an die "Stabilisierer", die Inflationisten, verloren. Den Wertschöpfenden wurde durch die Geldmengenmanipulation der OeNB-AG - "Stabilisierungspoli-

tik" genannt - die Hälfte des durch Rationalisierung zugewachsenen Mehrprodukts von 0,1 Mill. WE durch den Akt der "Stabilisierung" (=Inflation) geraubt, Bild c) unten. Die so stabilisierte Währung und die so erzielten stabilen Preise durch "Dämpfung der Konjunktur" haben für die Wertschöpfenden keinen Wert. Dies vollbringt die Chrematistik, die Geldvermehrungskunst, durch die "Fazilitäten" der privaten Notenbank; das also ist das Resultat der Anwendung der "Instrumente der Stabilisierung", dieser "Dämpfung"! Man könnte nun meinen, daß auch ein Blütenfälscher ja nichts anderes tue, als die "Preise zu stabilisieren" und das nominelle BIP zu vergrößern, indem er privat Inflation, dh "Konjunkturdämpfung", treibe. Warum werde er dafür aber eingesperrt?!

Kann man sagen – um auf die früher aufgeworfene Frage nach der Messung des BIP zurückzukommen – daß das BIP gewachsen sei, durch die banktechnische Operation der Preisstabilisierung bzw. Inflation?

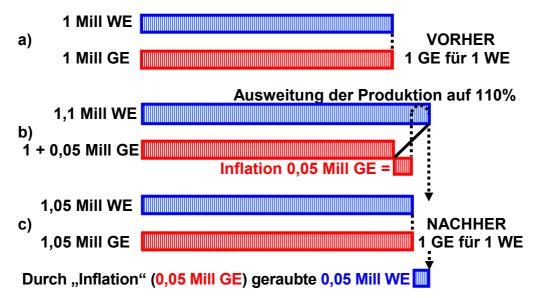


Abb.4: Wirkung der "Preisstabilisierung"

Das reale BIP ist auf 110% gewachsen, doch den Wertschöpfenden blieb nur, was die Inflationisten, die Stabilisierer, übrig gelassen haben, das ist der halbe Wertschöpfungszuwachs. Es stellt sich nun die Frage, wie das BIP-Wachstum in den Monats- und Jahresberichten der OeNB-AG (jetzt EZB), dargestellt werden soll. Einerseits wuchs die Wirtschaft real um 10%. Andererseits gibt man ungern zu, daß man sich eines Teils dieses Zuwachses bemächtigt hat. In diesem Dilemma zeigt die neue Geldbasis, nämlich der um 5% vermehrte Geldumlauf (1 Mill. + 0,05 Mill. GE) den Ausweg: man beziffert das BIP-Wachstum; mit diesem Akt täuscht man das Publikum und lenkt es ab. Da die Politik einen den Wertschöpfenden zugute kommenden Leistungszuwachs als eine "überhitzte Inflation" bezeichnet, versteht man allmählich das Motiv, warum die Wirtschaft zuerst zum Wachsen gebracht und dann die "Konjunktur gedämpft" werden muß!

#### Rationalisierung der Produktion

Rationalisierungen / Produktionssteigerungen geschehen nach Branchen in unterschiedlichen Ausmaßen und zu verschiedensten Zeiten. Notenbanken reagieren dann elastisch, aufgrund ihrer im Artikel 105 Litera 1 definierten "Verwirklichung der in Art. 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft… und im Einklang mit dem Grundsatz einer Offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Ressourceneinsatz gefördert wird…". Sie erwerben große Kontingente von Gütern aller

Art. Diese bringen sie über Konzerne, mit welchen sie liiert sind, zu entweder erhöhten oder verminderten Preisen auf die Weltmärkte. Sie verschlechtern verschiedenen Firmen deren Absatzchancen und sorgen für Bewegung: Firmenübernahmen, Insolvenzen, Konkurse, Arbeitskräfteabbau, Umzüge, Firmenneugründungen, Anheuern von Arbeitskräften aus Billiglohnländern – neoökonomisch "Flexibilität" genannt, etc.

#### Das bürokratische Antlitz des privaten Geldmonopols

Unwillkürlich erinnert dieses Szenario von Eingriffen des Banksektors an grobe Planwirtschaft. Allerdings an eine vom Feinsten, weil sie im "Freien Kapitalismus", in einer erklärtermaßen "Offenen Marktwirtschaft", bei einem "Freien Wettbewerb" und "Ohne staatlichen Dirigismus", privat also, geschieht! Privat kommt von "privere" (lat.) und heißt "rauben"! - Das private Geldmonopol macht es möglich!

Je mehr die Produktion rationalisiert wird, je größer der Kuchen also ist, den die Wirtschaft zum Verteilen schafft, desto größer ist auch der Raub der Inflationisten.<sup>43</sup>

Durch die so genannte gesetzliche "Verpflichtung der Notenbank zur Stabilisierung der Preise" wird die Kaufkraft des Geldes der Wertschöpfenden eskamotiert (entwertet) und jene der Nichtschaffenden verbessert.<sup>44</sup>

Der arbeitslose Gewinn der Inflationisten bzw. der Raub der *Stabilisateure* ist durch das Notenbankstatut gesetzlich geschützt<sup>45</sup>. Sie erfüllen so ihre per Statut definierten "*Pflichten*". Sie halten die "*Preise und die Kaufkraft des Geldes stabil*". – Alles Worte von gutem Klang, welche Arbeitern – die sozialistischen, christlichen und freiheitlichen - imponiert. Ein einträgliches Geschäft, nicht für die Wertschöpfenden, sondern für deren Nutznießer!

- Das ist die holde Kunst, das Wesen, der unauffälligen Geldvermehrung und Kaufkraftstabilisierung der monetarischen Chrematisten!

#### **Zur Computer-Animation der Inflation**

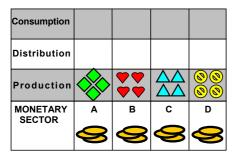
Die folgende PC-Animation zur Inflation zeigt zwei Bildfolgen. Notenbanken trachten danach, die Inflation, ausgelöst von Kommerzbanken, zu kompensieren. Dies gleicht dem Versuch, den Teufel mit Belzebub auszutreiben. Es bleibt ein Inflationsrest zurück, welcher auf das Konto der Zentralbank zu buchen ist. Die Betrachtung gilt für eine Binnenökonomie ohne Außenhandel. Darin sind enthalten vier Produktbranchen, versinnbildlicht durch den Verkauf verschiedener, bunter Güter (Klötzchen). Jede Branche hat drei Geldstücke und führt je eines der vier produzierten Güter für den Eigenbedarf sofort der Konsumtionssphäre zu (2. Bild, oberste Zeile).

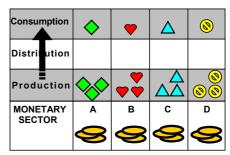
In der Realität wird kaum Banknotengeld inflationiert, sondern hauptsächlich Buchgeld- oder Giralgeldschöpfung und –vernichtung betrieben. Wenige Prozent des Geldes bestehen heute aus Bargeld. Der Notendruck und die Emission von Geldscheinen der Zentralbank sind zu arbeitsintensiv. Die Giralgeldschöpfung durch Kommerzbanken ist rationeller, sie geschieht durch T-Kontobuchungen. Die Zentralbank sucht der so entstehenden Inflation gegenzusteuern durch das so genannte "Tenderverfahren". - Für Demonstrationszwecke geeigneter ist die folgende Darstellung der Inflation durch ein Drucken von Geld. Bemerkung am Rande: Die Vermehrung der umlaufenden Geldmenge durch die EZB von dzt. 400 Mrd. Euro um 3 Mrd. Euro jährlich, das ist um ca. 0,75% von M1, ist das Resultat ihrer Inflationsbekämpfung, die aber nicht gelingen kann, weil es noch kein Inflationsverbot gibt!

 <sup>&</sup>lt;sup>43</sup> H. Färber: "Der Scaffende" 16, Dez. 1924: "...Der Ausbruch einer Wirtschaftskrise ist ein untrügliches Zeichen dessen, dass die Staatspolitik falsch ist, dass mithin unwissende oder schlechte Menschen am Ruder seien...".
 <sup>44</sup> Heinrich Färber: Monetaros, Heft I-IV, mit 11 Beiheften, Wien 1924; und Das ergokratische Manifest, Wien

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Heinrich Färber: "Der Schaffende" H. Färber: "Das Geldmonopol", Wien 1927; neu Graz 1997 und Heinrich Färber: *Die Nacht I und II*. Wien 1923/1924.

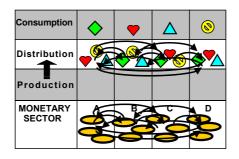
## A. Verteilung ohne Inflation Ergokratie





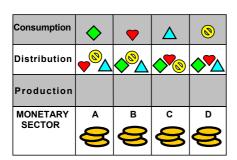
#### 1. Produktionsphase –

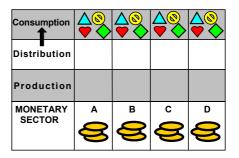
Vier Firmen, A-D, produzieren verschiedenfarbige Güter (Bild links). Jede Firma hat 3 Geldstücke GS. Zuerst führt jede Firma den Eigenbedarf an der von ihr selbst produzierten Gütergattung der eigenen Konsumption zu (Rechts: schwarzer, langer Pfeil). Der Rest der Güter ist das, was <a href="Meinrich Färber">Heinrich Färber</a> "Ware" genannt hatte und auch tatsächlich Ware ist, die man verkaufen, loswerden, verschenken oder aber vernichten will, weil sie ansonsten teuren Lagerraum verstellen würde. ("Kritik d. VWL", 1923).



#### 2. Distributionsphase -

Die vier Firmen, A-D, kaufen *symmetrisch* ein. Jede der vier Firmen benötigt genau <sup>1</sup>/<sub>3</sub> der Produktion der jeweils anderen Firmen. Es werden Geldstücke ausgetauscht und verteilt, und es werden parallel dazu die verbliebenen Güter *symmetrisch* untereinander ausgetauscht bzw. verteilt.





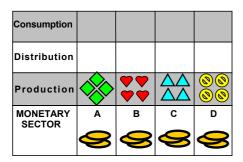
Die Distributionsphase (linkes Bild) ist abgeschlossen. Jede der Firmen besitzt nun gleich viele Geldstücke, wie vor der Güterverteilung, vor dem "Kauf".

#### - 3. Konsumtionsphase -

Durch die *symmetrische Verteilung* befindet sich von jeder produzierten Gütergattung ein gleich großer Anteil in den Händen einer jeden der beteiligten Firmen. Der sich monatlich, zyklisch, wiederholende Prozeß der Triade aus *Produktion*, *Verteilung* und *Konsumption* zur Bestreitung der Lebenshaltung der ergokratischen Genossenschaft durch zyklisch entstehende Güter ist abgeschlossen (Bild rechts).

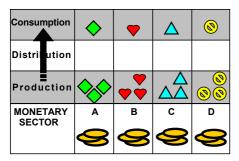
## B. Verteilung bei Inflation

#### **Monetarismus**

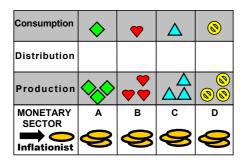


#### **Produktionsphase:**

Vier Firmen, A-D, produzieren Güter (Bild links verschiedenfarbig). Jede Firma hat 3 Geldstücke.

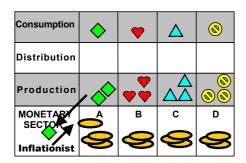


Zuerst führt jede Firma den Eigenbedarf der von ihr selbst produzierten Gütergattung der eigenen Konsumption zu (schwarzer, langer Pfeil). Der Rest der Güter ist das, was <u>Heinrich Färber</u> "Ware" genannt hatte und auch tatsächlich Ware ist, die man verkaufen, loswerden, verschenken oder aber vernichten will, weil sie ansonsten teuren Lagerraum einnehmen würde. ("Kritik d. VWL", 1923).

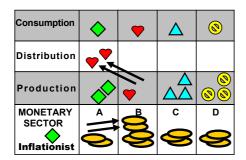


#### Distributionsphase (Beginn der Inflation):

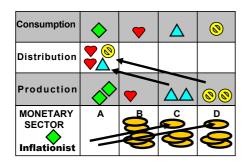
Es erscheint ein Inflationist, der keine Ware produziert und sich stattdessen ein Geldstück angefertigt hat. Da man nicht weiß, daß sein Geldstück gefälscht ist, läßt man ihn teilnehmen.



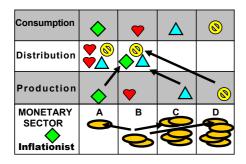
**1.** Der Inflationist "erwirbt", raubt, mit Hilfe seines gefälschten Geldstücks eine grüne Raute. Der Produzent A bekommt dessen gefälschtes Geldstück und hat statt drei nun vier GS.



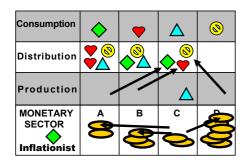
**2.** A kauft statt eines nun zwei rote Herzen des Produzenten B.



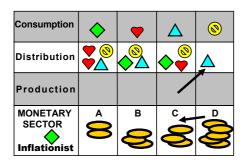
Außerdem kauft A ein blaues Dreieck von C und einen Hefeklos von D. Produzent A hat nun sein ganzes Geld ausgegeben, hat aber zwei grüne Rauten anzubieten.



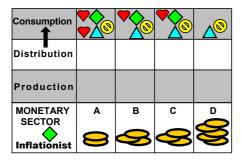
**3.** Produzent B kauft nun je eine grüne Raute von A, ein blaues Dreieck von C und einen Hefeklos von D, gibt hiezu drei GS aus und besitzt neben zwei GS ein rotes Herz, welches noch zu haben ist.



**4.** Produzent C kauft je eine grüne Raute von A, ein rotes Herz von B und einen Hefeklos von D und besitzt noch zwei GS; er hat ferner ein blaues Dreieck anzubieten. A hat nun zwei GS eingenommen, eines vom B und eines vom C; B hat drei GS und D hat sechs GS; das inflationierte Geld häuft sich also beim letzten Käufer D bedrohlich.



**5.** Produzent D kann jetzt lediglich noch von C ein blaues Dreieck erlösen, weil alle anderen Artikel der anderen Produzenten bereits verkauft sind und er gibt 1 GS aus. Er ist nun mit 5 GS "geldreich", während er güterarm ist. Produzent A ist demgegenüber güterreich, aber geldarm.



#### Konsumptionsphase:

Das Beispiel demonstriert die umverteilende Wirkung der Inflation, indem der erste Empfänger des Falschgeldes güterreich und geldarm, der letzte Empfänger der Kaufgelder hingegen geldreich und zugleich güterarm gemacht wird. Der Inflationist hat es als Räuber in der Hand, wahlweise bestimmte Branchen tendentiell zu übervorteilen und andere auszuhungern.

Die ungerechte Verteilung als Merkmal des Monetarismus ist demnach mutwillig, wirkt selektiv und kennzeichnet zudem eine extrem komplizierte Wirtschaft. Inflation übersteigt infolgedessen das Kavaliersdelikt: es ist ein glattes Verbrechen!

Die mutwillig betriebene Inflation bringt neben dem Raub, den sie bedeutet, wie man sieht, außerdem Unordnung in die Geschäftsabwicklungen, deren Schadenswirkungen den individuellen Nutzen des einzelnen Inflationisten übersteigen. - Kommerzbanken konterkarieren die Pflicht zur Preisstabilisierung der Notenbanken regelmäßig durch Überhöhung der Inflation um wenige Zehntelprozentpunkte. Es entsteht ein Überhang der Inflation, damit das Publikum nie vergessen soll, daß Inflation eine Naturgewalt sei.

Eine WE kostet dann nicht, wie vor der Stabilisierung, 1 GE, sondern 1,004 oder 1,006 GE. Das *Inst. für Höhrere Studien* lobt dann die gelungene Stabilisierungspolitik mit einem im sonoren Brustton des Stolzes vorgetragenen Kommentar<sup>46</sup>:

"Die Inflation konnte im Vergleichszeitraum zum Vorjahr und im Vergleich zur europäischen Inflationsbandbreite in den Grenzen der Konvergenzkriterien von 0,6 % klein gehalten werden. Lediglich die neuen Teilnehmerländer leiden noch unter einer höheren Inflationsrate, während Österreich im europäischen Mittelfeld liegt…"

Die wachsende Wirtschaft verliert durch die unzureichende Stabilisierungspolitik der Notenbank Teile des jährlich entstehenden Mehrprodukts: die Kaufkraft sinkt. Die Wertschöpfenden haben vom Wachstum nichts. Die Macht der Banken über die Wertschöpfenden wächst damit über die Jahre und Jahrzehnte kumulativ. Es geht kumulativ exorbitant mehr Kaufkraft an die Inflationisten verloren, andererseits schrumpft die Beschäftigung kumulativ infolge von Rationalisierungen, durch anhaltende Summation. Die kumulativ steigende Arbeitslosigkeit (BRD 2003: 10% oder 4,6 Mio Arbeitslose) begünstigt prekäre Arbeitsverhältnisse.

Da die Wirkungen aller Komponenten kumulativ sind und da die Wirtschaft regional diversifiziert und differenziert ist (unterschiedliche Verkehrsanbindungen, unterschiedliche agrarische Produktions- und Ertragsverhältnisse), sind die resultierenden Folgen aller monetarischen Eingriffe überproportional komplex und machen den Eindruck eines vieldimensionalen Geschehens, dessen Analyse - je nach Ideologie des Analysten - zu jeweils anderen Folgerungen führt und damit heillose Verwirrung stiftet. Die Rationalisierung wirkt von drei Seiten her: 1. sie spart Arbeitskräfte, 2. steigert die Betriebsergebnisse und 3. führt zu einer Veranlagung der von den rationalisierenden Branchen erzielten Geldgewinne, welche, wie noch gezeigt werden wird, die Verschuldung der allgemeinen Wirtschaft hochtreibt.

Insgesamt nimmt die Kaufkraft regional ab. Die verbliebenen Beschäftigten machen an Kaufkraftgewinn nicht wett, was durch den Kaufkraftverfall der Arbeitslosen an Kaufkraft entgeht. Rationalisierung bedeutet hier, daß sie im Interesse kaufkräftiger Konsumenten außerhalb der Region regionale Kaufkraft preisgibt. Das, was die beschäftigt Gebliebenen regional mehr verdienen, büßen sie an physischer Leistungskraft ein. Zudem entgehen solche Unternehmungen dem Fiskus durch Steuerhinterziehung, während den verbliebenen Wertschöpfenden eine erhöhte Steuerlast aufgebürdet wird, die zum Teil zur Unterstützung der aus dem Arbeitsprozeß Herausgeworfenen herangezogen wird.

## Bürokratische "Wertschöpfungsabgabe" kein Heilmittel

Die Senkung der Produktionskosten durch eine Rationalisierung ermöglicht eine Arbeitskräfteeinsparung. Hierdurch wird zweierlei erreicht: a) eine Gewinnsteigerung und b) eine raschere Tilgung aushaftender Kredite. Den Arbeitslosen fehlt nun die Kaufkraft, um das rationeller hergestellte Produkt zu beziehen. Der sozialistische Vorschlag einer Wertschöpfungsabgabe erforderte zu seiner Verwirklichung bürokra-

-

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> X-beliebiger Kommentar in den unzähligen Radioberichten zum laufenden Stand der Währungsstabilität.

tischer Eingriffe. Andererseits bliebe die Quelle der Verschuldung der Unternehmerschaft bestehen.

Die Rationalisierung ist daher eine Reaktion der Firmeneigner auf das nicht gelöste Geldproblem, welches alle Teilnehmer der Wirtschaft betrifft. Das richtige Heilmittel ist folglich nicht die gießkannenartige Bürokratisierung der Verteilung, sondern der Ersatz des monetarischen Geld- und Steuersystems durch ein ergokratisches!

#### Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens

Anstatt den Genossenschaftsgedanken wieder zu beleben und die Produktion im Sinne der Allgemeinheit zu organisieren, wohnt der monetarischen Geld- und Steuerverfassung der dazu entgegen gesetzte Wesenszug inne: vermehrte Privatisierung aller positiven Errungenschaften bei gleichzeitiger Devastierung der Arbeitskräfte und der Ressourcen. - Eine ergokratisch verfaßte Finanzordnung würde beide Tendenzen in förderlicher Weise zusammenführen: das private Streben nach Erfolg einerseits und einen nachhaltigen Wohlstand aller bei einer gleichzeitigen Vermeidung der Umweltschäden andererseits!

Preisstabilisierung schädigt Wertschöpfende und bereichert Spekulanten Indem die Europäische Währungsunion (EWU), in Anlehnung an die vorher bestandenen nationalen Notenbankstatuten, eine Preisstabilisierungspolitik statutarisch formuliert und somit beibehalten hat, hat sie signalisiert, daß sie die Schädigung der nationalen Volkswirtschaften zu Gunsten weniger (Konzerne und EU-Kommissäre) zu verewigen beabsichtigt. – Einer vieler Gründe zum Ausstieg aus der EWU!

"Verpflichtung" zur ausreichenden Kreditversorgung eine Anmaßung Das zweite "Instrument" des Bankensektors ist nach dem Kreditwesengesetz (KWG) die Versorgung der Wirtschaft mit "ausreichenden Krediten". Das können Spargeldkredite sein. Sie können aber nur im Umfang der deponierten Beträge begeben werden. Geeigneter sind Giralgeldkredite. Diese beruhen auf dem Mechanismus der "Multiplen Geldschöpfung", die zu einer Multiplen Sklerose der Wirtschaft führt.

## Der Raub an der Wirtschaft mittels des Giralgeldes<sup>47</sup>

Meine 1000 Bekannten und Freunde verdienen monatlich je 1.000 GE. Bis Monatsende legt jeder 100 GE auf das Sparkonto. Auch lasse jeder monatlich durchschnittlich **300 GE** auf dem Girokonto stehen, also Giralkontostände in der Höhe von 300.000 GE. Nur diese seien hier betrachtet. Die Banken sind laut KWG verpflichtet, eine 10%ige Mindestreserve zu halten, das sind hier 30 GE pro Person oder  $30 \times 1000 = 30.000$  GE für alle meine Bekannten und Freunde. Die Banken verleihen  $1000 \times 270$  GE = 270.000 GE an 100 Kreditnehmer, also 2,700 GE/Kr. Diese geben die Kreditgelder auf dem Markte aus. Die Kaufleute nehmen diese Gelder ein und deponieren sie auf ihren Girokonten. Von den 270.000 GE bleiben wieder 10%, das sind 27.000 GE als Mindestreserve in den Banken, 270.000 - 27.000 = 243.000 GE gehen erneut als Kredite hinaus, usw. Bei einer Mindestreserve von 10% ergibt sich der Giralgeldmultiplikator demnach zu m = 2,25 (Othmar Issing: "Einführung in die Geldtheorie"), dh, die "geschöpfte Geldmenge" beträgt  $2,25 \times 300.000$  GE oder 675.000, also mehr als das Doppelte der Girokonteneinlagen!

von manchen Buchautoren demonstrierte Giralgeldautomatismus bilde die Wirklichkeit ab.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Die Literatur über das Giralgeld ist Legion. Wir nennen die folgende: O. Issing (Berater der Dt. Bundesbank-EZB): "Einführung in die Geldtheorie" (WiSo-Lehrb.) 11. Aufl., Vahlen, München 1998; Jarchow, H.-J.: "Theorie und Politik des Geldes" UTB-Vandenhoek&Ruprecht, Göttingen 2003. Schulpaket der OeNB-AG: "Das Geld" (Geld & Währung), 4. Aufl., Feb. 2004, S. 9. Experten von Großbanken warnen davor, zu glauben, der

Im Ausmaß dieser Gelder wanderten Waren und Dienstleistungen in die Hände der Kreditnehmer - Waren und Dienstleistungen, die, hätte es keine Giralgeldschöpfung und keine ad-hoc-Ver-2,25-fachung des Kaufgeldes gegeben, im Umfang von 1/2,25-44,44% von den Besitzern des echten Geldes aufgekauft worden wären, die diese Waren und Dienstleistungen nach und nach, nicht aber ad-hoc, gekauft und die keine Überproduktion für eine plötzliche Nachfragebefriedigung ausgelöst haben würden.

#### Vazierende Inflationisten des Marktes zerstören die Wirtschaftsstrukturen

Durch das Giralgeld räumen Inflationisten eine Sparte des Markts punktuell abrupt und täuschen dort eine hohe Nachfrage vor. Die Kaufleute stellen sich infolgedessen temporär auf die gestiegene Nachfrage ein und fordern für die kommende Periode eine höhere Warenlieferung an. Sie müssen dann enttäuscht feststellen, daß nun die Giralgelder sich vazierend anderen Produktgruppen zuwenden werden, sie also auf ihren auf Vorrat gehaltenen Lagerwaren diesmal sitzen bleiben...! –

Das Resultat der multiplen Giralgeldschöpfung ist eine multiple Sklerose der Wirtschaft und eine nie enden wollende, heillose Verunsicherung reihum durch alle Sektoren und Branchen! Plötzliche Firmenzusammenbrüche und die Zerstörung der Nahversorgung sind das Resultat dieses unerklärt-unerklärlichen Krieges!

#### Ein böser Spuk mit bleibenden Folgen!

Nach der Tilgung der Giralgeldkredite ist die monetäre Basis unverändert, als wäre nichts geschehen. Aber Zinsforderungen sind geblieben. Diese werden die Unbeteiligten zu zahlen genötigt, welcher Vorgang noch im Detail demonstriert werden wird! –

Der **Giralgeldkredit** bedeutet daher - neben anderen monetären Mißbräuchen - die aggressivste, weil **intransparenteste, Form der Inflation**. Dieses "Finanzierungsmittel" steht derzeit in einem riesenhaften Ausmaß zur Verfügung, weil, grob geschätzt<sup>48</sup>, nur noch 1/3 der Zahlungen in bar erfolgen, 2/3 mittels Überweisungen (Buchgeld) als Kreditfreiheiten den Banken offen stehen und außerdem die Kundengewohnheiten zunehmend "gläsern", transparent und damit gängelbar werden.

Die beherzte Auseinandersetzung mit dem Ungeheuer der gesetzlich geschützt agierenden, monetären Hemmungslosigkeit ist der zentrale Kurs einer Gegenstrategie!

#### Maßnahme gegen die destruktive Giralgeldschöpfung

Mit Recht kann die elektronische Überweisung, das Buchgeld, nicht abgelehnt werden. Sie beschleunigt die Zahlungsabwicklung, wenn sie korrekt gehandhabt wird. Abzulehnen sind alle drei: die mit dem Giralgeld verbundene, unkontrollierte *Kreditvergabemöglichkeit*, die *Geldentwertung*, sowie der *Zinsgewinn der Banken*. Wenn Geld staatliche Hoheit und somit einen konstanten Mengenstandard M1, einen sozusagen "geeichten" Geldwert, repräsentieren soll, muß es Leistungsgeld und darf es kein Zwangsgeld geld sein! Leistungsgeld impliziert staatliche Servicebanken, die 1. keine Geldmengensteuerung betreiben und 2. auf Zinsen nicht angewiesen sind! Zinsen verzerren jede Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR), weil das damit entstehende Zwangsgeld eingefrorene Forderungen zu erheben vermag, die entsprechend ihrem riesenhaften Ausmaß in Geld nicht existent sein können!

Die multiple Geldschöpfung ist leicht abzuschaffen, indem der Gesetzgeber veranlaßt wird zu verfügen, daß die Mindestreserve r = 1 = 100% zu sein hat und nicht, wie üblich, zwischen 5% und 50%. Frederick Soddy<sup>49</sup> forderte ein 1:1-Banking (S. 2):

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> OeNB-Informationsschrift "Das Geld" (Geld & Währung), 4. Aufl., Feb. 2004, S. 10 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Prof. F. Soddy: "The Arch-Enemy of Economic Freedom. What Banking ist, what first it was and again should be. Proposals für £-for-£ Banking". Knapp, Oxon, 1943. Der britische Nobelpreisträger in Chemie (1921), Frederick **Soddy**, erhob die Forderung nach einer 100%igen Deckung des Giralgeldes, einem so genannten 1:1 Banking. 1935 schlug er in The Role of Money den Begriff Ergosophie für alle neuen Geldlehren vor.

"Was ist die derzeitige Bankpraxis? Wie von McKenna (Brit. Schatz-kanzler und Chef der Midlandbank in London) dargelegt<sup>50</sup>, riecht sie nach Doppelbödigkeit, weil sie zwei Seiten hat, die einander widersprechen, hinlänglich bewiesen durch die folgenden zwei kontrastierenden Auszüge:

»Der Brauch, Geld durch Schecks zu empfangen und weiterzugeben, ist Teil unseres täglichen Lebens geworden...Es gibt nicht weniger als fünf Millionen aktive Bankkonten in England und es werden annähernd 450 Millionen Schecks im Laufe eines Jahres gehandelt. Mithilfe des Schecks hält eine arbeitssparende Einrichtung von äußerster Nützlichkeit und Sicherheit einen Umsatz der Geldzirkulation aufrecht, welcher durch die Verrechnungsstelle allein im vergangenen Jahr einen Umfang von £ 44 500 Mill. erreichte, bei einer Kassenbasis von über £ 300 Millionen.

- - - -

Die erste Verpflichtung (der Bank zur Rückzahlung des eingelegten Geldes auf Verlangen)... begrenzte die Verwendung des Geldes durch die Bank, in welcher es veranlagt ist... Die wichtigste Richtschnur ist die Aufrechterhaltung eines Mindestverhältnisses zwischen der Einlagengröße und der Bargeldmenge, um jederzeit Kundenwünschen entsprechen zu können... Die Einhaltung dieser Regel dient dem doppelten Zweck, einerseits der Öffentlichkeit die Sicherheit einer Bankstabilität zu vermitteln und zugleich den Umfang, veranlagtes Geld zu verleihen oder zu investieren, in Grenzen zu halten. (S.6)«

Herr Mc Kenna jedoch behauptet, daß die Feststellung 'Banken schöpften Kredit aus dem Nichts' zu nichts führe; daß Banken keine Extraprofite erwirtschafteten; daß es die Kritiker seien, die durch einen Mißbrauch der termini technici das Bankwesen falsch darstellten; daß die Banken keine Macht hätten, die Geldmenge zu verändern, welche ja durch das Finanzministerium über die Bank von England kontrolliert; daß sie das Geld sammelten, welches sie an die Regierung zu 1 ¼ % Zinsen p. a. billiger verliehen, als an die Öffentlichkeit für direkte Anleihen bezahlt würden und daß es keine Schöpfung von irgendwas gäbe – es sei bloß eine Sache der Geldzirkulation……

Wie es sich aber trifft, bringt Herr G.D.H.Cole, der sich wahrscheinlich als einen 'orthodoxen' Geldreformer bezeichnen dürfte, da er die wirklichen als 'herätisch' bezeichnet, in einer Streitschrift, die zur selben Zeit erscheint, die Halluzinationen der Bankiers betreffend die Natur des Geldes auf den Punkt: "Bankier A borgt mir 1 000. Ich bezahle damit irgendwen, der dieses Geld in seine Bank, die des Bankiers B, einlegt. Wenn Bankier B seine nächste Anleihe vergibt, mag dieser glauben, er verleihe das Geld bloß weiter; tatsächlich aber ist dies bloß Geld, das vom Bankier A geschöpft wurde... Die Bankiers lieben es in einigen Fällen zu meinen, sie schöpften und vernichteten kein Geld, aber man kommt nicht um die Tatsache herum, daß sie es tun."

und betreffend die behauptete Kontrolle der Bank of England durch das Finanzministerium, sagt er: "Es ist sehr oft ein strittiger Punkt ob unter den gegebenen Bedingungen das Finanzministerium die Bank of England kontrolliert oder die Bank das Finanzministerium". Arthur Kitson nennt es frei heraus eine Kontrolle durch Wölfe im Schafspelz."

Obwohl auf der Linie von Heinrich Färbers Ergokratischen Reformvorschlag liegend, gehen Frederick Soddys Ideen in der Substanz über jene Silvio Gesells nicht hinaus.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Reginald Mac Kenna: "What is Banking?" in "The Bankers' Magazine", Dec., 1942, Waterlow & Sons. Soddy hatte Kopien seiner Erwiderung auf Mac Kennas Artikel bereits verschickt, als diese sich noch im Druck befand. Danach starb Mac Kenna am 6. Sept. 1943. (*The Arch-Enemy...*, p. 36.).

Schlußfolgerung: Es darf kein bevorrechtetes Spezialgeld (Giralgeld mit r < 1) neben dem Gelde geben! Giralgeldoperationen mit Mindestreserven r < 1 sind wucherische Eingriffe in die Geldzirkulation und daher antichristlich, unsozial!

Heinrich Färber ließ sich über das Buchgeld kaum aus. Dort, wo er es dennoch tat, umschrieb er sie für den Leser leicht faßlich. Er äußerte dazu: "Es ist nicht unsere Aufgabe, das Treiben der Spekulation noch weiter zu untersuchen, da wir ja nicht die Absicht haben, die Spekulanten zu unterrichten...!<sup>451</sup> Tatsache ist, daß, wenn man eine Analyse des Buchgeldes betreibt, ohne vorher die Ergokratie kennen gelernt zu haben, man zum Opfer oder sogar zum Verteidiger der multiplen Geldschöpfung werden kann. Gegen sie schützt nur die Sorge um diese Welt. Geldspekulation unmöglich zu machen, sollte Aufgabe einer Ordnungspolitik sein!

Die respektlos abwertend gebrauchten Begriffe "Beschäftigungspolitik, "Job" und "Arbeitsmarkt" sind alarmierende Indikatoren dafür, daß der Entstehung untilgbarer Schulden Raum gelassen ist, während Menschenleben tilgbar bleiben.

#### Das Wachstum des Geldumlaufs im monetarischen Kapitalismus

Zur Illustration der einfachen Notengeldinflation seien prominente Zeugen angeführt: die BRD und zugleich auch Österreich, welches monetär an die Deutsche Mark aufgrund eines Regierungsbeschlusses seit 1976 angekoppelt war. Die Jubiläumsausgabe der Deutschen Bundesbank "50 Jahre Deutsche Mark" aus dem Jahre 1998 enthält mehrere Zeitreihen der monetären und wirtschaftlichen Entwicklung dieses erfolgreichen Wirtschaftsverbundes. Die zirkulierende Geldmenge (Geldvolumen M1) betrug 1948 zum Zeitpunkt der Emission ca. 6,3 Mrd. DM. Bis 1998 wuchs die Geldmenge M1 auf ca. **250 Mrd. DM**. In Österreich verlief die Entwicklung analog: ca. **12 Mrd. ÖS** Anfang der 50er Jahre und umgerechnet ca. 250 Mrd. ÖS Geldvolumen M1 im Jahre 2003.

Man erkennt darin gemäß der Formel  $K_n = K_0 \cdot q^n$ , worin n die Zahl der Jahre, q = 1 + pder Aufzinsungsfaktor, und p der Zinsfuß ist, eine permanente Inflationsrate von ca. 7,8% seit 1950! Diese war verdeckt durch den Anstieg der Wirtschaftsleistungskraft einerseits und durch das allmähliche Nachziehen aller Einkommen andererseits<sup>52</sup>.

## Geldvermehrung (Inflation) verursacht direkt Geldknappheit

Vergrößert die Notenbank den Geldumlauf M1 um ΔM, entsteht die Frage, wer das zusätzlich neu gedruckte Geld  $\Delta M$  denn zuerst bekommen soll.

Bekommen alle Staatsbürger aliquot dieses Geld, dann zirkuliert in der Wirtschaft mehr Geld von gleicher Kaufkraft als früher. Eine solche, allgemeine Inflation wird daher nicht praktiziert, sie wäre sinnlos. Folglich hat eine Geldvermehrung einen Sinn nur für denjenigen, der sie, wie das Geldstehlen, individuell betreibt.

Der Inflationist kauft mit seinen neu gedruckten Scheinen aus der Wirtschaft Waren weg, er raubt und nimmt unberechtigt Ware, die für die berechtigten Teilnehmer bestimmt ist, mutwillig an sich. Die Gesamtheit der Berechtigten hat nun mehr Geld, sie bekommt aber weniger Ware. Sie ist nominell doppelt beraubt, geschädigt! Die Politik hat die Chuzpe, via Banken die Kunden zu ermuntern zu weiteren Geldraubzügen. Das Raubinstrument heißt »Finanzdienstleistungsprodukt«.

44

Heinrich Färber: "Kritik der Volkswirtschaftslehre", Wien 1923, neu Graz; 1997, S. I-69, Punkt 16.
 Die Lohnkämpfe wurden gegen falsche Kontrahenten geführt. Anstatt gegen die Banken und gegen das falsche Steuersystem anzutreten, welche den Unternehmungen Zahlungsverlegenheiten und den Haushalten fortwährende Geldknappheit bescheren, lenkte man den Zorn der Arbeitenden gegen die allezeit kreditwürdige Unternehmerschaft, also gegen das lukrativste Opfer des Monetarismus.

Das, was Inflationisten an sich bringen, ist unwiederbringlich verloren! Deshalb ist die Verstaatlichung des Geldwesens vordringlich!

Es ist evident, daß durch die Vermehrung des Geldes eine Geldknappheit, genauer: ein Kaufkraftschwund, in der Wirtschaft entsteht. Daraus folgt zwingend, daß Manipulationen (Verminderung und Vermehrung) des zirkulierenden Geldvolumens insgesamt schädlich sind und vollständig unterbleiben sollten, will man die Wertschöpfenden vor Kaufkraftverlust und die Gesellschaft vor Krisen bewahren!

**Schlußfolgerung:** Die Inflation ist das Finanzdienstleistungsprodukt von privaten Banken für die Politik und schädigt die Allgemeinheit, in Geld gesehen, doppelt so stark, als sie der bankpolitischen Korruption institutionellen Nutzen stiftet!

#### Instrumente des gesetzlich geschützten Geldmißbrauchs

- die private Notenbank-AG (Statuten, "Notenbankinstrumente")
- das monetarische Geldsparkreditsystem (Kreditwesengesetz, KWG)
- das monetarische Steuersystem (Steuerrecht)
- Staatliche Anleihen (siehe Anleiherecht)
- das Börsewesen ("Wertpapier- oder Effektenkapitalismus", Wertpapierrecht)

#### Das monetarische Geldmengenziel (Offenmarktgeschäfte)

Notenbanken streben ein Geldmengenziel an. Sie "steuern" die Wirtschaft einerseits über die Geldmenge, andererseits über den Zinsfuß. Dazu dienen ein "Mengentender" und ein "Zinstender". Der Tender stellt eine Art Auktionsverfahren, anders als in Walras' Auktionatormodell, dar: nicht Waren, sondern Zentralbankgelder werden angeboten, "versteigert" (Siehe Schulpaket: "Die OeNB im ESZB", Feb. 2004, S. 39). Das ESZB stellt an die teilnahmeberechtigten Zentralbanken Fazilitäten zur Verfügung, zur raschen Schaffung von Liquidität.

Politik des Mengentender heißt: Der Zinsfuß wird variiert.

Politik des Zinstender heißt: Die Geldmenge wird variiert.

Ein-Wochen-Tender heißt: wöchentliche Ausschreibung.

Drei-Monats-Tender heißt: monatliche Ausschreibung.

Besteht in einem Bereich der Wirtschaft Geldmangel, wird im monetarischen Kapitalismus nicht nach den Ursachen gefragt, sondern es werden Kredite an die betreffenden Unternehmungen "begeben". Herrscht zeitweilig Geldüberfluß, kommen also bei den Banken mehr Gelder durch Rückzahlungen ein, als momentan verliehen zu werden brauchen, wird inländisches Geld durch Devisenkauf "vernichtet".

Die Geldvernichtung erfolgt in den Kreditinstituten. Sie "kaufen" – dieses Wort ist hier irreführend - von der OeNB-AG ausländische Devisen und "bezahlen" sie – wieder so ein irreführendes Wort! - mittels EURO. Diese EURO-Beträge verlieren im Moment des Rückflusses an die OeNB ihre Geldeigenschaft.

Der volkswirtschaftliche Sinn davon ist, daß inländische Banken mittels der Devisen ausländische Güter erwerben, ausländische Banken dagegen inländische. Geldvernichtung ist daher eine Beschenkung der aus- wie inländischen Banken mittels der realen Werte beiderlei Volkswirtschaften.

Die Beziehung der Banken zum Geld ist offenbar eine wie zu Schüttgut. Zur Schöpfung und zur Wertschöpfung haben sie überhaupt nur insofern eine Beziehung, als sie sie durch Inflation aus- und abzuschöpfen trachten. Renditen und Gewinne von Aktiengesellschaften werden "abgeschöpft" und an die Aktionäre "ausgeschüttet"; überschüssige Gelder werden "vernichtet" und erforderliches Geld wird "geschöpft". Juristisch gesehen ist Geld eine Sache und gehört in das Sachenrecht.

Für Nichtbanken (die Wertschöpfenden) ist Geld ein Recht, vorausgesetzt, daß sie wissen, was Recht und was Unrecht ist. Wenn sie das nicht wissen, ist auch für sie das Geld kein Recht, sondern eine Sache. Dann aber befinden sie sich auch wieder auf dem ihnen meist fremden Terrain des Zivilrechts.

## Aktionäre der Nationalbank, jetzt Österreichische Filiale der EZB

Die Aktionäre der Nationalbank sind<sup>53</sup>

- a) Republik Österreich, Bundesministerium für Finanzen (50%);
- Die restlichen 50% der Aktien sind auf die privaten Banken wie folgt verteilt:
  - b) Raiffeisen Landesbank Österreich AG
  - c) Wirtschaftskammer Österreich
  - d) Österreichischer Gewerkschaftsbund
  - e) PSK-Beteiligungsverwaltungs-AG
  - f) Bank-Austria Industrie Holding mbH
  - g) Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG)
  - h) Versicherungsanstalt der österr. Versicherungs AGs
  - i) Vereinigung der österreichischen Industrie
  - j) GRAWE Vermögensverwaltung (vormals Grazer Wechselseitige)
  - k) Pensionsfonds der NÖ Landes- u Landwirtschaftskammer
  - I) Erste NÖ Brandschaden Versicherungsgesellschaft
  - m) Raiffeisen Landesbank NÖ
  - n) Wiener Städtische Allg Versicherungs AG
  - o) Bankhaus Kathrein
  - p) OÖ Wechselseitige Versicherung
  - q) Bank für Wirtschaft und freie Berufe AG;
  - r) Raiffeisenverband Salzburg:
  - s) Raiffeisenverband Steiermark; t) Raiffeisen Landesbank Tirol;
  - u) Raiffeisenlandesbank Vorarlberg; v) Raiffeisen Landesbank OÖ;
  - w) Raiffeisenlandesbank Burgenland; x) Raiffeisenlandesbank Kärnten.

## Bankgeheimnis ein Geheimnis der Bankpolitik

Das Bankgeheimnis verpflichtet eine Bank, gegenüber Dritten keine Auskunft über ihre Kunden zu erteilen. Ausnahme: Auskünfte unter Kreditinstituten oder bei besonderen Anlässen, wenn zB die Staatsanwaltschaft oder die Steuerfahndung ermittelt. Selbstverständlich liegt wegen der Privatheit der Banken ein informeller Einblick der Politik in alle Details der Bonität ihrer Bankkunden nahe, da Banker zugleich Notenbankaktionäre und somit gegenüber der Regierung laut OeNB-Statut §1 unabhängig sind. Weitere Informationen über die Bürger gehen aus den Steuererklärungen und dem Steueraufkommen hervor. Finanzmarktaufsicht FMA und Bundeswettbewerbsbehörde BWB schließen diesen Reigen. De facto existiert das "Bankgeheimnis" nur nach "unten"!

## EZB-Notenbankinflation ist Geldfälschung

Die gewöhnliche Geldfälschung, verübt durch Einzelpersonen, ist ein moralischethisches, kein großes monetäres Unrecht. Die Notenbankinflation ist sowohl ein moralisch-ethisches und wegen 1. ihres riesigen Umfanges und 2. der Zinsbehaftetheit viel mehr noch ein riesenhaftes monetäres Unrecht, weil sie alle trifft. Auf jeder Fischkonserve klebt ein kapazitiver Sensor, welcher den Ladendieb vom Raub abhalten soll. Der ungleich größere Abfluß von Volksvermögen zufolge von Inflationen,

46

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> Die OeNB-AG schlüsselt in einem internen Papier die prozentuellen Anteile der Aktionäre auf. Im Interesse der Verschwiegenheit sind hier lediglich die beteiligten Institutionen aufgelistet.

veranstaltet durch Noten- und Kommerzbanken, wird nicht geahndet. Die Inflation durch geschöpfte Buchgeldkredite schädigt wegen den für das legalisierte Falschgeld erhobenen Zinsen die Wirtschaft weit nachhaltiger, als die Herstellung von unechten Blüten (Falschgeld) durch einzelne. Tolerierbar sind keine von beiden!

#### Schwarzarbeit illegitime Notwehr gegen Schwarzgelddrucken

Während Bankexperten und gewisse Politiker Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft - die eine illegitime Notwehr der Wertschöpfenden gegen eine mutwillig betriebene Kaufkraftverschlechterung des Geldes ist - anprangern, betreiben gesetzlich geschützte Inflationisten (Kreditbanken) Giralkreditschöpfung in atemberaubenden Ausmaßen, welches den Steuerentgang durch Schwarzarbeit in den Schatten stellt. – Da das illegitime Inflationieren – die Geldschöpfung seitens des Bankensektors - der Schwarzarbeit vorausgeht und diese induziert, sollte die Einäugigkeit der Legislative und Justiz hinsichtlich ihrer Wahrnehmung des Wesens der Steuerflucht so wie deren Messen mit zweierlei Maß aufgegeben werden. Die Justiz sollte zuerst den Banksektor zur Verantwortung ziehen und erst dann die Schwarzarbeit ahnden!

#### Banknotensicherheit keine Währungssicherheit!

In Österreich werden die umlaufenden Banknoten jährlich vier Male durch den GSA (Geldservice Austria) auf Falsifikate geprüft<sup>54</sup>. Diese Überprüfung schützt aber nicht vor der inflationistischen Politik der ESZB, welche legalisierte, technisch nicht identifizierbare, Falsifikate in den Umlauf bringt.

## Die ergokratische Steuerlehre

### Das jetzige, ungerechte und stupide Steuersystem

Beim jetzigen Steuersystem, wo die Staatsverwaltung (StV) zunächst die Hoheit über das Geld an eine private Anstalt Oesterreichische Notenbank-AG und dann an das ESZB durch ein Privileg für viele Jahre vergeben hat, hetzt sie den "Steuersündern" mit Behörden (Steuerfahnder und Steuererfinder) hinterher. - Ein armseliges Bild! Zu diesem Zweck hat die StV eine bürokratische Armada von Steuerschützern aufgestellt: Finanzaufsicht, Marktaufsicht, Finanzmarktaufsicht, Finanzmarktverwaltung (FMA), Steuerpolizei, Zollverwaltung, Zollkontrolle, etc. Alle diese Aufsichten kosten viel und führen zu keiner Einsicht. Wenn auch diese Einrichtungen hinsichtlich ihres eigentlichen Zwecks ineffizient sind, so erreichen sie gewiß zweierlei: 1. die bürokratische Schikane der Bevölkerung und 2. die bürokratische Störung der Wirtschaft. Die Begriffe Steuerdumping, Steuernachlaß, Steuerrückzahlung, Steuervorteil, Steuerermäßigung, Steuerflucht, Steuerfahndung, Steuerparadies, Steuerschonfrist, Steuerschonfrist, Steuerschützer, Steuergutscheine, etc. zeigen, daß man offenbar nicht weiß, was Steuer ist.

#### Was ist die Steuer?

Um zu wissen, was **Steuer** eigentlich ist, muß man wissen, was der **Steuerzweck** ist. <sup>55</sup> Die StV braucht das **Steuergeld** zur Erfüllung von allgemeinen Infrastrukturaufgaben, wie öffentliche Verwaltung, Pensionswesen, soziale Sicherheit, Gesundheits-, Ausbildungs-, Verkehrs-, Energiewesen, Bundesforste, etc. In den Leistungen der Volkswirtschaft sind also die Leistungen der StV implizite enthalten. Die StV muß daher einen Teil dessen, was die Wirtschaft leistet, bekommen. Sie ist sozusagen der

-

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> "Die OeNB im ESZB", Info der OeNB, Wien 2004, S. 41.

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Siehe Heinrich Färber: "Das Geldproblem als Grundlage zur Sanierung der Weltwirtschaft". (Als eine Antwort auf eine Preisfrage der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig). Wien 1922; neu: Graz 1997 und "Kritik der Volkswirtschaftslehre", Wien 1923, Graz 1998.

Prokurist im Hause "Staat" und hat ein Anrecht auf einen gerechten Lohn. Dieser Lohn heißt **Steuer**. Um zu bekommen, was sie braucht, bedient die StV sich des Geldes. Wenn die **Steuerquote** Q = 20% betragen soll, muß die StV 20% der Wertschöpfung aus der Wirtschaft requirieren; wenn die **Steuerquote**, wie jetzt, Q = 44% sein soll, muß sie 44% vom gesamten Jahresprodukt bekommen.

Die StV kann sich dabei dreierlei Methoden bedienen:

- a) Naturalsteuererhebung;
- b) monetarische (direkte) Steuererhebung;
- c) Geldsteuererhebung (indirekte Steuererhebung).

Zu a) Die Erhebung der Steuer durch Eintreiben von Naturalien ist bei einem entwickelten, modernen, Staatswesen ungeeignet.

**Zu b)** Die Erhebung von Steuern auf monetarischem Wege ist die derzeit geübte Methode. Dabei wird, wie gesagt, ein erheblicher bürokratischer Aufwand darauf verwendet, die produzierten Güter und Leistungen zu zählen, zu wägen, zu messen, zu gewichten und schließlich in Preisen zu bewerten.

Unzählige Fehlerquellen und Unterschlagungen seitens der zu Besteuernden sind unausweichlich. Kurz: Die **Steuergröße** läßt sich auf diesem, monetarischbürokratisch-schikanösen Wege, nicht präzise ermitteln. Vor allem ist diese Ermittlungsmethode beim heutigen Stand der Technik und Wissenschaft lächerlich!

Während den unselbständig Erwerbstätigen die **Steuer** Groschengenau im Vorhinein abgezogen wird, entgeht der Konzern, der Großbetrieb, entgehen die vielen Dienstleistungsbetriebe bei diesem unsäglich dummen Steuersystem spielend einer genauen Erfassung der Steuergröße. Dies ist ein Unrecht!

# Nicht Waren und Dienstleistungen, sondern nur Geld sollte Steuerbemessungsgrundlage sein

Bei einem monatlich zirkulierenden, genau bekannten Geldvolumen **M1** und bei einer ebenso genau bekannten Steuerquote Q kennt die Staatsverwaltung StV die einzutreibende Steuersumme Q x M1 schon im Vorhinein genau. Sie weiß, daß sie monatlich Q x M1 =  $0.4 \times 250$  Mrd. ÖS = 100 Mrd. ÖS zu bekommen hat und daß sie jährlich  $12 \times 100$  Mrd. = 1.2 Billionen ÖS bekommen muß.

Sie braucht sich daher nicht darum zu kümmern, was an Gütern die einzelnen Betriebe in ihren Magazinen und Lagern für die Belieferung der Kaufleute und des Marktes bereithalten, als vielmehr darum, daß der Fiskus in den Besitz der gesamten geldlichen Steuergröße gelange und zwar auf einem gerechten und einfachen Weg.

Dann entfiele das alljährliche Ausfüllen von Millionen von Steuererhebungsbögen. Das Steuerproblem verschwände dann endgültig von der Bildfläche der Tagespolitik.

#### Die fiskalische Steuerbemessungsgrundlage

Doch, wie seltsam! Im System der ESZB ist das in einem Teilnehmerstaate jeweils umlaufende Geldvolumen **M1**, das ist die Steuerbemessungsgrundlage, unbekannt, nachzulesen im Schulpaket der Oesterr. NB vom Feb. 2004, 4. Aufl., wo es heißt "Gängige Begriffe der Geld- und Währungspolitik", Seite 29, Begriff »Geldmenge«:

"Geldmenge. Bestand an Zahlungsmitteln einer →Volkswirtschaft. Der Begriff wird mit Blick auf seine Eignung als geldpolitische Steuer- und Zielgröße verschieden abgegrenzt".

Im Heft "Das Geld", Seite 8 des Schulpakets heißt es:

"Die Höhe des Notenumlaufs unterliegt regelmäßigen Schwankungen. Ausschlaggebend hierfür sind die zu bestimmten Terminen fälligen Gehalts-, Steuer- und sonstigen Zahlungen. Mit Beginn der Währungsunion ist der nationale Banknoten-

und Scheidemünzenumlauf statistisch nicht mehr zu erfassen. Zwar weist die OeNB auf ihrer Passivseite ...einen Wert für ausgegebene Banknoten aus, die Nachfrage nach Banknoten ist aber nicht mehr nur auf Österreich beschränkt, sondern erstreckt sich auf alle Länder im Euro-Währungsgebiet".

Im Klartext: Die exakte Geldmenge in Österreich ist unbekannt. Frage: Wie weiß man aber die absolute Steuergröße, die den Unselbständigen gemäß der Steuerquote (Q=44%) penibel abgezogen wird, groschengenau? Gilt in diesem Falle die Schüttguttheorie des Geldes im Monetarismus plötzlich nicht? Gilt hier nur noch die summarisch wirkende und mutwillig betriebene *Stabilisierungspolitik*? - Im Heft "Gängige Begriffe der Geld- und Währungspolitik" des Schulpakets, Seite 8, findet man:

"Banknotenumlauf. Der Banknotenumlauf in Österreich betrug Ende 2002 10,2 Mrd. € (inkl. Schillingbanknoten im Ausmaß von 629 Mill. € )..."

In Creutzs Buch "Das Geldsyndrom" Seite 43 sind die Geldmengen der europ. Staaten aufgelistet: Österreich: M1 = 10,5 Mrd € für 1995. Der Bundesvoranschlag 2000 des BMfFinanzen, Übersicht 8 (Quelle: OeNB) listet für **M1** hingegen folgendes auf:

1992	1993	1994	· 1995	1997	1998	1999
22 <b>Mrd</b> . €	24,2	25,7	.29,5	46,9	51,3	55,8

Welches Geldvolumen M1 gilt nun wirklich? Zuletzt, vor der Einführung des Euro, wiesen die Wochenausweise einen Umlauf an Banknoten in der Höhe von ca. 250 Mrd. ÖS (18 Mrd. €) aus, wenn man alle Sichteinlagen und sofort fälligen Verbindlichkeiten, wie es richtig ist, mitrechnet. Die im Schulpaket der OeNB publizierten 10,2 Mrd. €, mit 1 Euro = 13,74 ÖS umgerechnet, weisen mit 140 Mrd. ÖS eine um mindestens 44% zu kleine Geldmenge M1 aus. Geht man jedoch von der "abgesetzten Produktion" in Industrie, Gewerbe und Bauwirtschaft aus (Sonderauswertung der AK), welche 2000 die Summe von 119 Mrd. Euro = 1.640 Mrd. ÖS = 1,64 Bill. ÖS auswies, kommt man auf einen Geldumlauf von 119/12 = 10 Mrd. Euro oder 137 Mrd. ÖS, welche Größe fast identisch ist mit der von der OeNB publizierten Größe. Hier klaffen zwischen dem Zahlenwerk der OeNB-AG, den Bilanzaufstellungen des Finanzministeriums und der "Sonderauswertung der AK aufgrund der Daten der Statistik Austria" einige aufklärungsbedürftige Lücken, welche mit dem Hinweis auf die "verschiedene Abgrenzung der Geldmenge…" nicht weginterpretiert werden kann.

## **<u>Die Automatische Steuer (Ergokratie)</u>**

Zu c Es ist hoch an der Zeit, daß die StV (St) sich der einfachsten und der zeitgemäßesten Methode bedient und die mittelalterliche Belästigungsmethode aufgibt. Die einfachste und auch gerechteste Steuer ist die Automatische Steuer. Die StV kennt die Steuergröße, sagen wir, derzeit 44% des BIP. Diese will sie bekommen. Steuern zahlen die Steuerzahler aber nicht in Geld, sondern mittels des Geldes. Das Steuergeld geht zur StV und sie entlohnt ihre Staatsangestellten. Diese kaufen in der Wirtschaft Waren und Dienste ein. So gelangt ihr Steuergeld als Kaufgeld zu den Wertschöpfenden zurück. Die Wertschöpfenden geben dafür Waren und Dienste ab. D as ist die eigentliche Steuer, die die Wertschöpfenden "bezahlen" und welche die Staatsbeamten und –bediensteten bekommen. Letztlich "zahlen" die Steuerzahler die Steuer also in Waren und Dienstleistungen, denn die StV ist nicht erpicht auf das Geld. Sie braucht dieses nur, um es für Waren und Dienstleistungen ausgeben und um die Staats be dien steten en gelten zu können. Die StV (St) hat dabei zwei Möglichkeiten der Einhebung der indirekten Geldsteuer.

- a) Die StV vermehrt das Geld, dh sie betreibt monatlich einmal eine Steuerinflation und macht diese öffentlich sofort bekannt, oder aber :
- b) Die StV vermehrt das Geld nicht, sondern läßt das Publikum das Geld monatlich einmal austauschen gegen neu gedrucktes Geld, unter Abzug der Steuergröße. Dieser Austausch erfolgt bei den Postsparkassen und auf den Märkten.

#### Zwei Techniken der indirekten Geldsteuer

Eine genaue und vor allem gerechte und technisch korrekte Methode ist die Steuererhebung im Wege einer staatlichen Inflation. Die Behörde hat die Staatsgewalt und kann grundsätzlich, wenn zB die Steuerquote Q = 20% beträgt, 25% zusätzliches Geld drucken, dieses auf dem Markt ausgeben und die Steuerware beziehen. Wir wissen bereits, daß 25% zusätzlich gedrucktes Geld für Steuerzwecke exakt 20% des neuen Geldvolumens, welches nunmehr auf 125% ausgeweitet, inflationiert, wurde, ist. Da die Behörde der Prinzipal ist, wird sie sofort in den Medien verkünden, daß ab nun die Preise um 20% zu erhöhen sind, wodurch die Kaufkraft des Publikums um 20% abnimmt. Auf diese Weise entrichtet das ganze Volk, die ganze Volkswirtschaft, indirekt die reine **Geldsteuer** und wird nicht mit bürokratischen Schreibereien belästigt.

Da in der Wirtschaft nach dem Zeitpunkt der Steuererhebung um **25%** mehr Geld zirkuliert, indem der Staat durch Ausgabe des Steuergeldes "eingekauft" hat, ist die Kaufkraft eines jeden Geldscheins um 20% entwertet, bekommt jeder Käufer um 20% weniger Ware bzw. "zahlt" einen um 20% höheren Preis. Das ist gerecht, denn das, was die Bevölkerung weniger bekommt, gebührt den Staatsdienern.

Diese Art der Steuererhebung ist unpraktisch, plakativ zu erkennen am folgenden Beispiel. Es sei eine Steuerquote von Q = 46,7799% angenommen. Die Geldmenge wird nach dem ersten Monat auf 146,7799% zu erhöhen sein, nach dem 2. Monat wird sie bereits auf 215,44% und nach dem 12. Monat exakt auf  $10\,000\%$  erhöht worden sein, usw. Nach 12 Monaten muß der Staat bei einem Steuersatz von 46,7799% neues Geld mit der neuen Bezeichnung, zB  $100 \times 1,467799^{12} = 10\,000$  AltEuro =  $1 \times 1,467799^{12}$  Alter =  $1 \times 1$ 

Eine von diesem Nachteil befreite Methode ist die **Automatische Geldsteuer**. Der Staat beläßt die Geldmenge unverändert, indem er bei der Geldemission 20% des gesamten Geldes von vorne herein einbehält und den Rest (80%) bei den Postsparkassen an jedem Monats-ersten eintauschen läßt gegen das bisherige Geld.

Während des Monats gibt das Publikum sein Geld auf dem Markte aus, das ist 80% von M1. Zugleich gibt der Staat sein Steuergeld, 20% von M1, aus. Bis Monatsende ist das ganze emittierte Geld (100%) im Umlauf. Am nächsten Ersten erfolgt der Geldumtausch. Bei einem Steuersatz von 20% erhält man an den Schaltern der Postsparkassen oder an den Kassen der Geschäftsleute und auf dem Bauernmarkt für alte Euro 100.- neue Euro im Wert von 80 in anderer Farbe; für 10 alte Euro 8 neue Euro etc. Man kann auch beim Kaufmann den Umtausch durchführen. Man zahlt mit dem alten Gelde im neuen Monat 125%, weil 25% des alten Geldes gleich ist  $^{1}/_{5}$  des neuen Geldes. Damit ist die Steuer entrichtet. Wer das ganze Geld vor dem Geldtauschtermin ausgegeben hat, ist nicht steuerpflichtig. Wer das ganze Geld eingenommen hat - die *Gesamtheit der Unternehmer* - zahlt die ganze Steuer, weil sie das Geld ja hat. Demnach wird jeden Monat andersfarbiges Geld umlaufen, welches am folgenden Monatsersten gegen neues Geld zu tauschen ist.

Diese Methode der Steuererhebung ist absolut gerecht. Es entfällt die Zählung, Wägung, Messung der Güter, es entfällt die zeitraubende Lagerbestimmung, es entfallen die Schreibereien, die Formalitäten für die Finanz, es entfallen die Finanzämter überhaupt und es entfallen die komplizierten Steuerbemessungen, sowie die Steuerberater und Steuerspitzel, welche alle in produktive Berufe zurückkehren können.

#### Der stabile Geldumlauf in der Ergokratie

Es gibt keinen rationalen Grund, die Regelung des Geldumlaufs den Banken sowie den egoistischen Vorlieben von Spekulanten zu überlassen. Das arbeitsame Publikum wünscht verbindliche Regeln, an welchen es sich orientieren kann! Das Volk wird das monatlich empfangene Entgelt auf den Märkten vollständig ausgeben. Es wird - regelungstechnisch gesprochen – den Geldumlauf mit der staatlichen Steuer "aktiv rückkoppeln". Die aktive Rückkoppelung wird ja überall da angewendet, wo ein verantwortlicher Prinzipal die ständigen Korrektureingriffe auf die Dauer lästig findet. Geldumlauf und Steuereinzug sind monatlich sich zyklisch wiederholende Vorgänge, welche nach Automatisierung geradezu schreien. Alleine in dieser Erkenntnis Heinrich Färbers ist vielleicht die größte Errungenschaft zu erblicken! Man wird erkennen, daß die Menschheit durch ihn beschenkt wurde!

Die Menschen werden einsehen, daß sie den geregelten Geldumlauf weder aus Mutwillen, noch aus Unwissen stören dürfen. Die Entstehung der monatlichen Wertschöpfung ist zumindest ein hoheitlicher Akt im Rahmen eines demokratisch verfassten Staates. Es wird sich daher niemand das Recht erschleichen, die Wirtschaft zu schocken durch ein ungeregeltes Geldsparen (Deflation) und durch ein mutwilliges Liquidieren der Sparkonten (Inflation). Das Leben ist ein einmaliges Geschenk und man wird darauf schauen, daß sich ein solches Geschenk nicht in die Fänge moralischer Abgründe verstricke!

Das Volk wird verstehen, daß es ab nun mit dem ungeregelten, mißbräuchlichen Geldzurückhalten, Geldansparen (-sperren), sein Ende hat.<sup>56</sup>

Es wird ein geläutertes Volk sein und es wird seinen eigenen, bisher von den Banken als Argument benutzten *Zahlungsgepflogenheiten* - den Mißbräuchen! - die Grundlage ordnungspolitisch entziehen!

Niemand wird Geld horten oder in privaten Banken sparen wollen, wenn er weiß, daß bei einer Steuerquote von Q = 40% das Spargeld schon nach einem Monat nur noch 60% Kaufkraft von vorher und nach zwei Monaten nur noch  $0.6 \times 0.6 = 0.36 = 36\%$  Kaufkraft bzw. nach 6 Monaten nur noch  $0.6^6 = 4.6\%$  von ehedem hat!

Das Geld ist ein Recht! Es ist Zirkulationsmittel. Also ist das Recht ein Kreisprozeß! Sobald das Geld diese Rolle erfüllen kann, weil eine gut informierte, mitdenkende und moralisch geläuterte Bevölkerung begriffen hat, daß das mutwillige, ungeregelte Geldhorten und Geldsparen ein Unterbrechen des stetigen Kreisprozesses ist und für die Wertschöpfenden in Katastrophen enden muß, sind Wirtschaftskrisen und -kriege für immer gebannt!

Das Geld wird zirkulieren, es wird gelebtes Recht sein! Durch die **Automatische Steuer** bleibt das Geld dauerhaft in Zirkulation! Es gibt dann keine Absatzstockung mit ihren verheerenden Folgen für die Beschäftigung und Konjunktur!

Die hysterische Angst, nicht "investieren" zu können, beruht auf Schauermärchen. Es kann auch in der ergokratischen Wirtschaft Geld gespart, kreditiert und investiert werden, doch folgt dieser Sparvorgang einem von Heinrich Färber in "Das ergokratische Manifest" vorbildlich, klassisch, ausgeklügelten Algorithmus (Nächste Seite).

Man wird fragen, ob nicht Gesells "Schwundgeld" dieselbe Idee bilde. - Zum ersten hatte Gesell die Schwundgeldidee von einem anonymen Finanzexperten aus Wien (1860) plagiiert und sie ihrer Steueridee entledigt (Siehe: Katalog zur Ausstellung zu Heinrich Färber. Der Verf.) und zweitens ist Gesells Lehre inkonsistent dahingehend, daß sie kein monetäres Inflationsverbot erstrebt und dennoch das Zinswesen abzuschaffen vorgibt, sowie vielerlei monetarische Elemente bestehen läßt.

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Die meisten Ökonomen beschreiben die Wirtschaft für eine Zuschauerdemokratie, das ist eine Summe von Konsumenten, die lediglich die Wahl trifft, was sie konsumieren möchte, selbst aber kaum dazu zu bewegen ist, an politischen Wahlen teilzunehmen, geschweige, zur relevanten Wertschöpfung produktiv viel beizutragen.

#### Das ergokratische Geldsparkreditsystem

Im ergokratischen System, so Färber, sei, wie gezeigt, ein Sparen fürs Alter und für Arbeitsunfähigkeit unnötig. Um der herrschenden Mentalität entgegenzukommen, hatte Färber für kleine Sparer einen Ausweg gezeigt. Das Gesparte sollte dabei nicht nach und nach durch die monatlich sich wiederholende Steuerabgabe weggesteuert werden. Färber<sup>57</sup>:

"Nun, so nimmt die Staatsverwaltung das Spargeld in Verwahrung, zieht davon bloß die Steuer für einen Monat ab und gibt den Rest dem Sparer, wann er's will, in neuem, nicht steuerpflichtigem Gelde zurück".

Die Betonung liegt auf "wann er's will", das heißt, der Sparer kann sein Geld beliebig lang sparen, er wird durch die Steuer derweil nicht behelligt. Der Einfachheit halber sei im folgenden Szenario eine Steuerquote von 10% vorausgesetzt. Färber:

"...Die Staatsverwaltung [zieht] vom Spargelde bloß einmal zehn Prozent ab. Wenn die österreichischen Sparer zum Beispiel 100 Millionen der Staatsverwaltung übergeben, bekommen sie Staatsschuldscheine auf 90 Millionen. Gleichgültig, ob sie das Spargeld nach Monaten oder Jahren kündigen, sie erhalten 90 Millionen in neuen Schillingen, die für den Monat, in welchem die Rückzahlung erfolgt, herausgegeben werden, von denen also in diesem Monat keine Abgabe zu leisten ist.

Das wäre das einfachste Sparsystem, gleich dem Sparen in Sparbüchsen, es wäre aber insofern vorzüglicher als dieses, als die Staatsverwaltung von jedem Sparer nur einen gewissen Betrag und nicht mehr annimmt, so daß das Ansammeln großer Geldmengen in der Hand weniger und das Wuchern mit Spargeldern unmöglich wäre".

Die aufgrund des Sparens und Kreditierens monatlich für den Geldumtausch zu korrigierende Geldmenge wird so gewählt, daß die Nichtsparer durch den Geldsparkreditprozeß keinen Kaufkraftverlust erleiden. Färber weiter:

"Aber auch diese Sparmethode hätte den Nachteil, daß sich der Geldumlauf durch das Sparen und das Rückzahlen der Spargelder verändern würde. Wenn zum Beispiel in Österreich, wo der Geldumlauf 1000 Millionen beträgt, die Staatsverwaltung 100 Millionen Spargelder in Verwahrung nimmt, so verringert sich der Geldumlauf um zehn Prozent, und wenn sie das Spargeld zurückzahlt, vermehrt sich der Geldumlauf um elf Prozent. Dementsprechend müßte man aber auch die gesamte Steuersumme ändern. Die Staatsverwaltung braucht ja im Monat, wie angenommen, den zehnten Teil des Geldumlaufs; ist nun der Geldumlauf 1000 Millionen, so braucht sie 100, ist der Geldumlauf aber bloß 900 Millionen, so genügen ihr 90. Wir wissen ja, daß es nicht auf die absolute Geldmenge, die einer besitzt, sondern nur darauf ankommt, welchen Bruchteil des gesamten Geldes er hat. Demgemäß müßte man auch das Gehalt der Staatsbeamten immer ändern und dem Geldumlaufe anpassen, da sonst bald den Steuerzahlern, bald den Staatsbeamten Unrecht geschehen würde. (Dieses Unrecht geschieht auch jetzt sowohl durch die Inflation der privaten Notenbanken als auch durch das Sparen: nur versteht und korrigiert man's nicht.) Deshalb muß ein anderes Verfahren gewählt werden, welches diese Übelstände ausschließt: das ist der Fall, wenn die Staatsverwaltung das Spargeld wieder in den Verkehr bringt. Dies geschieht auf folgende Weise:

Die österreichische Staatsverwaltung zum Beispiel druckt, wie gesagt, Monat für Monat 1000 Millionen neue Schillinge, wovon sie 100 Millionen den Staatsbeamten und 900 Millionen zum Austausch gegen die im Umlauf befindlichen 1000 Millionen alten Schillinge hergibt, wodurch der Geldum-

\_

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Heinrich Färber: "Das ergokratische Manifest", Wien 1930, Graz 1997; Seite 150 ff.

lauf Monat für Monat derselbe ist. Werden nun aber 100 Millionen gespart und dem Umlauf entzogen, so verbleiben im Umlauf bloß 900 Millionen alte Schillinge, die, da die Steuer zehn Prozent ist, gegen 810 Millionen neue Schillinge auszutauschen wären; dann hätten aber die Staatsbeamten 100 und die anderen Geldbesitzer 810, zusammen 910 Millionen neue Schillinge, und der Geldumlauf wäre also um 90 Millionen vermindert, was, wie gesagt, vermieden werden soll.

Deshalb gibt die Staatsverwaltung diesen Monat wie sonst 900 Millionen neue Schillinge zum Umtausch heraus, und es werden die 900 Millionen alten gegen 900 Millionen neue eingetauscht. Die Besitzer der 900 Millionen alten Schillinge erhalten also um 90 Millionen neue Schillinge mehr, als worauf sie Anspruch haben; das heißt, sie bekommen eine Anleihe im Betrage von 90 Millionen Schilling. Diese 90 Millionen neuen Schillinge sind die, welche die Sparer zu fordern haben. Die Staatsverwaltung nahm also von den Sparern 100 Millionen alte, gleich 90 Millionen neue Schillinge, und borgte sie den anderen Geldbesitzern. Nun haben wieder wie sonst die Staatsbeamten 100 und die anderen Geldbesitzer 900 Millionen, und der Geldumlauf ist unverändert; am Ersten des Monats haben die Staatsbeamten 100 und die anderen Geldbesitzer 900 Millionen, am Ende des Monats, da die Staatsbeamten ihr Geld ausgegeben haben, besitzen die anderen 1000 Millionen.

Wenn nach einer Zeit die Sparer ihr Guthaben kündigen, so braucht die Staatsverwaltung für die Sparer 90 und für die Staatsbeamten 100 Millionen neue Schillinge; es verbleiben ihr also 810 Millionen für den Umtausch. Die anderen Geldbesitzer, die Nichtsparer, haben am Ende des Monats, wie gesagt, 1000 Millionen alte Schillinge, für welche sie, da die Steuer zehn Prozent beträgt, 900 Millionen neue Schillinge bekommen sollten; sie erhalten aber bloß 810 Millionen, also um 90 Millionen weniger, das sind die, welche die Sparer bekommen haben; damit haben die Nichtsparer die 90 Millionen, die ihnen früher geborgt wurden, zurückgezahlt.

Wenn 200 Millionen gespart werden, so bleiben im Verkehr 800 Millionen, die gegen 720 Millionen neue Schillinge auszutauschen wären; die Staatsverwaltung gibt für den Umtausch aber wie sonst 900 Millionen neue Schillinge, somit um 180 Millionen mehr, als die Geldbesitzer zu beanspruchen haben; das ist eine Anleihe im Betrage von 180 Millionen Schilling. Wenn das Spargeld gekündigt wird, so gibt die Staatsverwaltung den Sparern 180 und den Staatsbeamten 100 Millionen neue Schillinge, und für die verbleibenden 720 Millionen neuen Schillinge tauscht sie die 1000 Millionen alten, welche die Nichtsparer besitzen, ein. Die Nichtsparer bekommen also um 180 Millionen neue Schillinge weniger, als sie bekommen sollten; das sind die 180 Millionen, welche die Sparer für ihr Guthaben erhalten haben; damit ist die Schuld der Nichtsparer getilgt.

Wir sehen da ein automatisches Kreditsystem ohne Wucher! Zinsen werden nicht gezahlt. Man braucht keine Banken, keine Wechsel, keine Schuldscheine, keine Stempel, keine Notare, keine Hypotheken, keine Gutsteher (die Gesamtheit der Geldbesitzer ist ja die Schuldnerin), keine Pfänder. Keiner wird bevorzugt, keiner benachteiligt: die Relation, das Verhältnis im Geldbesitz, wird ja durch diesen Kredit nicht verändert, jeder besitzt nach wie vor denselben Bruchteil des gesamten Geldumlaufs, jeder hat daher nach wie vor denselben Kaufwert. Keiner wird also durch diesen Kredit an Konkurrenzfähigkeit geschwächt. Es gibt keine Zahlungsschwierigkeiten, keine Insolvenzen, keine Konkurse mehr. Die Gesamtheit der nicht sparenden Geldbesitzer zahlt ja den Kredit zurück; wer kein Geld hat, braucht nicht zu zahlen. Es ist, wie man sieht, nebenbei ein Stück gegenseitiger, sozialer Versicherung gegen Verarmung: durch den Verzicht der Sparer auf den Warenbezug bekommen auch die Armen mehr Lebensgü-

ter, und die Rückzahlung leisten die, welche es leisten können, sie also und nicht die Sparer verzichten zugunsten der Armen; und das alles geht automatisch, daher Mißbräuche und bureaukratische Fehlgriffe ausgeschlossen sind; man braucht keine Armen- und Fürsorgeräte. Niemand wird gepfändet, keinem werden die letzten Habseligkeiten versteigert. Keine Gerichtsklagen, weniger Richter, weniger Advokaten. (Diese Intelligenzler werden in der ergokratischen Wirtschaft ihre Intelligenz in der Industrie und im Handel besser verwerten können als beim Studium der Paragraphen und deren Auslegung. Die überflüssigen Richter werden wie die überflüssigen Steuerbeamten mit voller Pension abgebaut oder anderweitig verwendet.)

Keine Sorgen für den Medio und den Ultimo, überhaupt keine Zahlungssorgen. Die Rückzahlung des Kredites durch die Gesamtheit der Nichtsparer wird keine ins Gewicht fallende Sache sein; denn erstens wird ja das Sparen auf ein geringes Maß eingeschränkt, zweitens werden immer neue Sparer die alten ablösen, die einen werden den Kredit kündigen, die anderen werden einen anbieten, so daß die Nicht-Sparer höchstens die Differenz zu zahlen haben werden.

Keine Auswischerei der Augen der Bauern mit Agrarzöllen, die durch Industriezölle wettgemacht werden! Die Bauern werden keine Wucherzinsen zahlen! Sie werden zinsenfreien Kredit erhalten, und die Schulden der armen Bauern werden die Großgrundbesitzer und die Industriebarone zahlen! Dasselbe wird sich im Gewerbe- und dem Handelsstande abspielen: der soziale Ausgleich wird sich automatisch vollziehen!

Die Zollschranken werden überhaupt fallen! Amerika mag dann eine dumme Zollpolitik machen. Wir Europäer werden nicht, wie Mussolini es für gut findet, damit antworten, den amerikanischen Waren die Einreise zu verwehren und Dollaranleihen hereinzubetteln, sondern umgekehrt: den amerikanischen Waren werden wir die Grenzen öffnen und den amerikanischen Krediten werden wir sie sperren! Wir brauchen dazu keinen Völkerbund und kein Paneuropa! Amerika mag dann sehen, was es für die Waren, die es zu uns einführt, von uns bekommen kann! Es wird sich entschließen müssen, entweder unsere Schillinge, beziehungsweise unsere Waren, in Tausch zu nehmen oder uns seine Waren zu schenken oder sie aufs Eis zu legen! Passive Handelsbilanz gibt es dann nicht!

Wie lächerlich ist es, bei der überall herrschenden Überfülle sowohl an Agrarprodukten als auch an Industrieerzeugnissen, zu meinen, daß sowohl die Bauern als auch die Industriellen zufolge ausländischer Konkurrenz nicht auf ihre Rechnung kämen, aus welchem Grunde man Zollschranken für beiderlei Produkte aufrichten müsse! Was ist denn der Preis der Agrarund der Industrieprodukte? Agrarprodukte sind der Preis der Industrieerzeugnisse und umgekehrt! Wenn nun von beiden Überfluß vorhanden ist, so müßten beide einen guten Preis haben: die Bauern müßten für ihre Produkte viel Industrieerzeugnisse, und die Industriellen für ihre Erzeugnisse viel Agrarprodukte bekommen! Nicht also die ausländische Konkurrenz, sondern die Inflation der heimischen Notenbanken, der Geld- und Warenwucher, die Anleihen, das ungerechte Steuersystem und die dumme Zollpolitik richten die Bauern wie die Industriellen zugrunde!

Die kleinen Sparer werden im ergokratischen System nicht durch große ausgebeutet. Wer zahlt denn in einer Zinsenwirtschaft die Zinsen der großen Wucherer, wenn nicht die Schaffenden? und die kleinen Sparer sind in einer Zinsenwirtschaft nicht nur Zinsennehmer, sondern auch Schaffende. In der ergokratischen Wirtschaft bekommen die kleinen Sparer keine Zinsen, in Geld gesehen, aber wenn die Wirtschaft nicht gestört und nicht ausgebeutet wird, wenn Produktion und Konsumtion sich klaglos abwickeln, werden immer mehr Güter erzeugt und immer mehr dem Konsume zugeführt; da bekommt man für die Spargelder immer mehr Ware, was viel

mehr wert ist als die wenigen Geldzinsen, welche die kleinen Sparer in einer Zinsenwirtschaft bekommen. Was aber die Hauptsache ist, ihre Spargelder sind im ergokratischen System absolut sicher, Verluste sind ausgeschlossen".

Hier hat Heinrich Färber einen genialen Algorithmus entwickelt! In jedem Fall ist die **Automatische Steuer** eine Jahrtausendinnovation in der Finanzgeschichte und verdient eine intensive Rezeption!

Geld kann nur noch zinsfrei und im kleinen Umfang gespart werden. Die Staatsbank wacht darüber, daß die ganze Spargeldmenge einen kleinen Bruchteil von M1 nicht übersteige. Private Banken, die bislang von Wucherzinseinkünften lebten, werden verstaatlicht und deren Mitarbeiter aus der Steuer entgolten, wie jeder Chirurg oder Lehrer, wie jeder sonstige Staatsangestellte auch. Es ist nicht einzusehen, warum Banken Geld verdienen sollten an der Transaktion von Geld! *Aristoteles: "Geld gebiert keine Kinder!"* Die zahlreichen Kriege haben hinlänglich bewiesen, daß Völkerkonflikte wirtschaftlich bedingt sind, weil die Völker bei der Staatswerdung auf die Verstaatlichung des Geldes, auf die Finanzhoheit, vergessen haben.

#### "Steueroasen" können dem Ordnungsstaat nichts anhaben!

Gesetzt den Fall, jemand reiste mit einem Koffer Geldes in eine Steueroase aus, um der ergokratischen, Automatischen Steuer, zu entgehen. Färber schrieb dazu sinngemäß<sup>58</sup>: *Dann mögen wir ihm viel Glück wünschen!* Der Steuerflüchtling nimmt also an der monatlichen Geldumtauschaktion nicht teil. Sein "gerettetes Geld" verliert so Monat für Monat im Ausmaß der Steuerquote an Kaufkraft (siehe oben). Er wird sich davor hüten, der Steuer entfliehen zu wollen, weil er durch die Koppelung des Geldumlaufs an den Steuereinzug weder der Steuer noch der Kaufkraftsicherung durch das bestehende Inflationsverbot zu entgehen vermag. Er wäre töricht, dies versuchen zu wollen.

## Wozu der Bund der Steuerzahler heute gut ist

Der Bund der Steuerzahler ist an einer Automatischen Steuer genau so wenig interessiert, wie die Gesamtheit der Steuerberater. Er lebt von einer "Beratertätigkeit" im monetarischen Kapitalismus, weil in einem durch die Medien madig gemachten Staat ein Steuersystem mit Schlupflöchern die Regel ist. Im ergokratisch aufgewerteten "Edelkapitalismus" hingegen gibt es keine Schlupflöcher und kein Steuerproblem. Dieses Thema verschwindet buchstäblich von der Bildfläche der Tagespolitik.

## Vollkommen entbehrliche Staatsanleihen!

Ein Skandal ist es, daß drei Jahrzehnte nach dem Ende des Wiederaufbaues nach dem II. WK man noch immer nicht weiß, daß ein Staat nicht verschuldet zu sein braucht, daß Staatsschulden lediglich Resultat unfähiger oder korrupter Politiker und Regierungen, somit Resultate einer auf Eis liegenden Demokratisierung sind! Der Staat, das ist das Volk, die Volkswirtschaft, hat sowohl die **Geldhoheit**, als auch die **Steuerhoheit**. Beide Hoheiten bilden die **Finanzhoheit**. Die StV braucht also keine Anleihen zu nehmen und das Volk nicht mit Zinsen zu belasten. Braucht die StV vorübergehend mehr Geld, kann sie nach einem demokratischen Referendum die Steuer erhöhen; sie kann, darf und soll eine **Inflationssteuer** erheben, selbst wenn es unpopulär ist! Dazu besitzt die StV die Befugnis und die Entscheidungsgewalt. Sie verfügt auch über die nötigen Vollzugsbehörden; keine Umstände hindern

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> Heinrich Färber: "Das ergokratische Manifest", Wien 1930, Graz 1998, S. 147ff.

die StV daran, ihre Macht zu gebrauchen, sich den gewünschten Anteil am Produkt und das hierzu erforderliche Geld zu dessen Bezug auf steuerlichem und keinem wucherischen Wege zu verschaffen. Sie ist auch gehalten, das Volk in die Entscheidungen einzubinden, denn nur Gerechtigkeit ist die Basis der Macht!

Justitia Regnorum Fundamentum! – Populäre Staatsanleihen hingegen seien Staatswucher, schrieb Heinrich Färber in "Kritik der Volkswirtschaftslehre".

Zur Schande unserer Epoche sei daher festgestellt, daß man es der StV erlaubt, den "Staat" in die Irre zu führen. Das ist die *repräsentative Demokratie* - ein "anarchisches Machtvakuum" zur Verspottung der Wirtschaft – indem die indolente Bevölkerung auf den gerechten Steuerweg verzichtet und sie sich selbst einen ungerechten, zinsbehafteten, Anleiheweg - "*Staatsschulden"* für gelebte Indolenz – aufbürdet!

#### Knechtschaft der Wirtschaft Zweck der forcierten Exportpolitik

Neben den Anleihen belastet eine geförderte Exportpolitik die Inlandswirtschaft noch zusätzlich. Ein Beispiel: Aus Gründen der Vollbeschäftigung produziere eine inländische Firma Kanonen im Wert von 20 Mrd. ÖS. Das Ausland mache Inflation und erwerbe diese mit frisch gedrucktem Notenbankgeld, zB 2 Mrd.US-\$. Aufgrund der in der Kontrollbank-AG als Zahlung einlangenden 2 Mrd. US-\$ macht auch das Verkäuferland Inflation und druckt in der heimischen Notenbank 20 Mrd. ÖS auf Deckungsbasis (2 Mrd. US-\$). Das ist eine Inflation, eine Entwertung der Kaufkraft des Schillinggeldes! Die neu gedruckten Schillinge gehen so an die Kanonenfirma für Lohn- und Gehaltzahlungen und "Gewinn". Die Belegschaft der Kanonenfirma kauft im Inland ein und erhält dafür Landesprodukte im Ausmaß von 20 Mrd. ÖS. Die Preise steigen. Um soviel bekommen die anderen Inländer weniger Landesprodukte. Das ist eine Sondersteuer! Bei diesen Geldtransaktionen fallen nebenbei Zinsen an für die Banken. Diese Zinseinnahmen bilden den eigentlichen Zweck des Exports; das Argument der Vollbeschäftigung ist eine Augenauswischerei!

"Wir haben nur ein Ziel: die Grenzen zu öffnen und die ausländischen Schätze hereinzulassen. Um den Export möge sich das Ausland kümmern. Fürchten wir nur ja nicht, daß das Ausland uns zu wenig abnehmen werde!"<sup>59</sup>

Auslandsanleihen zur "Deckung" der inländischen Inflation ein Unfug

Die monetarische Finanzwissenschaft begründet den Akt der Durchführung einer inländischen Inflation mit der Notwendigkeit der Beschaffung einer ausländischen Deckung der eigenen Währung. Devisen werden aufgenommen und in der Nationalbank in einem Safe verschatzt. Auf deren Grundlage druckt die private Notenbank-AG Landesgeld und verleiht es an den Staat. Mit diesem Kredit sind Zinsgeschenke an alle Akteure, die diese wohlfeile Konstruktion der Staatsfinanzierung wählten, auf lange Zeit, für die Dauer der Anleihe, gesichert. Notwendig und sachlich gerechtfertigt ist weder eine Inflation noch die Anleihe. Sie seien **Staatswucher**, sagt Heinrich Färber!

## **Bundesschuld und deren Verwaltung eine Impertinenz!**

Für die Verwaltung der unnötigen Staatsschuld wurde von korrupten und unfähigen Politikern der Staatsschuldenausschuß gegründet. Er war von 1970 bis 1997 ein Gremium der Österr. Postsparkasse. Dann trat im Mai 1997 das Bundesgesetz über die eigenständige Errichtung des Staatsschuldenausschusses in Kraft. Die Agenden sind gesetzlich festgelegt. Eine Novellierung erfolgte 2002. Das Aufgabengebiet(?) ist seither vergrößert.

-

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> H. Färber: "Die Alternative: Entweder Ergokratie oder bürokratischer Kommunismus", Wien 1934; Graz 1998.

#### Agenden:

- 1. Einschätzung und Vorschau der finanzpolitischen Lage;
- 2. Analyse der vw. Auswirkungen von Finanzoperationen im Zusammenhang mit der Finanzschuld der öffentlichen Haushalte auf der Basis der Ergebnisse;
- 3. Nachhaltigkeitsanalyse der Qualität der Budgetpolitik der öffentl. Haushalte;
- 4. Abgabe schriftlicher Empfehlungen zur Finanzpolitik der öffentl. Haushalte in Österreich unter Berücksichtigung der konjunkturellen Rahmenbedingungen;
- 5. Jährliche Berichterstattung über die im Finanzministerium gegebenen Empfehlungen zur Berichterstattung des Finanzministers an den Nationalrat und an die Bundesregierung;
- 6. Mitwirkung bei der öffentlichen Meinungsbildung im Zusammenhang mit den Aufgaben des Staatsschuldenausschusses; informative Veranstaltungen.

## Konvergenzkriterien: Statt Defizitpolitik wird das Volk bestraft

Die von der EU definierten, wichtigsten Konvergenzkriterien sind<sup>60</sup>:

- 1. **Stabiles Preisniveau.** Es besagt, daß die Inflationsrate die durchschnittliche Inflationsrate der drei preisstabilsten Länder nicht überschreiten darf.
- 2. **Niedriges Zinsniveau.** Das Zinsniveau am Kapitalmarkt darf das der drei preisstabilsten Länder höchstens um 2% überschreiten.
- 3. **Gesunde Staatsfinanzen.** Die Staatsschuldenquote darf maximal 60% des BIP betragen. Die jährliche Neuverschuldung darf 3% des BIP nicht übersteigen. Eine Überschreitung wird durch eine Bestrafung des "Staates", das ist eine Bestrafung aller Wertschöpfenden im Lande durch die EU, geahndet.
- 4. **Stabile Wechselkurse.** Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems unter Einhaltung der normalen Bandbreiten des Mechanismus.

**Kritik:** Zu 1.) Wie im Kapitel der Preisstabilisierung bereits erklärt, ist ein stabiles Preisniveau nicht nur ein Fetisch, sondern außerdem für die Wertschöpfenden schädlich und ist durch ein Inflationsverbot zu beseitigen. Preise dürfen nicht und können nicht stabil sein, wie auch die Erntemengen und Erträge niemals stabil sind. Der Mensch sollte nicht versuchen zu stabilisieren, was durch höhere Gewalt nicht zur Stabilität bestimmt ist! Zu 2.) Ein hohes Zinsniveau zuzulassen, ist wichtig nur für unabhängige Banken, die von den Zinsen leben. Für die Wirtschaft ist diese Forderung ebenso fadenscheinig, wie nicht zu viel schwanger sein zu dürfen.

Zu 3.) Staatsfinanzen sind nur dann gesund, wenn es keine Staatsschulden gibt, wenn die Staatsausgaben gleich sind den Staatseinnahmen. Reine Willkür ist es, eine Verschuldung von 60% festzusetzen. Kein Staat braucht sich bei Privatbanken zu verschulden. Eine Verschuldung des Staates von 60% des BIP erzwingt ewig dauernde Zinszahlungen der Wirtschaft an die Banken. Überschreitet der Finanzminister das Limit der Staatschuld um mehr als 3%, muß dafür die Volkswirtschaft Extrazinsen als Strafe für diesen Staatsakt an Brüssel abliefern. Dies sind Strafzahlungen, verursacht durch eine falsche, korrupte Budgetpolitik im Inland! Zu 4.) Stabile Wechselkurse sind in einem Regime der Deregulierung und Globalisierung des Kapitals ein Hohn! Nur die Finanzpolitik eines einzelnen Staates kann mit den Verschuldungsusancen Schluß machen, dann gibt es wieder stabile Wechselkurse!

Die Absurdität von Staatsschulden – Absurdität der Währungsunion An wen ist der Staat, an wen ist die Gesamtheit der Wertschöpfenden, Geld, Anteilscheine, Leistungsscheine, schuldig? Er ist verschuldet, weil die Bevölkerung priva-

57

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> Waltraud Langer, Susanne Spreitzer: "Österreichs Wirtschaft von A-Z", Linde, Wien, 2003.

ten Krediten an den Staat zugestimmt hat und nicht weiß, daß die Volkswirtschaft, somit alle im Staat wertschöpfenden Menschen, den Staat repräsentiert und die Wirtschaft sich nicht bei sich selbst zu verschulden braucht, wenn sie staatsinterne Ausgaben fiskalisch bestreiten will. Hat etwa die österreichische Bevölkerung, hat die österreichische Wirtschaft zu wenig an gewissen Scheinen, um die eigenen Agenden im Staat, die eigenen Aufwendungen, finanzieren zu können?

Wenn man für Finanzzwecke Geld druckt auf der Basis einer vom Ausland ausgeborgten Devisendeckung, die man in den Tresor der Nationalbank sperrt und das Volk damit an die Zinsleine gelegt hat, dann ist es gleichermaßen möglich, Geld zu drucken ohne eine ausländische Deckung, ohne sie im Tresor einzusperren und ohne das Volk mit Zinsen zu belasten! Gedeckt ist das staatseigene Geld vollständig durch die inländische Wertschöpfung und nicht durch fremde Devisen oder durch Gold.

Die Notwendigkeit der Devisendeckung ist eine Finanzlüge und die darauf gegründete Inflation ein dummer, monetarischer Schwindel!

Jeder Staat verfügt über die Geld- und Steuerhoheit zur Bestreitung der eigenen Ausgaben und braucht sich weder bei der privaten Notenbank, noch zusätzlich bei einer ausländischen Geschäftsbank zu verschulden.

"Warum mußte sich der Staat diese Deckung ausborgen? Hat man jemals so etwas gehört, daß einer ein Geschäft gründet und das Betriebskapital nicht in sein Geschäft steckt, sondern es einem anderen borgt, der es in dieses Geschäft stecken soll?"<sup>61</sup>

Die dümmste Handlung war die kollektive Preisgabe der eigenen, nationalen Währungen durch die Teilnahme an der Währungsunion. Alle Teilnehmerstaaten haben ihre Rechte auf ihre nationalen Währungshoheiten an die private EZB in Frankfurt abgetreten; sie haben damit das Recht jeder Nation auf seine eigene Währungshoheit verraten! Das Beibehalten der Steuerhoheiten in jedem Staat beweist aber, daß die Währungsunion eine Fehlkonstruktion ist und nicht lange halten wird können. Es genügt, eine **Politische Union Europas** zu verwirklichen. Eine Währungsunion ist Unfug! Letztere knebelt die finanztechnische Handlungsfreiheit eines jeden Staates und könnte nur von geblendeten Individuen ausgeklügelt worden sein! Die Existenz wirtschaftlicher Ungerechtigkeit ist nur auf eigene Indolenz und das Desinteresse der Menschen an dem Geschenk der "Demokratie" nach 1945 zurückzuführen!

# Die Verschuldung der wuchergesteuerten Wirtschaft im finanztechnisch devastierten Staat

Die Ursachen für die Verschuldung der privaten Wirtschaft und der des Staates sind:

- a) die private Inflation (Geldfälschung des ESZB) und Kommerzbankkredite;
- b) der gesetzliche Schutz des wucherischen <u>Geldspar- und Kreditsystems</u> und c) das ungerechte, sachlich ungereimte und bürokratisch ineffiziente, <u>moneta-</u>
- c) das ungerechte, sachlich ungereimte und bürokratisch ineffiziente, <u>mone rische Steuersystem</u>.

Die Staatsschuld betrug Ende 2002 ca. 2,1 Bill. ÖS = 157 Mrd. €. Das ist mehr als das Doppelte der jährlichen Steuereinnahmen oder ca. 2/3 des BIP. Die Zinslaufzeit für die Staatsschuld beträgt bei einem Geldmarktzinssatz von ~3% durchschnittlich 5 Jahre. Da jedes Jahr erneut Devisenschulden kontrahiert werden, überlappen sich die Restlaufzeiten. Das Zinsenzahlen an Nichtwertschöpfende endet daher niemals.

\_

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup> Heinrich Färber: "MENETEKEL I., II. und III. Buch", Wien 1935; neu Graz 1998.

#### Monetarismus und Zinsendienste

#### 1. Der Zinsendienst an die Banken, "Staatsschuldtilgung" genannt

Leicht nachzuvollziehen ist die Entstehung der Finanzschuld des Bundes, weil es hierzu ein historisches Muster gibt. Sie betrug Ende 2003 127 Mrd. € oder 1,75 Bill. ÖS oder 65% des BIP (2003: 2,70 Bill. ÖS). Jährlich nimmt die StV ca. 300 Mrd. ÖS (mtl. 25 Mrd. ÖS) Schulden auf, mit einer Laufzeit bis zu 6 Jahren. Die Schulden aufeinander folgender Jahre überlappen sich, sie werden somit nie getilgt. Der Tilgungszinssatz pendelt um 3% und induziert so die jährliche Schuldtilgungsgröße von derzeit 55 Mrd. ÖS oder monatlich 4,6 Mrd. ÖS. Die Schulden werden seit 2002 nur noch in CHF und in JPY aufgenommen. Der Expertenbericht findet dazu die folgenden Worte<sup>62</sup>:

"Die Gestion des Laufzeitprofils der Verschuldung zählt neben der Auswahl des Verschuldungsinstruments, der Währungszusammensetzung und der Verzinsungsart zum Kern der Portefeuillesteuerung…"

Wer hat dieses Szenario des periodischen Schuldenaufnehmens ersonnen?

#### Genfer "Sanierung" von 1922 Devastierungsmuster bis heute!

Die Staatsschulden Österreichs sind das Erbe des Völkerbundes, welcher uns nach 1918 eine ausländische Finanzkontrolle oktroyierte. Der Völkerbund wurde 1946 aufgelöst und durch die UN ersetzt. Die Praxis der unaufhörlichen Staatsverschuldung aber haben wir dankbar beibehalten! Seit 1923 bildet die Seipelsche "Sanierung" das Schnittmuster aller Auslandsanleihen. Am 14. Juli 1923 erhob Gewerberat Heinrich Färber eine Anklage gegen den Nationalrat und die Bundesregierung: "Anklage des Bundes aller Schaffenden gegen die Regierung und den Nationalrat wegen Beraubung der Bevölkerung zugunsten der österreichischen Nationalbank" sowie Färbers Verdikt über den Österreichischen Nationalrat in: "Stein oder Steinhof"<sup>63</sup>.

#### Erfolgreicher Staatsverschuldungstest in der Ersten Republik Die heute noch bestehende Staatsschuldenpolitik zeigt, daß man nicht bereit zu sein scheint, mit der Verschuldung Schluß zu machen! Die Entwicklung:

- 1. Die am **1. 1. 1923** neu gegründete OeNB-AG forderte vom Staat 3% von 2 ½ Bill. Kronen, das sind 75 Mrd. Kr. jährlich! Die OeNB-AG behauptete, die alte k.u.k. Oesterr.-Ungarische Notenbank habe 2 ½ Bill. Kr. dem Staate geliehen.
- 2. Die christlich-soziale Regierung unter Bundeskanzler Prälat Dr. Ignaz Seipel brachte dienstbeflissen einen dahingehenden Gesetzesentwurf ein. Dieser wurde am **12. Juli 1923** im Finanzausschuß angenommen.
- 3. Die Opposition (SPÖ) war ihrer Aufgabe, gegen die unverfrorene Behauptung der OeNB-AG öffentlich aufzutreten und den Gesetzesentwurf zu Fall zu bringen oder Heinrich Färber als Experten beizuziehen, nicht gewachsen.
- 4. Der Bund aller Schaffenden richtete unter dem Vorsitz Heinrich Färbers am **14. Juli 1923** ein Zirkularschreiben an die Verbände der Abgeordneten im Nationalrat (christlichsoziale, sozialdemokratische, großdeutsche und an Minister Czernin als den einzigen Vertreter der bürgerlich-demokratischen Partei).
- 5. Die Parteien haben das Zirkularschreiben ignoriert. Die Opposition hat auch im Plenum des Nationalrates ihre Aufgabe nicht wahrgenommen.
- 6. Der Regierungsentwurf wurde in der Plenarsitzung des Nationalrates vom **17. Juli 1923** zum Gesetz erhoben.

63 Sonderau+gaben der Scaffenden, Nr. 5, Wien 1923. (Stein a d Donau = Gefängnis; Steinhof = Irrenanstalt).

<sup>32 &</sup>quot;Staatsschuldenausschuss. Bericht über die öffentlichen Finanzen 2002", Wien 2003, Seite 48.

- 7. Die angebliche Forderung der Nationalbank stammte aus dem früheren Noteninstitut (Oesterr.-Ungarische "Rothschild"-Bank), die dem Staate für seinen Haushalt Noten druckte. Dafür gab ihr die Regierung Schuldscheine, Schatzscheine und zahlte an sie Zinsen.
- 8. Die am 1. 1. 1923 neu gegründete OeNB-AG hatte die Bestände, die Forderungen und Schulden, von der alten NB übernommen. Darunter befanden sich auch die angeblichen Forderungen des alten Instituts an den Staat im Umfang von 2 ½ Bill. Kronen.
- 9. Letztlich handelte es sich um die Verzinsung dieser angeblichen Staatsschuld, Schatzscheinschuld genannt!
- 10. Die Regierung vertrat den Standpunkt, daß der Staat der Nationalbank ebenso wie dem alten Institut Zinsen dieser Schuld zu zahlen habe. Nicht geprüft wurde, ob diese Schuld zu Recht besteht, weder von der Regierungspartei, noch von der Opposition.

Diese Schuld des Staates und diese Forderung der alten Notenbank bestanden nach Färber niemals zu Recht, folglich konnte das neue Institut diese Forderung und den Anspruch auf ihre Verzinsung nicht erworben haben. Folglich ist die Zahlung des Staates an die Notenbank von jährlich 75 Mrd. Kr. keine Zinszahlung, sondern eine einfache Beraubung der schaffenden Bevölkerung. Die Begründung Färbers in der erwähnten Nummer ist zeitlos gültig!

#### Die Geburtsstunde der Ergokratie

Die in Genf vom Völkerbund ausgehandelte Sanierung Österreichs bildete den Ausgangspunkt für Heinrich Färber, der im Begriffe war, die Finanzaktionen österreichfeindlich gesonnener Personen öffentlich bekannt zu machen.

In der Zeitung "Sonderau+gaben der Scaffenden" schrieb Färber unter anderem:

"Die Dru‰orte. Inwiefern sind diese Noten, welche das alte Noteninstitut dem Staate druckte, mehr als eine Drucksorte? Inwiefern sind sie Geld? Wie entstanden daraus eine Schuld für den Staat und eine Forderung für die Notenbank? Die Finanzverwaltung gab diese Noten den Staatsbeamten, Bediensteten und Liefe-

Die Finanzverwaltung gab diese Noten den Staatsbeamten, Bediensteten und Lieferanten für Leistungen. Die Beamten gaben diese Noten weiter an die anderen Schaffenden, wieder für Leistungen und Waren. Diese Schaffenden haben nun diese Noten. Wer soll nun der Schuldner sein? Sind etwa die Beamten schuldig, das Geld, welches sie erhielten, zurückzuzahlen?

So wahnsinnig ist doch niemand, um dies zu behaupten...."

#### Stein oder Steinhof.

"Der Staat ist also der Nationalbank weder diese 2 ½ Bill. Kr. noch die Zinsen davon schuldig. Das vom Nationalrat beschlossene Gesetz, der Nationalbank Zinsen von diesen 2 ½ Billionen zu zahlen, ist daher nur eine Vermehrung des Raubes der Nationalbank. Es fragt sich nur, ob diese Regierung und dieser Nationalrat nach Stein oder nach Steinhof gehören." – Es folgte eine 10-monatige, gerichtl. Untersuchung Färbers. In den weiteren Kapiteln "Der Finanzminister Anwalt der Nationalbank", "Da+ Volk ohne Vertretung", ferner "Der erste Prei+ für die größte Dummheit der Weltgescicte" und "Der Nationalrat will nict die Sculd lo+werden, sondern Zinsen zahlen" rechnete Färber gründlich ab mit dem Jahrhundertunsinn, welcher hier angebahnt worden war und welcher weltweit als eine Modeerscheinung sich ausgebreitet und ungeheure Zerstörungen an Menschen, deren Moral und an Material angerichtet hat und welcher dennoch nicht zu bannen ist, weil eine den Wohlstand bagatellisierende Indolenz jeglichen beherzten Aufschrei in den Kehlen erstickt hat! So wurde die No-

tenbank eine fingierte Gläubigerin des Staates und blieb es bis heute! Die gegen Färber angestrengte, gerichtliche Untersuchung wurde im Mai 1924 zurückgezogen.

## 2. Der Zinsendienst der Österreicher an wenige sehr große Sparer

Ohne eine PC-Animation sehr schwierig zu verstehen ist die Entstehung der Schillingschulden der Wertschöpfenden an diejenigen, welche sich an der Wertschöpfung nicht beteiligen (brauchen). Seit Altbundeskanzler Dr. Helmuth Schmidt anläßlich seiner Kritik des §104 des Statuts der EZB im November 1996 in *Die Zeit, Nr. 46* vor einem "Staat im Staate" gewarnt hatte, ist immerhin klar geworden, daß es eine solche sekundäre und parasitäre Institution tatsächlich gibt. **Die statutarisch festgelegte Unabhängigkeit der Zentralbanken bildet den juristischen Rahmen eines Staates im Staate.** Der Souverän dieses Sub-Staates ist die Gesamtheit der Geldsparer. Sie besteht aus zwei Klassen: 1.) 5 Mio Sparer kleiner Beträge und 2.) Anleger horrender Summen (60 000 Personen). Letztere bilden einen zweiten Fiskus neben dem Staate, an welchen alle Steuerzahler Zinsen entrichten, obschon sie dafür als Gegenleistungen nur komplizierte Lebenserschwernisse zurückerhalten.

# Die Kinematik der Entstehung der Spargeldansprüche (Kapitalvermögen)

Es existiert kein dem angesparten Kapitalvermögen entsprechendes Geld! Die von den Notenbanken ins Treffen geführte "erweiterte Geldbasis M3" ist keine *Geldbasis*, sondern eine angehäufte Summe von Anspruchsrechten auf reales Geld. Die *Geldbasis* ist die Geldmenge **M1** = 250 Mrd. ÖS. Diese bleibt, falls keine Inflation veranstaltet wird, immer gleich groß. **M1** zirkuliert dann einmal im Monat im Kreise. Werde zB ein Heizungssystem (Zentralheizungskörper) mit 100 Liter Wasser befüllt und dieses anschließend 100 Male im Kreis gepumpt, kann man doch nicht sagen, die "erweiterte Wassermenge" betrüge 100 Liter x 100 = 10.000 Liter. Die erweiterten Geldbasen M2 und M3 führen bloß in die Irre! Abb. 1 illustriert die Summe der Zugriffsrechte auf reales Geld, wobei noch als täuschendes Moment hinzukommt, daß bei einem elektronischen Geld das berechtigte vom unberechtigten Geld kaum noch unterschieden werden kann. Es scheint daher vorderhand schier unmöglich geworden zu sein, dem Problem der spekulativen Geldforderungen zu steuern.

Die Animation (siehe PDF-file) ist daher noch auf der Annahme eines Bargeldes aufgebaut, um augenfällig zeigen zu können, wie durch das bloße Faktum, daß es die wertgeschätzte *Institution des Spargeldkreditsystems* gibt, die Spargeldansprü-che aller Sparer mit der Zeit in astronomische Höhen wachsen müssen! Ausschließlich unter der Annahme, daß in der Wirtschaft nur Bargeld benützt wird, ist eine solche Demonstration auch allgemein verständlich. Für elektronische Geldnutzungsgepflogenheiten muß eine besondere Bilanzierungsrechnung angewandt werden, welche sich zur Illustration des Wesentlichen kaum eignet.

## Schätzung der "Spareinlagen" in Österreich

Das 8-Millionenvolk Österreichs verfügt über 30 Millionen Sparbücher. Nach einer Publikation der Austria Presse Agentur aufgrund der Studie der OeNB-AG erschien am 26. Februar 2000 in der Kleinen Zeitung, Graz eine Schätzung der "Spargeldvermögen", wie folgt (alle Größen in ÖS):

Zahl der Sparbücher	Durchschnittl. Kontostand [ÖS]	Quersumme [Bill. ÖS]	
20 Mill.	á 82 500	1,65	
3 Mill.	á 300 000	0,92	
0,3 Mill.	á 750 000	0,3	
<sup>1</sup> / <sub>6</sub> Mill.	á 3 Mill.	0,5	
_7 Mill.	á 0,1 Mill.	0,7	
Gesamtsumme der Ford	~4,1 Bill. ÖS		

#### Was sind "Spargeldansprüche"?

Um die *Auszahlbarkeit*, dh die Möglichkeit der Auszahlung von Ansprüchen auf Spargelder, beurteilen zu können, ist es essentiell wichtig, Sparkonten zu beurteilen nach deren Fristigkeit, dh zu unterscheiden zwischen langfristig und kurzfristig "angelegten" Spargeldansprüchen.

Das kinematische Wesen des Spargeldes als solches war bisher noch nie Gegenstand von mathematischen Existenzbeweisen. Würde man untersuchen, ob Spargeld überhaupt existiert - ob ein Algorithmus des Spargeldes mathematisch überhaupt möglich ist - würde man finden, daß dies meistens nicht der Fall ist. Wenn Spargelder dennoch ausbezahlt werden, so nicht deshalb, weil sie existieren, als vielmehr deshalb, weil dies eine akzeptierte Inflationsgepflogenheit ist, die sich kurzfristig praktisch bewährt hat, wenngleich sie mit zwingender Notwendigkeit langfristig zu volkswirtschaftlichen Krisen geführt hat und immer dazu führt!

Der Glaube an Spargeldansprüche bedeutet, daß Sparer jederzeit Anspruch zu haben glauben auf die Ausfolgung ihrer Sparkontostände in Geld jeder Art. Man frage einen Bankbeamten, ob es den Banken technisch möglich sei, die Geldansprüche der Sparer auf einmal zu befriedigen, dh, ob es möglich sei, den Sparern ihre derzeit ca. 4,07 Billionen ÖS = 4.070 Mrd. ÖS = 4,070.000 Mio Millionen ÖS = 300 Mrd. € in Geld auf der Stelle anzuweisen, da doch das monatlich zirkulierende Wirtschaftsgeld M1 - wovon monatlich übrigens ca. 40% an den Fiskus gehen - lediglich ¼ Billion = 250 Mrd. ÖS (18 Mrd. €) beträgt. - Er wird höflich bedauernd den Kopf schütteln!

Wie könnten Spargeldansprüche von 4 Billionen ÖS entstanden sein? Im Kapitel "Das Wirtschaftsgeld wird in Finanzgeld verwandelt" brachte Färber ein treffendes Beispiel, das für eine detaillierte Analyse dient<sup>64</sup>:

"Der Geldumlauf beträgt zB 10 Millionen und besteht aus 5 Millionen Wirtschaftsgeld und 5 Millionen Finanzgeld. Nun geht 1 Million als Zins von der Wirtschaft hinaus und kommt als Leihgeld zurück. Das gesamte Geld ist nach wie vor 10 Millionen; es besteht dann aber aus 6 Millionen Finanzgeld und 4 Millionen Wirtschaftsgeld; eine Million Wirtschaftsgeld verwandelte sich in Finanzgeld. Wenn sich dies wiederholt, so ist dann das Finanzgeld 7 und das Wirtschaftsgeld bloß 3 Millionen. Endlich gibt es kein Wirtschaftsgeld mehr, die ganzen 10 Millionen sind dann Finanzgeld, Schuldgeld. Wenn dann noch Geld als Zins von der Wirtschaft hinausgeht und als Leihgeld zurückkommt, so übersteigt die Schuld den Betrag des überhaupt vorhandenen Geldes; und das kann ins Unendliche fortgesetzt werden. So erklärt sich das Rätsel, daß die Forderungen der Finanz ein Vielfaches des Geldumlaufs der Welt betragen. Kurz, Tatsache ist: Die Wirtschaft hat kein eigenes Geld. Jeden Groschen, den sie für Leistungen und Waren eingenommen hatte, verlor sie an die Finanz. Durch den Zins wurde das Wirtschaftsgeld enteignet. Die Schulden übersteigen den Betrag des überhaupt vorhandenen Geldes. Nun fragt es sich: Ist bei diesem Kreditsystem eine Tilgung der Schuld jemals möglich? Ist bei diesem System eine Sanierung der Wirtschaft möglich?"

\_

<sup>&</sup>lt;sup>64</sup> Heinrich Färber: MENETEKEL I, Wien 1935; Graz 1997, S. 16.

Diese Passage enthüllt in wenigen Worten, wenn man sich ihr wiederholt zuwendet und auch die anderen Schriften Färbers parallel mitliest, das ganze zyklische Wesen des monetarischen Geldsparkreditsystems.

Die PDF-Animation, bestehend aus ca. 100 Zeitrafferbildern, enthüllt den monetari-

schen Spargeldkreditprozeß im Laufe von 50 Jahren = 50 x 12 = 600 Monaten. Die Wirtschaft möge man sich vorstellen, wie einen Mehrzylinder-Motor. Öffnet man einen Zylinder, so sieht man die zyklisch arbeitende "Mechanik", das ist eine Wirtschaftseinheit, in welcher alle Elemente der gesamten Wirtschaft und des Staates, enthalten sind, nämlich, der bereits erwähnte "Fünfpol", bestehend aus

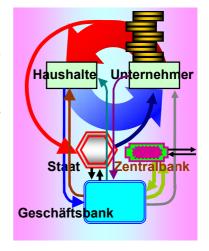
U = Unternehmerschaft

K = Konsumentenschaft, Haushalte H

St = StV (Staatsverwaltung)

GB = Geschäftsbankensektor

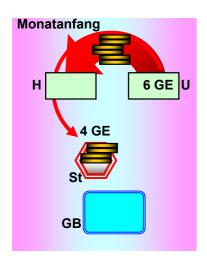
**ZB** = Notenbank



Jeder Wertschöpfende als Teil des Staates (St) ist einerseits Leistungserbringer, insofern er ein Teil der Unternehmerschaft **U** ist; ferner ist er Konsument **K** (Haushalt), weiters ist er Steuerzahler (**St**) und er ist auch Teil des Geschäftsbankensektors **GB**, sowie er letztlich auch ein Teil der Sozialhilfeempfänger wird, sobald er den Lebensabend erreicht hat.

Man muß sich nun die ganze Wirtschaft wie eine Kaskade, eine Parallelschaltung vieler gleicher Maschinenmodule, vorstellen, wie eine Serie von Paternosterliften in einem mehrfachen Aufzugsystem, wobei die Passagiere parallel in gleichzeitig vorbeifahrende Kabinen ein- bzw. aus ihnen wieder aussteigen dh Leistungen erbringen und als Konsumenten auftreten, aber zu verschiedenen Zeiten sparen, kreditieren oder in Zahlungskrisen geraten oder auch nicht.

Nicht zu sehen ist, wie das ganze Geld – **10** Geldeinheiten (GE) – in die Wirtschaft gelangt ist. Daher vorweg eine Kurzdarstellung dazu.



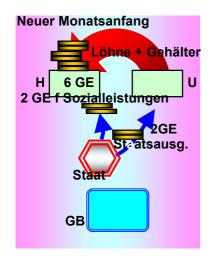
Es sei eine Währungsumstellung angenommen, wie 1948 in Deutschland und in Österreich. Reichsmark werden zu einem gewissen Kurs umgetauscht in DM bzw. in ÖS. Dazu drucken die DBB und die OeNB-AG neue D-Mark bzw. Schillingscheine im Ausmaß von 6,3 Mrd. DM bzw. in Österreich 10 Mrd. ÖS.

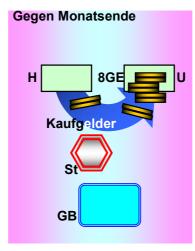
Auf diesem Wege kommt ein Teil des Geldes zinsfrei in den Umlauf. Ein anderer Teil kommt durch Kreditaufnahmen der Unternehmerschaft U zinspflichtig in die Zirkulation.

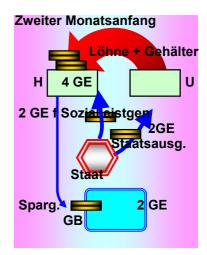
Die PDF-Animation zeigt die weiteren Wege des Geldes wie folgt. In beiden Fällen - sowohl in der *Ergokratie*, als auch im *Monetarismus* - werde im Modell von einer Inflation abgesehen, um die alleinige Wirkung des Sparkreditsystems krass hervortreten zu lassen.

#### Im ergokratischen System:

Erster Monat:







Die Unternehmerschaft U zahlt das ganze Geld für Löhne und Gehälter an die Konsumenten (Haushalte) H aus (roter dicker Pfeil). Auch die für Investitionen verwendeten Gelder gelangen schließlich als Löhne und Gehälter zur Anwendung, denn in der Wirtschaft rührt sich nichts, ohne daß arbeitende Lohnempfänger Hand anlegten. Ein Teil (4 GE) gehe für Steuern an den Staat St (schmaler roter Pfeil). Von H gehe das Geld als Kaufgeld (blauer dicker Pfeil) wieder an U.

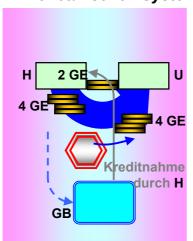
Vom Staat St gehe ein Teil des Steuergeldes für Einkäufe des Staates an U bzw. zuerst an H (Staatsgelder für soziale Ausgaben und für Renten) und von da als monatliches Kaufgeld für die Lebenshaltung schließlich wieder an U.

#### Zweiter Monat:

Der Vorgang wiederholt sich. Nunmehr gehe von den Haushalten H ein Teil des Geldes an den Geschäftsbankensektor GB und von dort als zinsfreier Kredit an U. Am Ende des zweiten Monats befindet sich alles Geld (10 GE) wieder bei U.

Damit ist demonstriert, daß ohne Zinsen alle Kredite tilgbar sind, wie es in einer krisenfreien Wirtschaft der Fall sein sollte.

#### Im monetarischen System: Erster Monat:



Der Vorgang wiederhole sich. Der größte Teil des Geldes sei Kaufgeld (blauer dicker Pfeil). Die Sparer enthalten dem Markte einen Teil des Geldes vor (blauer - - → Pfeil) und es wandern 2 GE als Spargeld zum GB-Sektor, wo es verzinst und als verzinslicher Kredit (grauer --- → Pfeil) weiter verliehen werde. Die Kreditnehmer geben das Kreditgeld 2 GE als Kaufgeld aus. Es gelange von H nach U, wo am Monatsende alles Geld (10 GE) eintreffe.

#### Zweiter Monat:

Der Vorgang wie vorhin. Diesmal spare niemand Geld. Die Kreditnehmerschaft tilge den Kredit. 2,2 Geldeinheiten (2 GE für den Kredit + 0,2 GE für den Zins) gehen an

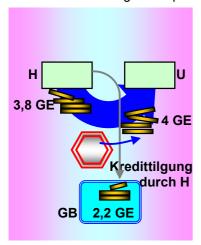
die GB zurück. Die Sparerschaft liquidiere das Spargeld und bekomme 0,05 GE an Zinsen; 0,15 GE bleibe bei den GB als Zinsgewinn liegen.

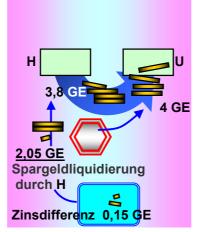
#### Färber schrieb dazu<sup>65</sup>:

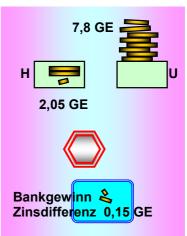
"Der kleine Zinsfuß. Die monetarische Schule behauptet, daß ein keiner Zinsfuß nicht schädlich sei. Wir aber meinen, was für die Diebe nützlich ist, kann für die Bestohlenen nicht unschädlich sein. Was die Monetarier nicht sehen oder uns verheimlichen, ist, daß der Zins wie Unkraut wächst, daß von einem kleinen Zinsfuß ein großer Zins wird. Wir haben gesehen, daß bei einem Spar- und Kreditsystem ein und dasselbe Geldstück zwölf Mal im Jahr gespart und geborgt werden kann, und daß auf diese Weise aus jedem bloß einmal vorhandenen Geldstück eine Schuld von 12 Geldstücken zu entstehen vermag, wohingegen der Schuldner bloß eines besitzt.

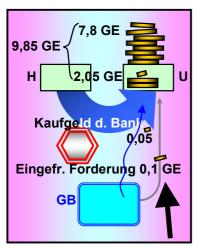
Wenn der Sparer zB 100 Geldstücke von seinem Monatsgehalt spart und verborgt und dies zwölf Male im Jahr wiederholt, so beträgt seine Forderung am Schluß des Jahres 1200 Geldstücke, wogegen der Schuldner (die Unternehmerschaft) bloß 100 hat. Wenn nun der Zinsfuß 1 Prozent ist, hat der Schuldner jetzt 12 Geldstücke an Zins zu zahlen, 100 Geldstücke hat er wirklich und 12 beträgt der Zins, das sind 12 Prozent des Geldes, welches er wirklich hat.

Nach 10 Jahren beträgt die Schuld 12 000 Geldstücke, wogegen der Schuldner bloß 100 hat. Bei einem Zins von 1 Prozent soll er 120 Geldstücke an Zins zahlen. 100 Geldstücke hat er wirklich, und 120 beträgt der Zins, das sind 120 Prozent des Geldes, welches er wirklich hat. So wird aus einem kleinen Zinsfuß ein großer Zins! Das ist nicht etwa graue Theorie; wir finden sie in der Praxis bestätigt: die Spareinlagen betragen überall ein Vielfaches des Geldumlaufs!!!"









Die Sparer geben alles Gesparte plus die Sparzinsen entlang dem dicken blauen Pfeil nach U als Kaufgeld aus. Der Unternehmerschaft U fehlen jetzt 0,15 GE. Nun kauften die Bankbediensteten auf dem Markte ein. Sie geben 0,05 GE aus; 0,1 GE bleiben bei ihnen als Geldanlage. Die Unternehmerschaft ist daher gezwungen, um im folgenden Monat wieder Löhne, Gehälter und Investitionen bedienen zu können, das ihnen fehlende Geld (0,1 GE), bei den Banken auszuborgen. Nun hat die Unternehmerschaft U alles Geld (10 GE) wieder, sie schuldet an die Banken jedoch 0,1 GE. Zu sparen begonnen wurde im ersten Monat. Am Ende des zweiten Monats ist U an die Banken mit 0,1 GE verschuldet. Warum? Es sind doch 10 GE im Umlauf, folg-

lich müßte diese Schuldengröße bezahlt werden können? Man lasse 10 Jetons aus Karton gemäß dem Vorgang umlaufen. Dann wird man erkennen, daß nach zwei Umläufen alle Jetons bei der **U** einlangen, die Banken jedoch unablässig 0,1 Jetons (**0,1 GE**) *zusätzlich* fordern! Es ist auf diesem Wege eine **eingefrorene Forderung** entstanden! Ihre Bezahlung ist tatsächlich unmöglich!

<sup>65</sup> Heinrich Färber: "Ergokratie", Hg. F. Kreuzer, Wien, Steyr, 1977, S. 26. und "Das ergokratische Evangelium", Graz 2002, S. 30. **Schlussfolgerung:** Diese Schuld ist anders: sie ist genuin *untilgbar*!

**Beweis:** Da die Unternehmerschaft **U** aus vielen Unternehmern besteht, ist nicht anzunehmen, daß die untilgbare Schuld, **0,1 GE**, gleichmäßig auf alle verteilt sei. Diese Schuld betrifft bloß einige unter ihnen. Würden die Verschuldeten ihre Firmen verkaufen, so kauften die Käufer deren untilgbare Schuld (**0,1 GE**) mit ein. Die Geldschuld, **0,1 GE**, könnte nur reihum weitergereicht, aber nicht aus der Welt geschafft werden! Im Kapitel "Verkehrtheit der marxistischen Wertlehre" schrieb Heinrich Färber<sup>66</sup>:

"...es ist wohl denkbar, daß ein Unternehmer seine Fabrik verkauft und sich so aus der Patsche zieht; dann aber sitzt der andere Unternehmer, der sich die Fabrik gekauft hat, in den Schulden drin. Undenkbar ist es, daß die Gesamtheit der Unternehmer, während sie einerseits mehr Geld, als vorhanden ist, schuldet, andererseits gewonnen habe..."

#### Die "Gnade" der Kreditverleiher, der Sparer, der Banken

Die Banken fordern von der **U** nach jedem Vollzyklus (zwei Monate) weitere **0,1 GE**. Die untilgbare Schuld wächst also unerbittlich! Banken stellen jedoch Teile davon nur in Ausnahmefällen fällig, zB wenn Zahlungsunfähigkeit droht. In allen anderen Fällen beziehen sie von der verschuldeten **U** Kreditzinsen, die zeitlich wachsen. Banken sind daher am Wachstum dieser "Edelschulden" interessiert, weil damit die Zinsen wachsen, die sie von der **U** leistungslos beziehen. Medien berichten dann, daß die Banken ihre "*Gewinne gegenüber dem Vorjahr steigern"* konnten.

#### Der Viertaktprozeß des Wachstums der Spargeldansprüche.

Wiederholt sich im Wirtschaftskreislau das Sparen und Kreditieren noch einmal wozu erneut zwei Monate, zwei Umläufe, nötig sind - so steigt die untilgbare Schuld der Unternehmerschaft U auf 0,2 GE. Nach 20 Monaten – 10 Umläufen - des ie zweimonatigen Vollzyklus' **Sparen-Kreditieren-Kredittilgen-Entsparen** (Liquidieren) beträgt die Unternehmerschuld an die Banken bereits 1 GE, wohingegen U bloß 10 GE hat. Nach 24 Jahren beträgt die Schuld bereits 24 GE, nach 50 Jahren ist sie auf **60 GE** geklettert, wohingegen die Unternehmerschaft U nach wie vor bloß **10 GE** hat. Die Animation zeigt das Entstehen einer untilgbaren Schuldensumme, welche zyklisch zunimmt. Sie nimmt nicht durch den Zinseszinseffekt zu, wie Gesell-Anhänger meinen, sondern durch einen Summationseffekt. Dieser hat das Zinswesen zur Grundlage und sieht einem Viertaktprozeß ähnlich. Die Zinsen wirken etwa so, wie die Zündkerze in einem Viertaktmotor: Zinsen "zünden" den eigentlichen "Arbeitstakt". Dazu wurden sie erfunden. Mittels der Zinsen kann man der Wirtschaft eine Leistung abpressen und zwar zyklisch; - ein sich wiederholendes Sparen-Kreditieren-Kredittilgen-Entsparen. Das Wirtschaftswachstum aber wird ausgelöst durch Kommerzbankgiralkredite, die den durch den Viertaktprozeß erpreßten Zins als Grundla-

Man erkennt hier einen Prozeß der arbeitslosen Geldentziehung. Dieser Prozeß lenkt für die wenigen ganz großen Sparer Geldansprüche zu ihnen um; die vielen kleinen Sparer spielen dabei die Rolle der Zahler, sie wurden durch das Geldsparen sozusagen zu *Spargeldlieferanten* für die großen Sparer! Das ist der Mechanismus der Entstehung des Wirkungsquantums der untilgbaren Verschuldung.

Die Realität ist weit dramatischer! ¼ Bill. ÖS laufen um. Die Unternehmerschaft schuldet an den Geschäftsbankensektor (GB) zunächst 4 Billionen ÖS, das ist 16 Mal so

<sup>&</sup>lt;sup>66</sup> Heinrich Färber: "Das ergokratische Evangelium", Wien 1940, Graz 2002, S.14 ff. In seiner Monographie von 1934 "Die Irrlehre Silvio Gesells" findet sich die Passage (S. 28): "Wie ist es aber möglich, mehr Geld als vorhanden ist zu rauben? Es ist möglich durch den Kredit: Wenn ich dir das Geld, das du hast, raube und es dir borge, es dir dann wieder raube und borge, so bist du mir zweimal so viel Geld als du hast, schuldig…" Man braucht bloß den Räuber durch die Gesamtheit der großen Krediteure und den Bestohlenen durch die Gesamtheit aller Unternehmer und Produzenten (Arbeitgeber) zu ersetzen und es wird der Sinn des Satzes evident.

viel, als in der Wirtschaft überhaupt monatlich zirkuliert! Klar ist, daß die Spargeldansprüche von **4 Bill. ÖS** nie befriedigt werden können! Die Risikoreserven (**~0,2 Bill.**), die der Banksektor gesetzlich zu halten verpflichtet ist, reichen niemals<sup>67</sup>! Wenn Sparer wüßten, was das Sparen großer Gelder bewirkt, würden sie damit aufhören.

#### Sparer veranlagen und liquidieren ihre Konten niemals gleichzeitig

Bankbetreiber wissen, daß Sparer nur einen minimalen Teil aus dem gesamten, gesparten Geldanspruchvolumen "beheben", abhängig von der Höhe der Einlagen. Die vielen kleinen Sparer (max. 5 Mill. Kleinanleger) verursachen durch Einlegen und Liquidieren kaum große Bewegungen des gesamten Ansparvolumens, weil sich diese zeitlich aufheben: jemand legt Geld ein, zugleich behebt ein anderer Geld, usw. Da deren Einlagen, wie noch gezeigt werden wird, nur die Hälfte dessen betragen, was wenige große, 60 000 Anleger, auf den Konten haben, ändert sich deren Spargeldanteil zeitlich kaum. Anders verhält es sich mit den großen Spargeldansprüchen.

Steigflug der Spargeldansprüche: steigende Wirtschaftsschulden

Am 28. Okt. 2003 betrug das Spargeldvermögen der Österreicher **295 Mrd. EURO** = **4 Billionen ÖS** (ORF-Meldung, Mittagsjournal). Der Steigflug der "brennenden Concorde", dieses Drachens der *monetarischen Wirtschaft*, setzte sich inzwischen fort: Am 29. April 2004 meldete die Oesterr. Nationalbank (ORF-Meldung) den neuesten Stand: "Es wurde… die **300 Mrd. EURO** Marke (4,07 Bill. ÖS) überschritten". Somit haben in nur einem halben Jahr die Österreicher weitere **0,07 Billionen ÖS** oder 70 Mrd. ÖS auf Sparkonten übertragen oder in Wertpapieren veranlagt! Im Falle eines organisierten *Run* müßten die Banken sofort ihre Schalter schließen und die Notenbank käme mit dem Gelddrucken nicht mehr nach! Es ist gleichgültig, ob zusätzliches Bargeld gedruckt oder ob zusätzliches, elektronisches Giralgeld in den Umlauf gegeben wird!

Dann würden bloß noch limitierte Geldkontingente an besondere Kunden vergeben. Diese geben sie auf dem Markte für Anschaffungen rechtzeitig aus, da sie im Informationsvorsprung sind, sie "flüchten" in Sachwerte und sie verstärkten damit den *Run*, die Inflation. Die Verkaufspreise der verbliebenen Artikel für die kleinen Käufer steigen an, sie haben also das Nachsehen!<sup>68</sup>

# Unterschiede zwischen dem monetarischen Kapitalismus (Plutokratie, Geldherrschaft) und der Ergokratie (Leistungsherrschaft)

Das monetarische Spargeldkreditwesen ist privat monopolisiert, über private Banken organisiert und ist genuin zinsbehaftet.

Beim ergokratischen Spargeldkreditsystem befindet die Hoheit der Staatsbank und deren Filialen - die Ordnungsmacht der Volkswirtschaft – zinslos über die Spargelder und Kredite. Die Ergokratie beruht auf der zentralen Steuerung der Geldallokation ohne Zinsen durch die **Automatische Geldsteuer**. Durch sie ist die Geldzirkulation garantiert: Kein Zinstender, kein Mengentender, keine "Steuerung" der Geldmenge, keine Manipulation des Geldbedarfs! Die Erhebung der Steuer erfolgt durch einen monatlichen Umtausch des verwerteten Geldes gegen neues Geld anderer Farbe und Gestaltung, bei einem gleichzeitigen Abzug des Steuersatzes.

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup> "Die Geldpolitik der EZB 2004" S. 83: Mindestreservebasis x Reservesatz [%] minus Freibetrag (0,6 Mrd. €)

<sup>=</sup> Mindestreserve-Soll ~ ca. 28% von M1; ESZB. <a href="http://www.ecb.int/pub/pdf/other/geldpolitik2004de.pdf">http://www.ecb.int/pub/pdf/other/geldpolitik2004de.pdf</a>

<sup>&</sup>lt;sup>68</sup> Eduard März: "Österreichs Bankpolitik i d großen Wende 1913-1923", 608 S., Oldenbg., Wien, 1981, S. 524: "Die österr. Volkswirtschaft im 1. Jahr der Stabilisierung" und die Schilderung der dramatischen Entwicklung.

Die Geldsteuer ist die einzige gerechte Steuer. Sie ist die vorzüglichste Steuer, weil sie nicht am Einkommen ansetzt, sondern am Verbrauch.

Die Wirtschaft ist in beiden Fällen frei. Der Unterschied zwischen dem *Monetarismus* und der *Ergokratie* ist, daß im *monetarischen Kapitalismus* die Wirtschaftstreibenden frei zu sein sich einbilden. Sie sind indessen im höchsten Maße an eine nahezu Smithsche *unsichtbare Hand* und folglich einer mutwilligen und hemmungslosen Gängelung durch das Geldmonopol der privaten Geschäftsbanken und einem selbstherrlichen Konstruktionsgeflecht der Notenbank-AG ausgeliefert.

In der *ergokratischen Wirtschaftsordnung* ist die Wirtschaft wahrhaftig frei. Hier wird die Geldmenge nicht privatmonopolistisch manipuliert oder Spekulationszwecken anheim gestellt. Das Geld bildet den Rahmen für ein wirklich freies Wirtschaften, mit der Besonderheit, daß Impulse der spontanen Selbstregulation nicht, wie im Monetarismus, abgewehrt, sondern zugelassen sind.

Im Monetarismus dominiert aufgrund des chrematistischen Geldvermehrungszwanges das Zwangsgeld, die Plutokratie, die Geldherrschaft, das Ausufern des Geldes um des Geldes willen. In der Ergokratie ist die Macht des Geldes gebrochen und auf die Funktion eines Verteilungsmittels eingeschränkt. Es herrscht ausschließlich das Leistungsprinzip.

#### **Ergokratie ist Arbeitsdemokratie**

Nur sie ist in der Lage, die Befolgung eines Prinzips zu garantieren, welches die Aufgabe, Herrscherfunktionen auszuüben, ihr selbst aufbürdet<sup>69</sup>.

Das Herrschen von Menschen über Menschen ist die Schwachstelle eines jeden Staatswesens, welches die Völker nie zur gedeihlichen Entwicklung gelangen ließ<sup>70</sup>. Man kann Färbers **Ergokratische Lehre** so auffassen, daß das Herrschenmüssen nicht einem <u>sterblichen Prinzipal</u>, sondern einem <u>ewig lebenden Prinzip</u> übertragen wird, wobei die Ausübung der demokratischen Kontrolle wertschöpfenden Menschen obliegt, die sich des Geschenks ihrer so lange vermißten Erkenntnis bewußt sind. Gegenwärtig herrscht das <u>unsichtbare Wucherprinzip</u> »Börsenindex«, welchen das Schicksal der Menschheit und der Schöpfung kalt läßt!

## Was bewirken die Spargeldvermögen in der Wirtschaft?

Wir fassen noch einmal Österreichs Eckdaten, in ÖS ausgedrückt, zusammen:

Monatl. zirkul. Geldvolumen: 0,25 Billionen ÖS = 250 Mrd. ÖS Spargeldvermögen (2004): 4,07 Billionen ÖS = 4 070 Mrd. ÖS

**BIP (2004):** 2,70 Billionen ÖS

und fügen einige andere aus statistischen Tabellen hinzu:

Anzahl der Sparbücher...... 30 Millionen Stück

Anzahl der kleinen Sparer..... 5 Millionen

Spargeldvermögen d. kl. Sparer... 1,28 **Billionen** ÖS (Östat, Statist. Daten) Anzahl der großen Sparer 60.000 (Dollarmillionäre, siehe Profil, 16. Juni 2003)

Spargeldvermögen d. gr. Sparer...2,72 Billionen ÖS (Östat, Statist. Daten)

Jährl. Sparzinseink. aller Sparer...0,16 Billionen ÖS = 160 Mrd. ÖS (**11,6 Mrd.** € / a) Spargeldzinsfuß für kleine Beträge gemittelt 2%; für große Beträge ca. 3,4%.

Aufwand des Staats für die Arbeitslosen ca. 50 Mrd. ÖS / Jahr oder **4 Mrd./ Mon**. (siehe Titelseite im **WirtschaftsBlatt**, 04. Februar 2003).

Jährl. Zinseink. d. Staatsgläubiger 0,055 Bill. ÖS oder knapp 4 Mrd. ÖS / Mon.

<sup>70</sup> Hobbes, Thomas: "Leviathan", Reclam, 1998.

\_

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Reich, Wilhelm: "Die natürliche Organisation der Arbeit in der Arbeitsdemokratie", Oslo, 1939 und "Weitere Probleme der Arbeitsdemokratie", 1941. (Als Manuskript nicht im Handel).

Man vergleiche die monatlichen Kosten der Arbeitslosen (300 000 Personen) mit den monatlichen Zinszahlungen an die, hauptsächlich, großen Sparer (60 000 Personen), wobei anzumerken ist, daß mehr als die Hälfte des Arbeitslosengeldes allein von der Arbeitslosenadministration absorbiert bzw. eskamotiert wird!

#### Was besagen diese Zahlen?

Sie besagen, daß 60 000 Dollarmillionäre, die es in Österreich gibt (Profil vom 16. Juni 2003), **2,72 Billionen ÖS** an Spargeld<u>ansprüchen</u> erheben, wohingegen 5 Millionen kleine Sparer Ansprüche auf **1,28 Billionen ÖS** erheben<sup>71</sup>.

Die jährlichen Sparzinseinkommen der wenigen Großen liegen hochgerechnet mit 2.720 Mrd. x 3,4% x 1 Jahr / 100 = bei <u>94 Mrd. ÖS</u> (wahrsch. darüber), während die jährlichen Zinseinkommen der 5 Mio kleinen Sparer bei ca. <u>26 Mrd. ÖS</u> liegen, zusammen also 120 Mrd. ÖS jährlich betragen. Die 5 Mio kleinen Sparer bestehen aus 3,2 Mio unselbständig Bediensteten und 1,8 Mio Pensionisten und Rentnern. Wer bezahlt die Zinseinkommen der 60 000 großen Sparer? Nicht sie selbst! Nur die kleinen Sparer und alle Nichtsparer (5 Mio Personen) können die Zahler sein! Einen Überblick liefern die monatlichen Zinseinkommen. Im Monat zirkulieren 250 Mrd. ÖS, das ist **M1**, einmal im Kreise (PDF-Animation). Monatlich beträgt der Zinsendienst ein Zwölftel von 120 Mrd. ÖS oder 10 Mrd. ÖS für die Sparer, plus 4,6 Mrd. für die Tilgung der Staatsschuld, zusammen also **14,6 Mrd. ÖS** oder 6% des monatlich zirkulierenden Wirtschaftsgeldes, ohne die Wirkungen der Geldschöpfungen (Giralgeldraub) und dies jahrein-jahraus!

#### Die gelebte Knechtschaft!

120 + 55 Mrd. ÖS / Jahr geteilt durch 3,2 Mio Aktive ergibt 55.000.- / Kopf und Jahr, geteilt durch 12 Monate ergibt ca. ÖS 4.500.- pro Kopf und Monat; geteilt durch den Stundenlohn (ÖS 150.-) ergibt 30 Std. Arbeit pro Kopf und Monat für den Zinsendienst. Da ein Monat ca. 180 Std. hat, arbeiten wir somit durchschnittlich 30 Stunden monatlich, das ist 1/6 oder 16,66% unserer Arbeitszeit für den so genannten "Zehent" an die Banken. ("Zehent" hieß früher die Steuer an den Kaiser). Von der restlichen Arbeitszeit wenden wir 40% für die Entrichtung der Steuern auf! Der Steuersatz könnte kleiner sein. Nicht der Staat, wie Silvio Gesell es fordert ("Akratie"), sondern der *Staat im Staate*, der 'Leviathan', braucht Kontrolle, dann können die Fehler, die man fälschlich und in unüberlegter Weise dem Staate - dem Volk - anlastet, beseitigt werden! Der *Staat im Staate* ist es, dessen monetär kumulative Wirkung jene Einkommensverluste erzeugt, aufgrund derer die Bevölkerung so genannter "überteuerter Einrichtungen" des Staates bedarf.

#### Kapitalisierung von Zinsen: Arbeitslosigkeit kostet pro Tag 11 Mill. Euro

Vom monatlich zirkulierenden Geldvolumen (250 Mrd. ÖS) zahlt die Unternehmerschaft monatlich 14,6 Mrd. ÖS an Zinsen via Banken an die Sparer. Ferner gehen 4,4 Mrd. ÖS aus der Steuer an die Arbeitslosigkeitsbürokratie (WirtschaftsBlatt, 04. Feb. 2003) und ein kleiner Teil davon wirklich zu den 0,3 Mio Arbeitslosen. Damit gehen monatlich rund 2,9 Mrd. ÖS an die 5 Mio kleinen Sparer und 11,6 Mrd. ÖS an 60 000 Mio Dollarmillionäre, alles in allem also mtl. 19 Mrd. ÖS verloren. Zinsgeld wird so bei wenigen großen Sparern kapitalisiert. Dieses Geld fehlt der Unternehmerschaft, fehlt dann auch den Lohn- und Gehaltempfängern. Die Zahlungen hören niemals auf, sie sind nach Färber »eingefrorene Forderungen«! Es bewahrheitet sich Färbers Diktum, daß kapitalwerdende Zinsen nicht gezahlt werden können.

\_

<sup>&</sup>lt;sup>71</sup> Wirtschafts- und Sozialstatistisches Taschenbuch der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte 2003.

#### **Beginn eines Dramas**

Die ohnedies komplett verschuldete Unternehmerschaft bemüht sich, die Löhne und Gehälter zu zahlen. Sie ist gezwungen, entweder zu rationalisieren, wodurch Güterund Dienstleistungen, preislich ermäßigt, in größerer Zahl umgesetzt werden können oder die Löhne und Gehälter der Unselbständigen zu kürzen oder Kurz- bzw. Teilzeitarbeit einzuführen oder aber Insolvenz anzumelden. Auf alle Fälle liegt die Steuerleistungskraft der Unternehmerschaft, wie die der Haushalte, danieder.

Ein Teil der Unternehmerschaft (3-6.000 pro Jahr) wird insolvent. Den Lohn- und Gehaltempfängern fehlt dann Kaufgeld. Die Kaufkraft der Wertschöpfenden nimmt also um 14,6 Mrd. / 250 Mrd. ~ 6% ab, während sie für die großen Sparer im selben Ausmaß steigt. Die Gesamtheit der großen Sparer wünscht nicht das ganze unabgesetzte Produkt aufzukaufen, sondern nur einen Teil davon. Sie enteignet somit, wie Heinrich Färber in MENETEKEL I. schrieb, sowohl Geld, als auch Ware. Ein Teil der Ware bleibt daher unverkäuflich, weil das Geld dazu bei jenen ist, die es nicht ausgeben brauchen, während es den Wertschöpfenden zum Kauf mangelt.

#### Absatzstockung

Einerseits fehlen den Wertschöpfenden monatlich **14,6 Mrd. ÖS**. Andererseits bleiben ~5% der monatlich erzeugten Ware und Dienstleistungen unabgesetzt. Die Sparer und die Banken haben Zinsgeld (**14,6 Mrd. ÖS**) geschenkt bekommen und dieses großteils erneut gespart, kapitalisiert. Mit einem Teil des Geldes kauften sie Ware und Dienstleistungen; der Rest blieb liegen, weil dazu, wie gesagt, das vorhandene Geld dazu in den Händen derer ist, die es nicht brauchen und es jenen fehlt, die es brauchen können. - Ein unaufhörlicher Kreislauf des Elends, schrieb Färber.

#### Arbeitslosigkeit

Vorausgesetzt, daß die Unternehmerschaft die Preise der Waren und Dienstleistungen nicht erhöhte, so müßten 3,2 Mio Unselbständige x 14,6 Mrd. / 250 Mrd. = 186 000 Arbeitnehmer oder 4,7% der Aktiven auf der Stelle gekündigt und in die Arbeitslosigkeit geschickt werden!

Die monatlichen Zinszahlungen der Unternehmerschaft an die Gesamtheit der Sparer haben jedoch nicht abrupt eingesetzt, sondern stiegen nach Jahrzehnten auf den Betrag von derzeit 14,6 Mrd. ÖS monatlich. Das Arbeitslosenwachstum, sowie die Abnahme der Löhne und Gehälter bei einem gleichzeitigen Wachstum der Gesamtwertschöpfung, geschah kontinuierlich:

300 000 Arbeitslose, saisonbedingt schwankend zwischen 200 000 und 350 000;
120 Mrd. ÖS jährl. Zinsendienst der Unternehmerschaft via Volk an die Sparer;
55 Mrd. ÖS jährl. Zinsendienst aller Steuerzahler für Staatsschuldentilgungen;
3 000 Insolvenzen jährlich und etwa gleich viele Firmenneugründungen.

## Das "Dardanariat": die "rentable" Zerstörung riesiger Schätze<sup>72</sup>

Eine der zynischsten Erscheinungen ist das Aufkaufen von frisch entstandenen Surpluswerten seitens wucherisch betriebener Giralgeldvermehrung durch Geldmonopole und Banken, teilweise zum Zwecke der Spekulation und teilweise mit dem Ziel, 1. dringend nachgefragte Güter zu vernichten und 2. Selbsthilfemöglichkeiten für Arbeitslose zu hintertreiben.

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> Dardanaire (fr.) – schädlicher Aufkäufer, Kornwucherer, Monopolist. "Crimen dardan ariatus, ist ein Verbrechen der Handwerksleute und Anderer, welche im Kaufen und Verkaufen falsch Maß, Ellen, Gewicht und Scheffel, brauchen, oder doch den Käufern das Maß nicht voll geben" [Ökonomische Encyclopaedie von "Johann Georg Krünitz"].

#### Lamentieren und Demonstrieren absolut zwecklos!

Nicht vorsätzlich böser Wille der Gesamtheit der Sparer gegenüber den Wertschöpfenden, nicht eine bewußte Selbstschädigung der vielen kleinen Sparer gegenüber der eigenen Wirtschaft ist es, wenn Teile der monatlichen Wertschöpfung unabgesetzt bleiben und so Arbeitslosigkeit hervorrufen, sondern Indolenz und Desinteresse an einer klassischen Analyse des Geldsparkreditsystems aller Beteiligten sind es, welche für ungesunde »Windstille« und Devotheit gegenüber dem kalten Ablauf sorgen!

Wirklich in Geld existieren lediglich die monatlichen Größen, weil sie auf das **M1** = 250 Mrd. ÖS = BIP/12 = die wirklich vorhandene Geldbasis, bezogen sind.

Monatlich erhalten alle Geldsparer zusammen 14,6 Mrd. ÖS in wirklichem Gelde von der Unternehmerschaft geschenkt. Diese Summe teilt sich im Verhältnis der oben doppelt unterstrichenen Beträge (94 bzw. 26 Mrd.), also ca. 4/5:1/5, auf. Knapp 12 Mrd. ÖS, somit 4/5 von 14,6 Mrd., gehen monatlich als Geldgeschenk an die großen Sparer, während den 5 Mio kleinen Sparern monatlich 1/5 bzw. 2,9 Mrd. ÖS zufließen.

Jeder kleine Sparer bekommt also monatlich 2,9 Mrd. ÖS / 5 Mio Köpfe = 600 ÖS an Zinsen geschenkt. Zugleich ist er monatlich 12 Mrd. / 5 Mio Köpfe = 2.300 ÖS aus dem Gehalt für Zinsen an die großen Sparer zu verschenken gezwungen. Dafür sorgt das allgemein erhöhte Preisniveau für die Lebenshaltung. So bekommt die Unternehmerschaft über die Preise das Zinsgeld, das sie für Kredite abzuzahlen hat. Die großen Sparer sind also wie die kleinen Sparer Kreditzinsgeschenkempfänger. Nur sind letztere die kleinen Fische, die von den großen gefressen werden!

Da 60 000 \$-Millionäre zu beteilen sind, bekommt jeder Millionär 12 Mrd. / 60 000 Köpfe = 200 000 ÖS monatlich von der Unternehmerschaft geschenkt, das ist das den Wertschöpfenden abhanden gekommene Geld. Da auf diese Weise jeder kleine Sparer monatlich 2.300 ÖS verliert, zahlen je 200 000 / 2.300 = 87 kleine Sparer das Zinseinkommen je eines Dollarmillionärs!

Die Freude der 5 Mio kleinen Sparer über die Sparzinsgewinne (2,9 Mrd. ÖS) oder ÖS 600 pro Kopf, sollte also nicht lang währen. Netto verliert jeder kleine Sparer unablässig, jahraus-jahrein (!), monatlich ÖS 2.300 minus 600 = **ÖS 1.700.**- durch das Geldsparen an die großen Sparer. Auf eine **Altersvorsorge** durch das Geldsparen oder durch den Kauf von Wertpapieren und Aktien zu hoffen, ist gedankenlos! Alle Anlageformen, auch die »ethischen«, sind Geldsparformen und sind prinzipiell die perfektesten Nettoverlustgeschäfte für das Gros der kleinen Sparer.

Der Realverlust der kleinen Sparer ist aber noch größer! Was unternehmen die großen Sparer denn mit den aus übermütiger Spargesinnung an sie verschenkten Geldern? – Sie investieren es in Projekte. Einen Teil geben sie für die Lebenshaltung aus, den Rest veranlagen sie erneut und vergrößern so die Spargeldansprüche, die kürzlich die € 300 Milliardengrenze überschritten haben. So wachsen deren jährlichen Zinsforderungen an die Wirtschaft. - Damit erklärt es sich, warum in Österreich innerhalb eines halben Jahres, von Ende Oktober 2003 bis Ende April 2004, die Spargeldvermögen von 295 Mrd. Euro auf 300 Mrd. Euro, das ist 70 Mrd. ÖS und der jährliche Sparzinsendienst um reale 2 Mrd. ÖS auf 98 Mrd. ÖS ansteigen konnten!

Da die 5 Mio kleinen Sparer monatlich 2,9 Mrd. ÖS an sich selbst und weitere 11,6 Mrd. ÖS an 60 000 Millionäre verschenken, erleiden sie einen doppelten Verlust dadurch, daß die Millionäre wiederkommen, um mit dem erhaltenen Geldgeschenk, 11,6 Mrd. ÖS, bei den kleinen Sparern, den Wertschöpfenden, sozusagen "einzukaufen". Die kleinen Sparer, die aus 1,8 Mio Pensionisten und 3,2 Mio Unselbständigen bestehen, verschenken an die Dollar-Millionäre also auch Waren und Dienstleistungen, gleichgültig, wo letztere "einkaufen".

Man darf nicht glauben, daß es besser sei, wenn die \$-Millionäre ins Ausland gingen und dort Waren und Dienstleistungen bezögen mit den heimischen Geldgeschenken, denn die ausländischen Empfänger der ÖS kommen ja nach Österreich auf Urlaub, wo sie Güter und Leistungen beziehen, die auf Schillinge lauten. Es ist also einerlei, wer mit diesen Geldern einkauft. Den Österreichern werden auf alle Fälle Waren und Dienstleistungen geraubt, weil man für verschenktes österreichisches Geld nur in Österreich und für Euro nur in Europa sozusagen "einkaufen", in Wirklichkeit rauben kann! Die kleinen Sparer blechen für ihre Geldspargesinnung doppelt. Einerseits verschenken sie mühsam verdientes Geld und andererseits verschenken sie an die mit diesem Geld Überhäuften ihre produzierten Waren und Dienstleistungen, die diese zT verschmähen! Die kleinen Sparer bekommen die Gelder, die sie den großen Zinsbeziehern früher schenkten, zT zurück, allerdings entwertet, weil jetzt die Waren nicht mehr da sind, die sie an sie verschenkt haben. Das restliche Geld veranlagen, kapitalisieren, die großen Sparer erneut! So wachsen die Lasten der Wertschöpfenden und die Ursache des schnöden Spiels bleibt undurchschaut!

Das Geldsparen aller verschafft einigen wenigen den zusätzlichen "Zehent"! Durch ihr unglückseliges Geldspardenken verpflichten sich die Wertschöpfenden, zusätzliche 20 Arbeitsstunden pro Monat für die Erhaltung eines *Staats im Staate, den Leviathan,* und weitere 10 Std. mtl. für die Staatsschuldentilgung zu arbeiten: für Sparer, die nicht verpflichtet sind, produktiv beizutragen und die alles dransetzen, um die Disponibilität der Arbeitenden in jedem Lande so sehr zu durchkreuzen, wie nur irgend möglich! Als Draufgabe veranstaltet man eine kostspielige Verteidigungspolitik für den Liebesdienst am privatisierten Volksvermögen!

Die Unternehmerschaft wähnt sich nicht verpflichtet, die Ursachen der Zinszahlungen an die Sparer zu erforschen und sie zu sistieren. Sie vermeint sich auf die einfachste Weise des Problems zu entledigen, entweder durch Erhöhung der Erzeugerpreise oder durch die Forderung nach Arbeitszeitverlängerung oder Arbeitskräfteabbau. Dennoch beklagen sich Industrie und Handel über eine zu hohe Steuerquote. Diese hat ihre physikalisch-kinematische Ursache in den soeben geschilderten Kaufkraftverlusten der Unselbständigen. Blind dagegen aufbegehrende, "sozialistische", Streiks der Wertschöpfenden sind daher ein ebenso stumpfes Werkzeug, wie die Klagen der Kleinunternehmerschaft über die hohe Steuerquote! Verpflichtet sind beide, den dem monetarischen Kapitalismus inhärent eingeprägten Fehlallokationen von Kaufkraft den Garaus zu machen!

# Die Wirkungen der Fehlallokation (Fehlzuweisung) des Geldes von der Wertschöpfung an Shareholder und Müßiggänger

Das allgemeine Geldsparkreditsystem startet sofort eine Kette von Konsequenzen: Geldmangel der Unternehmerschaft, Absatzstockung, Kurzarbeit, Arbeitskräfteabbau, Steuerflucht, Steuerentgang des Staates, Haushaltsdefizit, Aufnahme von Staatsschulden, Steuerquotenerhöhung, durch neue Schuldenaufnahmen geförderte Wirtschaftsankurbelungsprogramme, politische Entscheidung für den Zuzug von Billigarbeitskräften aus dem Ausland, Steuernachlässe für Unternehmungen (fälschlich "Steuerreform" genannt), Abwanderung von bislang gut gehenden Betrieben in das Ausland und eine andauernde Verlagerung der Kaufkraft von den kleinen zu den großen Einkommen.

Vor allem aber vereitelt die große Sparsumme die Selbsthilfe der vielen Kleinen aufgrund des von ihnen nicht durchschauten Mechanismus der Umverteilung, den wir hier im Ansatz, sozusagen als eine Kostprobe zum Kennenlernen, noch nicht vollständig, demonstriert haben.

Riesengeldgeschenke vieler kleiner Sparer an wenige große Sparer Wenn 5 Mill. fleißig arbeitende Österreicher 11,6 Mrd. ÖS = 11.600 Mill. ÖS = 11.600,000.000 ÖS als Zinsgeld an 60 000 Einzelpersonen monatlich verschenken, hat dies unberechenbare Folgen! Im Durchschnitt besitzt jeder dieser großen Sparer eine Forderung auf 45 Mill. ÖS Sparkapital in Geld, das, wie erwähnt, in Geld nicht vorhanden ist; er begnügt sich mit 2,4 Mill. ÖS Zinsen jährlich bzw. 0,2 Mill. ÖS monatlich. Mancher unter ihnen greift gelegentlich auf seine Forderungen zurück, indem er Aktien oder Wertpapiere abstößt und dafür tatsächlich Notenbankgeld oder E-Geld bekommt, das dann elektronisch "geschöpft" werden muß. Das ist selbstredend eine Inflation zu Lasten der Allgemeinheit!

# Ungefähre Bezifferung des Gesamtverlusts der Wertschöpfenden

Bei 3,2 Mio Unselbständigen hat Österreich 0,3 Mio Arbeitslose, das ist ca. 10%. Sie sind Resultat von spekulationsbedingten Firmenzusammenbrüchen, hervorgerufen durch die Untilgbarkeit der Kreditschulden infolge des Geldsparkreditsystems einerseits und durch die laufende Anleihepolitik aller bisherigen Regierungen (jährliches Wachstum der Staatsschulden), andererseits. Die strukturelle Arbeitslosigkeit zeitigt daher ein andauerndes 10%iges Wertschöpfungsdefizit! Damit ist nebenbei bewiesen, daß im monetarischen Kapitalismus nicht produziert wird, um das Leben aller behaglich zu gestalten, sondern um private Allüren zu befriedigen, möge dadurch auch eine Arbeitslosigkeit entstehen!

Als zweiter Faktor verursachen die oben analysierten, monatlichen Zinszahlungen  $\Delta G$  = 14,6 Mrd. / 250 Mrd. ÖS = 5,3% an die großen Sparer - wenn man mit G = 1 die monatlich umlaufende Geldmenge M1, mit W = 1 das gesamte wirtschaftliche Produkt und mit  $\Delta W$  = 0,053 denjenigen Teil desselben bezeichnet, welchen monatlich die großen Sparer sozusagen "wegkaufen" - einen nominellen Kaufkraftverlust V des Geldes in der Höhe von V = [(G +  $\Delta G$ ) x 100 / (W -  $\Delta W$ )] – 100 = 11%.

Die Kombination dieser beiden Effekte 1. aus der Nichtbeschäftigung von 0,3 Mio Arbeitslosen (10%) einerseits und 2. dem Verlust durch den Warenabgang an die großen Sparer, andererseits, ergibt eine monatlich verminderte Kaufkraft von 10 + 11 = 21%! Um das haben also alle Wertschöpfenden, Pensionisten und Kleinrentner (=5 Mio Entgeltbezieher), an Kaufkraft monatlich - jahrein, jahraus - weniger zur Verfügung! Das ist die Frucht des Wachstums der Wirtschaft, das ein Wachstum der großen Zinsgeschenke und ein Wachstum des volkswirtschaftlichen Reichtumsabflusses an den Shareholder-Müßiggang ist!

### Ist ein Geldsparkreditsystem ohne Verschuldungskrise denkbar?

Falsche Illusionen sind schädlich. Die Existenz untilgbarer Schulden ist die Frucht eines von der Finanzwelt in Abrede gestellten **Viertaktzinsgewinnprozesses**.

Das Geldsparen und Kreditieren erzeugt untilgbare Schulden (Heinrich Färber: "Eingefrorene Forderungen") und führt in die Verschuldungskrise.

Das *Geldsparen und Kreditieren* sind keine Elemente einer gedeihlichen Wirtschaft. Färber fordert das Ergreifen von Maßnahmen, um die Mißbräuche abzustellen. Dies bedeutet nicht, daß der Staat in alle Belange der Wirtschaft eingreifen soll oder muß. Es bedeutet, daß der Staat einen Rahmen bilden solle, um klar umgrenzte Ord-

<sup>&</sup>lt;sup>73</sup> Bei den daraus finanzierten Projekten handelt es sich um ein Arsenal vernetzter Synergien, vom Straßenwildwuchs, dem militärisch-wissenschaftlichen Komplex, über Genforschung bis hin zu kriminell-medizinischen Versuchen (In-vitro-Fertilisation), die insgesamt darauf berechnet sind, die Kluft zwischen den Führern und den Geführten innerhalb jedes "globalisierten" Staates zu vertiefen!

nungsprinzipien zu verwirklichen. Solche das Geld betreffenden Ordnungsprinzipien fehlen bis heute im Finanzwesen.

Eine Vorkehrung gegen die Weltwirtschaftskrise von 1929 hätte sofort nach dem Ersten Weltkrieg getroffen werden müssen. Ebenso hätte der Entstehung der gegenwärtigen Schuldenkrise (2000) nur 1948, anläßlich der Währungsreform, vorgebeugt werden können. Zurzeit ist Eile geboten, aber kein Weg in Sicht. Dreierlei ist möglich:

- a) Weiterdrehen der Schuldenspirale mit den Konsequenzen von 1929;
- b) Wirtschaftszusammenbruch wie 1929 und ergokratischer Neubeginn;

re vergeudet. Durch die Währungsunion hat sich der Staat selbst gefesselt.

c) Ergokratisch geregeltes Schuldenmoratorium und ergokratischer Übergang. Da die Wirtschaft eines Landes bloß Leistungserbringer ist und kein Geld erzeugen kann, ist der Staat gefordert, diese Hoheit zu verwirklichen. Bis 2004 wurden 55 Jah-

#### Das Kreditsystem ein Enteignungssystem

Der Großunternehmerkredit gehört nicht genuin zu einer gesunden Wirtschaft; er ist eines der "fremden Elemente", welche sie schädigen. Da es für den Kredit des kleinen Mannes keine eigene Bezeichnung gibt, herrscht Verwirrung, wenn von einer Abschaffung des Kredits die Rede ist. Der Analyse des Kredits widmete Färber die Schriften "MENETEKEL I - III". Färbers Begründung der Schädlichkeit des Kredits mit anderen Worten zu skizzieren, anstatt sie im Original zu lesen, wäre sachlich und mehr noch moralisch ein Fehltritt. Das Wesen des Kredits in anderen und wenigeren Worten, als Färber es ohnehin tat, darzulegen, käme der Verhöhnung des Unikats einer Wahrheit gleich. Wer Färbers Schriften nicht studieren, verstehen und befolgen will, wünscht keine Reform des Geld- und Steuerwesens.

Färber schrieb, wobei er Staatsanleihen und Großkredite meinte (S. 15ff)<sup>74</sup>:

"Tatsache ist, daß der Geldumlauf der Welt nicht größer ist als der Betrag der Schulden, daß die Wirtschaft also nur geborgtes und kein eigenes Geld hat. Dies beweist, daß die Wirtschaft jeden Groschen, den sie für Leistungen und Waren einnimmt, auf irgendeine Weise verliert und daß der Verlust unwiederbringlich ist. Da das Geld nicht vom Erdboden verschwindet, ist es klar, daß jemand dieses Geld gewinnt. Da das ganze vorhandene Geld der Finanz gehört, ist es klar, daß die Finanz es ist, die die Wirtschaft enteignet. Da die Finanz nur Zinsgeld von der Wirtschaft nimmt, ist es klar, daß Zins ein Mittel der Enteignung ist....Wenn die Finanz das Zinsgeld für Leistungen und Waren ausgäbe, würde die Wirtschaft das Zinsgeld zurückbekommen. Die Finanz würde nur Güter enteignen. Da es aber feststeht, daß die Finanz Geld enteignet, ist klar, daß sie bloß einen Teil des Zinsgeldes für Güter ausgibt, den anderen Teil aber nicht zurückgibt, auf welche Weise sie sowohl Güter als auch Geld enteignet!"

Die Wirklichkeit hat Färbers Schätzungen überbestätigt: In Österreich betragen die Schulden mit **1,75 Bill. ÖS** Staatsschulden und **4 Bill.** Kreditschulden der Wirtschaft, zusammen also **5,75 Billionen ÖS**, alles in allem das 23-fache des umlaufenden Geldvolumens M1, des Geldumlaufs! Somit ist Färbers erster Satz für Österreich mehr als bewiesen. Das ganze Geld ist also Schuldgeld, mehr noch: die Forderungen der Banken (des Finanzsektors) betragen viel mehr, als überhaupt Geld vorhanden ist. Diese Ansprüche entstanden durch kumulative Zinsforderungen und –zahlungen. Im MENETEKEL I, S. 40, heißt es dazu:

"Wie unverschämt sind nun die Trabanten der Finanz, indem sie behaupten, daß das Staatsbudget und die Arbeitslöhne uneinbringliche Gestehungskosten verursachen! Das Finanzsystem allein, das ist das Spar- und Kreditsystem, ist die Ursache! In diesem System ist ein Hereinbringen der Gestehungskosten unmöglich!

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> H. Färber: "Ergokratie", Wien, Steyr, 1977; "Das ergokratische Evangelium", Wien 1940, Graz 2002.

Eine Wirtschaft, wo die Gestehungskosten nicht hereingebracht werden können, muß zugrunde gehen! Folglich muß das Finanzsystem beseitigt werden oder die Wirtschaft muß zugrunde gehen! Man verliere daher keine Zeit mit anderen Experimenten!"

Auch die weiteren Sätze Färbers sind mehr als bewiesen und die gesamte Wirtschaft ist also enteignet! Nichts gehört den Wertschöpfenden, alles gehört der Finanz! In der Schrift "Das ergokratische Evangelium", die Färber als die gelungenste seiner Schriften, mit welcher er sich selbst übertroffen habe, bezeichnete, heißt es (S. 18):

"Da besinnt sich der Kapitalist auf seine göttliche Mission, ein Retter der Wirtschaft zu sein; er wird Kreditgeber. Er betritt den "Kapitalmarkt", um dem "Kapitalmangel" abzuhelfen. Er legt das ersparte Geld in einer Bank an. - Nicht der Bankmann, sondern der Anleger ist der Kapitalist! In seinem Auftrage handelt die Bank. Die Bank borgt das angelegte Geld den Unternehmern - das ihnen geraubte Geld! Dasselbe Geld, welches sie der Notenbank schulden! Nun schulden die Unternehmer dasselbe Geld auch den Sparern, den Kapitalisten! Der Notenbank schulden die Unternehmer das ganze vorhandene Geld. Welches Geld schulden sie nun den Kapitalisten? - Das nicht vorhandene! So wird dem Kapitalmangel durch Kredit abgeholfen: Das Geld zur Bezahlung der Schuld ist nicht vorhanden. Nun wird neuerdings gespart, und zwar vorhandenes Geld. So entsteht ein neuer Kapitalmangel, dem wieder durch Kredit abgeholfen wird! Gibt es etwas noch Verrückteres als das?"

Und an anderer Stelle (S. 33):

"Du glaubst zwei Prozent zu bekommen. Gefehlt!
Du zahlst der Sparkasse acht Prozent!!!
Aber auch die Prozente für das Spargeld des großen Gehaltsbeziehers und Sparers kommen von deinem Lohn!
Ja, mein Lieber, der große Sparer ist dein Verderber!
Er besitzt auch die Aktien der Aktiengesellschaften!
Er ist der Kapitalist! Er ist auch der Aktionär der Notenbanken!
Er beherrscht auch die so genannte Wissenschaft, die Presse, deinen Verstand, und er macht Krieg!!!
Das nennen wir "Monetarismus", Mißbrauch des Geldes."

Über den monetarischen Bürokratismus, den kapitalistischen, wie den sozialistischen, schrieb Färber<sup>75</sup>:

"Hab- und Machtsucht ist sein Wesen. List ist seine Kraft.

Eigennutz ist seine Nächstenliebe. Sein Ich ist das geliebte Volk.

Gewalt ist sein Recht. Er umnebelt deinen Verstand,

vergiftet deine Seele und knechtet deinen Willen und deinen Leib.

Für ihn schaffst du; für ihn hungerst du.

Für seinen Ruhm siegst du, mordest du, stirbst du.

Diesem Unwesen macht die ergokratische Reform ein Ende."

Die wenigen, auf den ersten Blick nüchtern klingenden Sätze offenbaren ihre verborgene, wahrhaftig religiöse Aussagekraft, wenn der Sinn des ganzen Texts erfaßt worden ist. In wenigen Worten ist er nicht wiederzugeben, während die Werke unzähliger Autoren erst gar nicht beanspruchen, Krisen beseitigen zu wollen und sie meist vom Thema weg-, anstatt zu ihm hinführen!

Muß der Staat sparen?

\_

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> H. Färber: "Ergokratie", Steyr, 1977, S. 37; "Das ergokratische Evangelium", Wien 1940, Graz 2002, S. 44.

Im Monetarismus, welcher gekennzeichnet ist durch enorme Staatsschulden, Verschuldung des Unternehmenssektors, Verschuldung der Haushalte und der Konsumenten, muß der Staat sparen bis zur Katastrophe. Es gibt keinen Ausweg. In einer geordneten Wirtschaft entsteht von vorne herein kein Finanzdruck. Es ist schwierig, über die Finanzgebarung eines solchen Staates Aussagen machen zu wollen aus dem Blickwinkel eines im monetarischen Staat lebenden Individuums, weil uns die jahrelangen Erfahrungen der kumulativen Wirkungen in allen Wirtschafts- und Sozialbereichen eines gesunden Staates einfach grundsätzlich fehlen! Eines aber ist gewiß! In einem solchen Staat werden alle Menschen wissen, daß<sup>76</sup>:

- die Volkswirtschaft eine Aktiengesellschaft ist und daß das volkswirtschaftliche Produkt gemeinsames Eigentum aller Schaffenden ist, welches aber nach Maßgabe der Leistungen gerecht verteilt werden sollte. [Dies ist möglich, wenn man die I/O-Analyse und die darin aufgestellten Matrizenrechnungen unter den Bedingungen eines nichtinflationierten Geldregimes durchführt. Der Verf.];
- 2. das Verkaufssystem ein Verteilungssystem ist, wo die Leistung gleichsam automatisch richtig bewertet und das Produkt ebenso automatisch nach Maßgabe der Leistung verteilt werden kann:
- 3. bei einer gerechten Verteilung des volkswirtschaftlichen Produktes jeder Schaffende im Wohlstand leben würde.

## Investitionswege der kapitalisierten Zinsgelder

#### Kapitalisierte Zinsgelder

Was sind kapitalisierte Zinsgelder? Ihre Besonderheit liegt sowohl in ihrer Entstehungsweise, als auch in ihrer Verwendung. Da sich die Zugriffsrechte auf die enormen Summen kapitalisierter Zinsgelder in den Händen von sehr, sehr wenigen Personen (1% der Zahlungsempfänger eines Landes) befinden (Abb. 2), ist die Rekonstruktion von deren Verwendung nahezu unaufklärbar.

Kapitalisierte Zinsgelder sind keine Gelder im herkömmlichen Sinne! Es sind Zugriffsrechte bzw. Ansprüche auf Geld, auch "Geldversprechen" genannt.

Sie werden aber seitens ihrer Besitzer gehandelt wie Geld und auch zu Geld gemacht. Sie werden nicht primär für Warenkäufe auf den Märkten ausgegeben, sondern sie werden erneut angelegt, gespart und somit noch und noch einmal kapitalisiert und dies viele Male hintereinander, zyklisch wiederkehrend und zwar so oft, bis es zum Crash kommt, wobei der Zeitpunkt desselben von den "Haltern" dieser Zugriffsrechte selbst nach Gutdünken gewählt wird!

Ein reales Beispiel: Ein großer Spargeldbesitzer hat Anspruch, monatlich Zinsgeld in der Höhe von ÖS 200.000.- auf sein Girokonto überwiesen zu bekommen. Dieses Geld ist nicht vorhanden; es muß erst aus dem Wirtschaftskreislauf genommen werden. Nicht einen Teil des gesparten Geldes will er haben, sondern die Zinsen davon. Da aber das Spargeld nicht vorhanden ist – es wurde ja seinerzeit sofort als Kredit verwendet – ist auch kein konkretes Zinsgeld davon vorhanden. Die Bank aber versprach ihm, wie jedem Sparer, an ihn Zinsgeld auszufolgen, wann er's braucht. Von woher nimmt die Bank das "Geld", das keines ist und das nicht "gespart", nicht aufgespart irgendwo in der Bank umherliegt; woher sollte sie das Geld denn nehmen, um ihr lügenhaftes Versprechen einlösen zu können? Sie verfügt ja nur über aufgeschriebene Kontostände, nicht in Geld, sondern in Ansprüchen auf die Ausfolgung von Geld. Sie kann es nur bekommen, wenn und weil etliche Kreditnehmer Zinsen für ihre Kredite zurückzahlen, und zahlen können nur die Erfolgreichen, was sie durch erhöhte Preise hereinbekamen, ihren Konkurrenten abgewannen, oder durch Arbeitskräfteabbau auszuzahlen sich "ersparten". Anders ist es nicht möglich!

Da der große Sparer und dessen Familie lediglich ÖS 65.000.- für die Deckung der Lebensbedürfnisse monatlich ausgeben, bleiben ihm ÖS 135.000.- übrig; diese veran-

\_

<sup>&</sup>lt;sup>76</sup> H. Färber, *MENETEKEL II.*, S. 16, Wien 1936, Graz 1997.

lagt, spart, er wieder. Im nächsten Monat wiederholt er den Vorgang. Es ist dasselbe überwiesene Geldgeschenk fürs Nichtstun. Jeden Monat gelangen ÖS 135.000.- nicht als Kaufgeld zur Anwendung, sondern als Geldanlage, welche sofort wieder als Kredit an irgendwen hinausgeht. Aber die aufgeschriebene Forderung des Sparers, das ist das Versprechen der Bank, Zinsen an den Sparer zu zahlen, bleibt aufrecht! So harmlos, wie dieser Vorgang für den Sparer aussehen mag, so überaus gefährlich sind die volkswirtschaftlichen Folgen für die Wertschöpfenden im Hintergrund, die durch die unablässige Wiederholung dieses Vorgangs Schaden leiden! - "Doch die im Dunklen sieht man nicht!"

Das Wesen der kapitalisierten Zinsgelder ist in dem früher beschriebenen Viertaktprozeß der Entstehung der enormen Spargeldkontostände illustriert worden. Die folgende Darstellung zeigt, welche Wege die horrenden Sparsummen als Investitionen nehmen. Diese Gelder werden, nachdem deren Besitzer ihren monatlichen Eigenbedarf befriedigt haben, zu "Innovationen" verwendet.

#### Innovationen

"Jede Veränderung, die keine Verbesserung ist, ist eine Verschlechterung", sagt ein Sprichwort. Während gewöhnliche Staatsbürger (unselbständig Erwerbstätige, Pensionisten, Rentner) entweder nicht sparen können oder ihre kleinen überschüssigen Geldbeträge, die sie bis zum Monatsende nicht ausgaben, bei Sparkassen sparen oder bei Banken für Bausparzinsen anlegen, investieren die Anleger großer Beträge ihre Gelder für innovative Unternehmungen. Entweder sie selbst werden Unternehmer oder andere Unternehmer borgen sich deren Gelder aus und zahlen ihnen später für diese in Geld nicht vorhandenen Kontoüberweisungen erneut Zinsen. Der sich das Geld ausborgende Unternehmer verschuldet sich also bei den Sparern. Ist sein Geschäft erfolgreich, sind in den Produktpreisen die Kreditzinsen plus die Geldgewinne enthalten. Wer bezahlt aber die Preise dieser Produkte? - Nur die kaufkräftigen Kunden kommen in Frage, und kaufkräftig ist man, wie oben dargelegt, nur so. indem man anderen das Geld abverdient oder auf irgendeine Weise finanztechnisch entwindet. Die Innovatoren verkaufen ihre innovativen Produkte zunächst nur unter sich. Später, wenn sich die Produkte als "Verkaufsschlager" erwiesen und die Herstellerpreise gesenkt haben werden, beginnt die Produktion großen Stils. Es werden zuerst die kleinen Sparer und dann die anderen Bürger angelockt, die nun ihre Gelder innovativen Produkten zuzuwenden beginnen.

Und die Folgen für die Wirtschaft? Nichts anderes, als daß gängige Waren, die bisher bevorzugt wurden, weil sie praktisch waren, nun liegen bleiben, während die neuen, innovativen - die eigentlich eine Kaprize darstellen - an deren Stelle gekauft werden. Daran ist noch nichts auszusetzen.

Innovationen bedeuten Veränderung, Wandel und nicht Stillstand. Sie verändern Kulturen und durch den Gebrauch neuer Produkte deren Lebensgewohnheiten. Die Frage ist nur, in welche Richtung die Veränderung stattfinden sollte.

Damit befindet man sich beim Kern aller Fragen des Wirtschaftens.

Die zwei Möglichkeiten der Veränderung einer Kultur durch Wandel sind:

- a) in eine selbstzerstörerische Richtung;
- b) in eine selbststabilisierende Richtung.

#### a) Gesellschaftlicher Wandel durch monetarische Kulturzerstörung

Gegenwärtig, verursacht durch zwei Weltkriege, befindet sich der Wandel auf der abschüssigen Bahn der Kulturzersetzung. Sein Kernmerkmal ist der in den Weltkriegen wirksam zerstörte Respekt vor dem Individuum, sowie die Kultur gewordene Trägheit, diesen wieder herzustellen. Mit dem Argument der "Blutauffrischung" werden Asylanten, billige Arbeitskräfte, ins Land geholt, um die Fertilität des Volkes zu verbessern. Gleichzeitig wird mittels medialer Kindesverführung jede Selbstachtung

der heimischen Bevölkerung nachhaltig unterminiert und damit der Boden bereitet für den ethnischen Wandel. Künftig soll die heimische Bevölkerung im Verhältnis zu den Zugewanderten zur Minorität verkommen, weil sich die Bevölkerung gegenüber demokratischen Entwicklungen als zunehmend inert erwiesen hat. Erkennbar ist diese Trägheit darin, daß neue Probleme mit atemberaubender Geschwindigkeit künstlich geschaffen werden, ohne die alten, seit Langem anstehenden, auch nur im Ansatz zu lösen, zB in der **Agrarwirtschaft**:

- 1. Flächenstilllegung und Zahlung von Stilllegungsprämien, während die Städte massenhaft Menschen bergen, die kleine Nutzflächen anders, innovativ, bebauen würden (Sepp Holzers "Permakultur"), wenn sie sie hätten.
- 2. Überschuß von Agrarprodukten und deren Vernichtung ("Dardanariat") zur Erhaltung des Preisniveaus;
- 3. Gegenseitiger zwischenstaatlicher Austausch von Lebensmitteln, welche im jeweiligen Inland produziert werden, um Transportförderungen kassieren zu können. Abwurf von Kartoffelkäfern und Maiszünslern aus Flugzeugen.
- 4. Entwicklung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln, obwohl genug Flächen und unbeschäftigte Menschen zur Produktion echter Lebensmittel vorhanden sind.

#### In der Schuldausbildung:

- 1. Gymnasiasten gelangen, ohne jemals praktisches Kopfrechnen wirklich erlernt zu haben, an die Unis und anschließend in hohe staatliche Stellungen, wo sie über das Wohl der Menschen walten, sie aber nicht zur Verantwortung gezogen werden. Sie mutieren zu den erfolgreichsten Zerstörern des Gemeinwesens.
- 2. Klassische Bildung, geometrisches Vorstellungsvermögen, sprachliches Ausdrucksvermögen, Benehmen und die äußere Erscheinung werden hintangestellt.

# b) Gesellschaftlicher Wandel durch ergokratische Kulturaufwertung

Sind nach Ablauf einer gewissen Periode der Erholung alle kriegsbedingten, mentalen und moralischen Defizite einer Menschengemeinschaft überwunden, dann kommen, falls nicht Medien dem entgegenwirken, allmählich wieder die Kräfte der spontanen Selbstorganisation zur Geltung und es greift ein völlig neues Denken um sich, welches sich nicht mehr in den monetarischen Kategorien des Wettbewerbs um seiner selbt willen bewegt, sondern um die Menschwerdung des Menschen bedacht ist. Die wirtschaftliche Talfahrt ist damit beendet und man wird ein entkrampftes Verhältnis zur produktiven Arbeit kultivieren, anstelle des derzeitigen, krampfhaft auf Geldrenditen orientierten Verhältnisses. Es wird sich

#### in der Agrarwirtschaft:

- 1. nicht lohnen, Nutzflächen stillzulegen. Jedes Produktionsniveau wird seinen Absatz finden. Der offene Außenhandel wird ohne Geldbewirtschaftung und ohne die jetzige Kontrollbank-AG stattfinden und er wird minimiert werden.
- 2. ein unnötiger Transit nicht lohnen.
- 3. eine gentechnische Nahrungsmittelproduktion nicht durchsetzen lassen.
- 4. niemand finden, dem der Privatbesitz von Bodenflächen ein Bedürfnis sein wird. Boden, Luft und Wasser sind Naturelemente, die niemand gehören sollten. Der Staat, die Allgemeinheit, wird Boden zuweisen auf Lebenszeit. Die private Bodennutzung und der private Verkauf der Bodenprodukte wird ausdrücklich erwünscht sein. Niemand wird von einer Zuweisung ausgeschlossen sein; nur wer sie ausdrücklich ablehnt, wird keinen Boden zugewiesen bekommen.

#### In der Schulausbildung wird sich

- 1. kein Leerlauf ergeben, weil keine Lehrkräfte arbeitslos sein werden.
- 2. die Erziehung zur Selbstdisziplin als moralischer Kulturwert neu verankern.

### Das monetarische Duo Arbeitslosigkeit und Exportquote

Ein steigender Export geht natürlich Hand in Hand mit einer starken Steigerung der Produktion und mit demzufolge stark sinkenden Preisen (Ergokratie). Daß es in einer **monetarischen Wirtschaft** aber anders ist, zeigt die folgende Rechnung.

Es werde von einer **Vollbeschäftigung** ausgegangen. Ein einziger Unternehmer und 3,5 Mill. Beschäftigte; Geldumlauf M1 =  $\frac{1}{4}$  Billion Geldeinheiten GE = 250 Mrd. GE. Der Monatslohn jedes Beschäftigten ist 250 Mrd. / 3,5 Mio Pers. = 71 400 GE.

Im 1. Monat werden 3,5 Mio Warenkörbe (WK) produziert, 1 WK kostet 71 400 GE. Im 2. Monat werde die Produktion verdoppelt auf 7 Mio WK. Der Preis fällt auf die Hälfte: 35 700 GE für 1 WK. Jetzt wird der Eigenbedarf, 3,5 Mio WK, im Inland bereits mit den halben Löhnen, 125 Mrd. GE, gedeckt, die andere Hälfte der Löhne und Gehälter, 125 Mrd. GE, ist freies Geld, das den Lohn- und Gehaltsempfängern übrig bleibt und das sie nun als Devisen mit ausländischen Devisen tauschen können. Sie importieren dafür ausländische Luxusgüter; das Ausland erwirbt die Überschußprodukte, 3,5 Mio WK, und die 125 Mrd. GE kehren in das Inland zurück.

Im 3. Monat beginnt die halbe Belegschaft, 1,75 Mill. Beschäftigte, Geld zu sparen. Sie spart von ihren Löhnen und Gehältern (125 Mrd. GE) 10%, das ist 12,5 Mrd. GE, 112,5 Mrd. gibt sie aus. Die andere Hälfte der Belegschaft gibt alles Geld aus, 125 Mrd. GE, und nimmt keine Kredite. Der Unternehmer setzt wegen des Geldsparens nicht mehr das ganze Produkt ab; er nimmt bis Monatsende insgesamt nur 250 – 12,5 = 237,5 Mrd. GE ein und wird konfrontiert mit zweierlei:

a) einer Absatzstockung und b) einem Kreditbedürfnis.

Im 4. Monat ist der Unternehmer die ihm fehlenden, gesparten 12,5 Mrd. GE bei den Banken als Kredit aufzunehmen gezwungen; dafür berechnen sie ihm jährlich 10% für Kreditzinsen, das ist 1,25 Mrd. GE jährlich oder ca. 0,1 Mrd. GE monatlich. Der Unternehmer hat nun wieder das ganze Geld, 250 Mrd. GE, er ist aber eine erste Monatsrate, das ist 0,1 Mrd. GE, zu zahlen schuldig. Er bezahlt die Kreditzinsschuld, 0,1 Mrd. GE und hat für Löhne und Gehälter jetzt nicht 250 Mrd. GE, sondern deren bloß 249,9 Mrd. GE zur Verfügung. Er baut daher 0,1 Mrd. GE / 71 400 GE ist gleich 1 400 Mitarbeiter ab: Arbeitslosigkeit als Ergebnis der Absatzstockung!

Rechnet man auf 50 Jahre hoch, erhält man 50 x 12 x 1400/4Mon. = 210 000 Arbeitslose, was der Größenordnung nach der heutigen Realität sehr nahe kommt.

**Den Sparern** wird seitens der Banken eine jährliche Zinsgewinnbuchung zugestanden von 3% der Einlage, das ist 3% von 12,5 Mrd. GE = 375 Mio GE jährlich oder ca. 30 Mio GE monatlich. Diese Zinsgewinne verteilen sich auf die Sparer, das ist auf 1,75 Mio Personen, somit 30/1,75 = **17 GE pro Kopf und Monat!** 10% – 3% = 7% von 12,5 Mrd. GE, das ist 875 Mio GE ist die erzielte Rendite des Bankensektors. Davon gehen bei 2 000 Banken á 4 Mitarbeiter zu monatlich 71 400 GE insgesamt rd. 575 Mio GE in den Konsum, der Rest, das ist **300 Mio GE** wird seitens der **Banken** neu veranlagt. Die Kontrollbank-AG hat jetzt die infolge des Geldsparens *"absatzgestockte"* Ware, das sind 12,5 Mrd. GE dividiert durch 71 400 GE/WK = 175 000 WK, führt davon <sup>7</sup>/<sub>8</sub> dem Eigenkonsum und <sup>1</sup>/<sub>8</sub>, das ist 22 000 WK, dem Export zu. In 50 Jahren steigt die Exportquote auf 22 000 x 50 x 12 / (4 x 7 Mio) = 47%, also auf die Größenordnung des heute erreichten Wertes!

Warum mußte die halbe Belegschaft Geld sparen? Sie hätte die vom Lohn dafür vorgesehenen Gelder stattdessen gegen Devisen austauschen können. Dann hätte sie und nicht die Banken den nicht abgesetzten Produktanteil exportiert. Sie inibis

und nicht die Banken hätten im Gegenzug die Importware bezogen. Absatzstockung und Arbeitslosigkeit wären aus- und dem Unternehmer wäre das Kreditbedürfnis erspart geblieben. Die Banken hätten keine Zinsgewinne und keine "Renditen erwirtschaftet". Das nicht abgesetzte Produkt hätten sie sich nicht verbilligt aneignen und am Auslandsmarkt damit spekulieren können! –

"The more the community saves, the less it will have; the more it spends, the more it will have. Until politicians, business men and financiers become aware of this simple paradox, Society will be corrupted and the individual frustrated".<sup>77</sup>

### Gibt es einen Wachstumszwang der Wirtschaft?

Es gibt keinen Wachstumszwang ohne den monetarischen Kapitalismus. Er ist gekennzeichnet durch das Kreditbedürfnis, das der Unternehmerschaft aufgezwungen wird als eine unerkannte Spätwirkung des Geldsparkredit- und des Kreditsystems. Wann zerstört das Kreditbedürfnis die Wirtschaft? Die Zerstörung wird erst sichtbar, wenn das Kreditbedürfnis bereits bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Anfänglich wird das Kreditbedürfnis der Wirtschaft bagatellisiert, wird seine destruktive Natur verharmlost. Genaue Rechenmeister haben vor den zu erwartenden Spätfolgen des Schuldenwachstums der Wirtschaft über viele Jahrzehnte schon früh gewarnt.

### Der Vorgang der Vorenthaltung der Gestehungskosten

Halten Geldempfänger einen Teil des Lohn- oder Gehaltgeldes, das sie bekommen haben, zurück, anstatt es als Kaufgeld auf dem Markt gänzlich auszugeben, so bekommt die Unternehmerschaft nicht die ganzen Gestehungskosten herein. Mit dem den Unternehmungen vorenthaltenen und den Banken überlassenen Geld, bringen die Sparer über die Banken die Unternehmungen in Verlegenheit.

Die Unternehmerschaft ist dann gezwungen, sich das fehlende Geld auszuborgen. Wo kann sie es bekommen? Bei den Banken.

Was verlangen Banken für diesen Dienst? Einen Kreditzins.

Die Unternehmungen müssen, um Monat für Monat diesen Kreditzins zahlen zu können - falls es ihnen die Konkurrenz erlaubt - die Produktpreise senken und viel mehr umsetzen. Was veranstalten Banken mit dem erhaltenen Kreditzinsgeld?

Einen Teil geben sie den Sparern für Sparzinsen, die es ausgeben; einen anderen Teil geben sie selber aus; den Rest veranlagen sie frisch.

Dann fehlt der Unternehmerschaft auch dieses frisch veranlagte Geld und sie muß es sich erneut ausborgen und dafür wieder Zinsen zahlen usw.

Bei den Banken wachsen Zinseinkünfte und Forderungen nach Geld, welches die Unternehmerschaft aber nicht hat. Sie wachsen noch rascher, weil und wenn Haushalte, Konsumenten, Sparer allmonatlich einen Teil des empfangenen Monatslohns oder Monatsgehaltes bei den Sparkassen unablässig anzusparen fortfahren! – Ein Teil der Differenz der von den Banken eingenommenen Kreditzinsen und der den Sparern gutgeschriebenen Sparzinsen wird ja zum Teil veranlagt. Das ist der kapitalisierte Zinsgewinn, die "Rendite", - das pure Gift für die Wirtschaft!

Die so angehäuften Ansprüche übersteigen das vorhandene Geld um das 23-fache! Die Unternehmerschaft muß zwangsläufig Kredite nehmen, will sie nicht sofort die Produktion oder die Zahl der Belegschaft oder deren Einkommen drosseln.

Sie entschließt sich nicht leichtfertig zu solchen Schritten. Folglich muß sie sich bei den Sparern - in deren Interessen die Banken agieren - neu verschulden. So gelangen die Sparer in den Besitz von immer mehr Geldforderungen und Immobilien.

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> Mark, J. "Saving and Spending" in: To-Morrow's Money, Ed. Montgomery Butchart, London, 1936, p. 280.

Die neue Schuld kann von der Unternehmerschaft trotzdem niemals getilgt werden! Den großen Sparern dient dieser Zinsgewinn als Investitionskapital, das sie an wieder andere Kreditwerber verleihen und dafür noch einmal Zinsen fordern.

Kurz: Die permanente Absatzstockung durch Vorenthaltung der Gestehungskosten ist der Ursprung des destruktiven Kreditbedürfnisses. Ein unaufhörliches Wachstum der Schuldenforderungen wird entfesselt und damit ein **Wachstum von unberechtigt die Wirtschaft knebelnden Forderungen auf nicht existentes Geld in Gang gesetzt!** Dieses zu tolerieren ist unsere Wirtschaft vorläufig gezwungen aufgrund der bisherigen Undurchschautheit des ganzen Prozesses!

Aber auch in einer ergokratischen Wirtschaft ist ein Wachstum der Wirtschaft nicht ausgeschlossen. Es bildet hier nur keine Gefahr mehr. Es tritt nicht als ein Zwang auf. Die bewußte Entscheidung über das Was und Wofür der Produktion liegt in den Händen der demokratischen Mitbestimmung.

Wenn zB die Wirtschaft mehr produziert, als sie im Inland abzusetzen vermag, ist dies <u>kein</u> Zwang zum Wachstum. Es wird das Surplusprodukt exportiert und im Gegenzug Importware hereingenommen. Durch sie tritt ein Wandel im inländischen Anspruchsgefüge ein, welche die Produktivität verbessert. Mit ihr wird eine weitere Surplusproduktion ermöglicht. Damit wächst ihrerseits der Aussenhandel usw.

**Schlußfolgerung**: Den selbsttätigen Wachstumszwang gibt es nur im Monetarismus. Da ist er durch das Sparkreditsystem mutwillig erzwungen.

In der Ergokratie würde das Wachstum einer willentlichen Steuerung unterliegen.

Gegenüber der ergokratischen Wirtschaftsweise besitzt die monetarische den Nachteil, daß in ihr ein ordnungspolitischer Eingriff seitens des Staates weder erwünscht, noch möglich ist. In der ergokratischen Wirtschaft stellt die bewußte Steuerung geradezu das Regelungsinstrument per se dar, auf dessen Grundlage die ergokratische Wirtschaft überhaupt garantiert ist.

# Der Ausweg aus der Wachstumsfalle

Aufgeschlossene sahen zum Zeitpunkt der Währungsreform 1948 den heutigen monetarischen Krisenzustand voraus. Sie warnten davor in zahlreichen Zeitungsfolgen des *Der Ergokrat*. Inzwischen haben sich die Preis-, Lohn- und Gehaltsgefüge, sowie die Struktur der Wirtschaft fehl entwickelt und wurden gründlich verzerrt.

Man kann daher jetzt nicht aus dem Stand heraus eine ergokratische Finanzreform durchführen. Ein Algorithmus für den Ausstieg aus dem gegenwärtigen, verfälschten Zustand wird gesucht!

#### Vorbedingung zum Ausstieg aus dem monetarischen Kapitalismus

Das Ziel des Ausstiegs aus dem monetarischen Kapitalismus muß es sein, nach dessen Beendigung die gleiche Bevölkerungszahl, wie jetzt, vorzufinden. Auch die Versorgung derselben muß sichergestellt sein, wie sie augenblicklich ist. Auch während des Ausstiegs muß diese Bedingung jederzeit erfüllt sein.

Nach F. Quesnay, R. J. Turgot (Physiokratie; Herrschaft der Natur) ist der Agrarsektor der einzige produktive Sektor<sup>78</sup>. Den anderen zwei Sektoren (distributiver Sektor und steriler Sektor) wird nur die Subsistenz zugestanden.

Derzeit erhalten 0,2 Mill. Landwirte die Subsistenz von 8 Mill. Österreichern aufrecht. Natürlich muß man heute in den produktiven Sektor alle verarbeitenden und veredelnden Branchen mit einrechnen. Dazu gehört das Gewerbe, zT der Handel, die Gesundheitsversorgung, Bildung, Forschung, etc. Man darf jedoch nicht, wie im 18. Jhdt., die drakonische Richtschnur Turgots fordern!

\_

<sup>&</sup>lt;sup>78</sup> Roncaglia, A.: "Handbuch der modernen Wirtschaft", Edition S, Wien 1987, S. 38 ff.

### Vermag die Ergokratie den Wachstumszwang zu bezwingen?

Jede Parteipolitik ist zäh und rücksichtslos! Selbst der II. WK als eine direkte Folge der inkompetenten Finanzpolitik der Ersten Republik vermochte es nicht, sie vom monetarischen Bankkapitalismus und vom monetarisch ausgeformten Banksozialismus abzubringen. Die bankgesteuerte Parteipolitik hat die ergokratische Lehre Heinrich Färbers 80 Jahre lang ignoriert. Der Ausspruch eines Schuldenexperten 2004: "Seltsam, daß die Ergokratie einfach nicht wegzubekommen ist…!" spricht Bände! Mit 1945 hat die Parteipolitik die alten Finanzfehler neu gestartet – ein lukratives Geschäft! Ludwig Erharts Strohfeuerpolitik "Wirtschaftswunder" entzog den betagten Mitstreitern Färbers vorläufig den Boden. Nun, 20 Jahre nach Ende des Wiederaufbaues stehen Staaten vor einem Scherbenhaufen der Volkswirtschaft, im Kern nicht anders als 1929. Zudem wurde der Staat mit dem Argument, er sei ein "schlechter Unternehmer", beharrlich herabgestuft.

Das ist so, weil der Staat das Volk ist, die Volkswirtschaft. Sie ist sorglos, wenn sie als die Trägerin aller produktiven Leistungen, von welchen alle leben, sich so etwas bieten läßt. Die Abwertung des Staates ist eine Abwertung der Staatsbürger! Eine Ordnungspolitik kann nur von ihnen kommen. Nur sie können die Lethargie in der uns geschenkten Demokratie beenden. Wir haben, genau besehen, keinen Staat, kein wirkliches zu Hause, in welchem man sich behaglich fühlen könnte. Räuberische Bankgesetze, Privatbanken und ein unsäglich dummes Steuersystem sind verantwortlich für die Fehlfunktionen im Finanzsektor und die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Nicht der Mangel an beruflicher Qualifikation ist schuld an der Einkommenslosigkeit von einem Zehntel der Erwerbstätigen, sondern ein auf subtile Weise neue Unfreiheiten gebärender Bürokratismus als Folge der falschen Geldverfassung, der die Menschen daran hindert, sich selbst helfen zu dürfen.

Das Geldsparkreditsystem und die antidemokratische Praxis der Staatsschuldenkontraktion sind nicht zukunftsfähig! Sie sorgen, wie Färber bewies, beständig für <u>Absatzstockung</u> und als Folge davon für ein *Nichthereinbringen der Gestehungskosten*, *Arbeitskräfteabbau*, *Kurzarbeit*, *Kreditbedürfnis* der Unternehmungen, *Preissteigerungen*, *verfälschte Preisstrukturen*, *Kaufkraftschwund* der Konsumenten und Haushalte, *Verschuldung der Produzenten*, *Fremdkapitalabhängigkeit* der Klein- und Mittelbetriebe, *Insolvenzen* und schließlich *Lohnkämpfe*, *Finanzprobleme der Pensionssysteme*, *Aufschub* der materiellen *Grundsicherung* auf unabsehbare Zeit, für *unendlich ausgedehnte Diskussionen* um sie, *politische Konflikte* und für sattsam bekannte *Wirtschaftskrisen*!

Färber erblickte im "Kapitalismus" keine lebende Projektionsfläche für Anklagen und Vorwürfe, sondern ein Phantom, benutzt von der Parteipolitik zur Ablenkung des Publikums von ihren geliebten, wucherischen Bankpraktiken. Auch bieten "Sozialismus" oder "Christentum" keine Lösung. Die Staatsbürger wollen für produktive Leistungen gerecht entgolten werden. Sie wollen keine bürokratischen Leerläufe und auch keine müßige Beschäftigungspolitik! Das ist es, was Färbers Lehre fordert und was garantiert, wofür gekämpft, werden müsste!

Ergokratie scheint eine Voraussetzung für eine Beendigung des Wachstums zu sein! 60 000 Personen bekommen jeden Monat ca. 15 Mrd. ÖS glatt geschenkt und haben es als "Budget" zur Verfügung. - Der damit begünstigte Übermut - dem die Nemesis folgen sollte - ist der Verursacher des Wachstums. Es geht nicht um persönliche Animositäten, sondern es soll lediglich aufgezeigt werden, daß die *Kinematik der Geldströme* ein ungehemmtes Wirtschaftswachstum geradezu erzwingt, und zwar völlig unabhängig davon, ob die Geldbesitzer dies bewußt so wünschen oder nicht. Die Spirale der zunehmenden Verschuldung der Wirtschaft funktioniert unabhängig von den 60 000 Dollarmillionären, einfach aufgrund des bisher undurchschauten

Viertaktprozesses <u>Sparen-Kreditieren-Kredittilgen-Entsparen</u>. Dieser Prozeß läßt sich nur stoppen durch Beendigung des monetarischen Sparkreditsystems. Das setzt aber ergokratische Reformen voraus. Solche sind technisch nur im nationalen Rahmen möglich!

15 Mrd. von 250 Mrd. sind 6% des Geldumlaufs M1 - ein Riesenmonatsbudget - wovon ein Großteil intelligent eingesetzt wird, gegen die Disponibilität der Allgemeinheit. Damit werden die Schaltstellen der Wirtschaft, des Staates, besetzt und "Monetarian Engineering" großen Stils betrieben.

Tatsächlich verfügen die wenigen großen Kapitalseigner außerdem noch über immaterielle Macht, welche zu den 6% hier rechnerisch nachgewiesenen Beträgen als unsichtbare Entität hinzukommt und die in der Instrumentalisierung struktureller Gewalt liegt, welche dem Zugriff der Bevölkerung entzogen ist. Nur so ist es möglich, die Welt um ihr Glück zu bringen durch

- die Brandrodung von Urwäldern,
- die Vergeudung fossiler Energieträger für lächerliche Zwecke,
- die kriegerische Sicherung der Verfügung über diese Energieträger,
- die Schädigung der Biosphäre durch Krieg,
- die Erzeugung von Wegwerfprodukten,
- die Zentralisierung der Produktion von Lebensmitteln und deren weiter Transport, bilden eine umfassende Terror-Kriegserklärung an die Wertschöpfenden.

Der Wachstumszwang ist oktroyiert durch wachsende Anleihesummen a) zur Tilgung alter Anleiheschulden in CHF und JPY; b) zur Bereitstellung von Zinsgeldern für die Sparer c) zur Finanzierung von Projekten ohne vorheriges Referendum.

Die den Akteuren überlassenen Privilegien in Form von Zinsgeldgeschenken fördern deren Hemmungslosigkeit. Zu Projekten zum Selbstschutz und zur Gestaltung einer Nahversorgung kommt es nicht, weil die hierfür nötigen Gelder (21% aller Monatseinkommen) bereits in Prestigeprojekten bzw. in der Nichtverfügbarkeit der Humanreserven durch Arbeitslosigkeit strukturell stillgelegt sind.

Die Ergokratie, indem sie die Kinematik des Viertakts der Wucherung der Wirtschaft durch das Wachstum der untilgbaren Schulden bloßlegt, ist imstande, einen Ausweg aus der Wirtschaftswucherung zu zeigen.

Ein vollständiges Bild zu skizzieren von den Mißbräuchen des Finanzsektors (Banken, Finanz, globalisierte Geldströme) muß einer ausführlichen Analyse des Giralgeldes sowie der Börsen und der internationalen Verflechtungen vorbehalten bleiben.

# Exodus aus der Festung des "monetarischen Kapitalismus"

#### Die zu überwindenden Barrieren

Dem Staat steht die Aufgabe der Überwindung der folgenden neun Barrieren bevor, um eine Wirtschaft zu etablieren, die aus dem Würgegriff des monetarischen Wachstumszwanges befreit ist.

Erste Barriere: Das monetarische Spargeldkreditsystem

Zweite Barriere: Das Giralgeldkreditsystem

Dritte Barriere: Der Effektenkapitalismus, Börsekapitalismus

Vierte Barriere: Die Staatsverschuldung

Fünfte Barriere: Das monetarische Steuersystem

Sechste Barriere: Die Teilnahme an der EU-Währungsunion Siebente Barriere: Das bürokratisch kopflastige EU-Steuersystem Achte Barriere: Die preisgegebene, nationale Finanzhoheit Neunte Barriere: Das bevorstehende Entschuldungsmoratorium

Die in der folgenden Darlegung verwendeten Größen sind auf ÖS umgerechnet. Es wird von einer Wirtschaft ohne Inflation aus- und anschließend in ein inflationistisches Wirtschaftsregime übergegangen.

#### Die monetäre Seite des wirtschaftlichen Kreislaufs.

Das jährliche BIP beträgt derzeit (2004) ziemlich genau 3 Bill. ÖS oder 3/12 = ½ Bill. ÖS pro *Monat. Monatlich* bezahlt die Unternehmerschaft in Österreich diese ½ Bill. ÖS als Faktorkosten für Löhne, Gehälter, Steuern und Investitionen. Die Größe von ½ Bill. ÖS ist das von der Nationalbank emittierte und dann via private Geschäftsbanken in Zirkulation gebrachte Geldvolumen M1. Dieses ist das wirklich vorhandene "Spielgeld" in der österreichischen Wirtschaft. Es existieren nur diese 0,25 Bill. ÖS; es gibt kein anderes Geld! Dieses "Geldvolumen" M1 zirkuliert durchschnittlich *monatlich einmal*, also *zwölf Male* im Jahr. Folglich ist das Bruttoinlandsprodukt genau BIP = 12 x M1. [*Basisregel*]

Damit alle *monatlich* erzeugten Güter, Waren und erbrachten Dienstleistungen *monatlich* zur Gänze abgesetzt – verkauft - werden können, geben die Haushalte *monatlich* diese ¼ Bill. ÖS aus. Das ist gemäß der Basisregel genau die Summe aller *monatlich* empfangenen Löhne, Gehälter, Investitionen und Steuern. Ferner betreten die Staatsdiener *jeden Monat* den Markt, indem sie das *monatlich* empfangene Steuergeld für Anschaffungen des Bundes und für den eigenen Konsum (Rentenzahlungen, Staatsbedienstete, etc.) ausgeben. Der Vorgang des Werteschaffens und Geldverdienens einerseits und des Kaufens dieser Werte und des Bezahlens in der "Wirtschaft Österreich" mittels des empfangenen Geldes andererseits, wiederholt sich im Lande also *zwölf Male* im Jahr. Damit ist bewiesen, daß das BIP rechnerisch tatsächlich nichts anderes ist, als das *Zwölffache* der wie in einer Turbine durchschnittlich *monatlich einmal* zirkulierenden Geldmenge M1.

Der Einfachheit halber wird davon abgesehen, zum einen weitere zahlreiche Geldformen, die es auch noch gibt und zum anderen den Außenhandel, jetzt schon zu behandeln, bevor die Grundstruktur des *monatlich zyklischen* Vorgangs der inländischen Privat- und Staatswirtschaft erläutert und verinnerlicht worden ist.

#### Erste Barriere: Die monetarischen Spargeldforderungen

Vorschau zu einer wichtigen Frage:

Wie ist es zu erklären, daß in dieser Turbine, "Wirtschaft Österreich" genannt und in welcher die Geldmenge M1 =  $\frac{1}{4}$  Bill. ÖS *monatlich einmal* zirkuliert, bis zum heutigen Tag die Summe aller Spargeldforderungen auf rund 4 Bill. = 4.000 Mrd. = 4,000.000 Mill. ÖS (in Worten: vier Millionen-Millionen) anwachsen konnte, welche Summe in Geld nicht existiert und für welche unaufhörlich und jedes Jahr von Neuem nach der Formel  $Z = K \times \% \times J/100 = \text{rund} \ 100 \text{ Mrd}$ . ÖS für Zinsen an die Geldanleger und Sparer gezahlt, besser: verschenkt, werden müssen, indem das für die *monatliche* Bezahlung der Zinsansprüche erforderliche Zahlgeld abgezweigt wird von der erwähnten *monatlich* einmal zirkulierenden Geldmenge M1?? Wie ist, um die Frage zu wiederholen, dieser Vorgang zu begründen?

Diese Frage ist entscheidend! Sie ist eine der spannendsten innerhalb der Finanzwissenschaft. Sie birgt einen zentralen Teil der Antwort auf die eingangs gestellte Frage nach dem durch viele Barrieren hindurchführenden Ausweg aus dem Wachstumszwang.

Beginnen wir, sie zu beantworten, indem wir sie zerlegen in Teilprozesse und indem wir diese "Torsen" einer detektivischen Analyse unterziehen.

#### Die exorbitanten Spargeldforderungen diskreditieren das Bankwesen.

Das existierende, zirkulierende Geld besteht nicht aus den Spargeldforderungen, mit welchen die großen Akteure auf globalisierten "Finanzmärkten" Renditespiele aufführen, sondern es besteht aus M1 = 0,25 Billionen ÖS = 250 Mrd. ÖS.

Die Forderungen der Sparer auf Geld - auf insgesamt 5,7 Billionen ÖS - zeigen bloß, daß das existierende Geld 23-fach als solches nicht vorhanden, 23-fach verschuldet, zu Schuldgeld gemacht worden ist; daß also die Wirtschaft, wie Färber schrieb, kein eigenes, sondern ausschließlich nur geborgtes Geld hat, sie also überhaupt nicht frei, aber vollständig an die Zinsleine genommen ist.

Wird daher das Geldsparen fortgesetzt – die Sparquote beträgt derzeit ca. 10%, dh es werden vom monatlich zyklisch zirkulierenden Geld unablässig 10% gespart und kreditiert – bleibt die Forderungensumme nicht bei 5,7 Billionen stehen, sondern sie wächst unaufhörlich, wodurch auch die Zinsforderungen und damit der Abfluß von Kaufkraft von der weniger Kaufkraft habenden Bevölkerungsmasse (5 Mill. Entgeltbezieher) zu den mit Kaufkraft bereits Überhäuften zunimmt.

Es ist nicht anzunehmen, daß diejenigen, welchen diese Kaufkraft zuwächst, das Spargeldkreditsystem länger verteidigen würden, kennten sie den Mechanismus, der diese "Umverteilung" erzwingt und die Wirtschaft an den Rand des Abgrundes bringt.

Wozu hat die Wirtschaft 5,7 Bill. ÖS an Spargeldansprüchen nötig, die im Unterschied zum monatlich zirkulierenden Geldvolumen M1 = 0,25 Bill. ÖS in Geld nicht vorhanden sind und niemals ausbezahlt werden können? Die Sparer erheben Anspruch auf diese in Geld nicht vorhandene Sparkontosumme; sie fordern sie aber nicht, weil sie wissen, daß diese Summe niemals eingefordert werden und wenn sie eingefordert werden würde, nicht gezahlt werden könnte; alle Beteiligten wissen, daß so viel Geld nicht existiert! – Wozu akzeptiert, um die Frage zu verschärfen, die ganze Wirtschaft (Nichtsparer und Sparer) die Existenz dieser Forderung (5,7 Bill. ÖS), wenn diese doch unbezahlbar ist?? Mit Recht wurde diese Forderung wegen ihrer genuinen Unbezahlbarkeit eine "eingefrorene Forderung" bezeichnet. "Man spart Geld, um es später für größere Anschaffungen zur Verfügung zu haben", lautet die Begründung. Braucht man für später aber 5,7 Bill. ÖS? Sie sind ja nicht vorhanden, sondern sie bilden bloß einen Anspruch, der aber nicht erfüllt werden kann. Wozu also eine so große Summe ansparen, monatelang, jahrelang, jahrzehntelang und die Wirtschaft an die Kandare legen???

"Es werde ja nicht die ganze Spargeldforderung auf einmal von allen Sparern zugleich von den Konten abgehoben", lautet das gängige Argument.

Richtig! Dann wird eben zu einem Zeitpunkt nur ein Teil davon abgehoben und zu einem anderen Zeitpunkt wieder ein Teil, usf.

Wie aber geht das Abheben vom Spargeldkonto praktisch vor sich? Das entsprechende Geld, die 5,7 Bill. ÖS, ist weder zur Gänze noch zum Teil physisch vorhanden und das einzig existierende Geld, 0,25 Bill. ÖS, befindet sich in der Zirkulation und wird von den realen Akteuren verwendet und dringend gebraucht. Dieses Geld steht daher für andere Zwecke absolut nicht zur Verfügung!

Deshalb können Sparer, die Teile ihrer Konten liquidieren, nur zusätzlich neu geschöpftes Geld von den Banken erhalten.

Zusätzlich neu geschöpftes Geld aber ist, wie wir nun wissen, Falschgeld, Inflationsgeld, Raubgeld und die Sparer "kaufen" den berechtigten Käufern damit nicht die Ware weg, sondern sie rauben sie ihnen! Soll aber die Wirtschaft ein Raubsystem

sein oder bleiben? Wenn sie das nicht soll, muß man das zerstörerische, monetarische Geldsparsystem abschaffen, das ist klar!

#### Zweite Barriere: Das Giralgeldsystem, inflationäre Geldschöpfung

Von wo besorgt sich aber die Bank das nachgefragte Geld? - Von der EZB. Da aber auch die EZB dieses Geld nicht gleich hat, muß sie es entweder aus den Reserven nehmen oder es erst drucken. Nach BGBI. I Nr. 45/2002 dürfen E-Geldinstitute E-Geld, das ist elektronisches Giralgeld, ausgeben. In jedem Falle ist dieses Geld Inflationsgeld! Dann erst bekommt die Kommerzbank und durch sie der Sparer sein so genanntes "gespartes" Geld in form einer Kontoanweisung zurück.

Nun gibt er dieses Geld auf dem Markte aus und kauft damit Waren. Im Augenblick des Ausgebens wirkt dieses neue Geld sofort als Inflationsgeld – jedes zusätzlich emittierte Geld ist ja Inflationsgeld. Der Sparer kauft auf dem Markte, ohne sich dessen bewußt zu sein, mutwillig jemand anderem Ware weg, die nicht ihm, sondern dem berechtigten Geldbesitzer gebührt, der sie ja gekauft haben würde, wenn ihm nicht der Sparer zuvorgekommen wäre und auf welche Ware aber der Sparer kraft seiner rechtlich begründeten Sparforderung Anspruch zu erheben berechtigt zu sein glaubt.

Wenn somit der Sparer nach einiger Zeit des Konsumverzichts sein Spargeld behoben hat, muß das Banksystem eine Inflation zu Lasten anderer betreiben, weil es das Geld nicht hat und es sich erst genehmigen muß.

Mit diesem Schritt läuft in diesem Beispiel zum ersten Male mehr Geld als zuvor in der Wirtschaft um. Die Wirtschaft wird also durch die Sparer einerseits dadurch geschädigt, daß nach jedem Zweimonatszyklus eine kleine untilgbare Schuldensumme entsteht, welche von der Wirtschaft nie mehr abgetragen werden kann und andererseits dadurch, daß die Sparer bei Behebung ihrer Konten die Kaufkraft der anderen, nicht sparenden Teilnehmer, eskamotieren.

Man beachte, daß durch den Vorgang des Geldsparens auf der Güterseite noch nichts Nachteiliges geschieht: das angesparte Geld gibt in diesem Falle der Kreditnehmer anstelle des Sparers aus und erwirbt an dessen Stelle die im Falle eines Geldhortens im Sparstrumpf liegen gebliebene Ware. Erst das Entsparen aus einem riesenhaft angehäuften Fundus von eingefrorenen Forderungen auf reales Geld offenbart den genuin räuberischen Wesenszug des früher beschriebenen Viertakt-Prozesses und damit die Entstehung einer Wirtschaftsstörung.

Real zirkuliert in diesem Rechenbeispiel lediglich das wirklich existierende Geld, das sind 0,25 Bill. ÖS. Davon gehen 40% für Steuern an den Bund, das ist 0,1 Bill ÖS monatlich; 10% von 0,25 Bill. ÖS gehen monatlich als frische Spargelder an die Banken (Sparguote), das ist 25 Mrd. ÖS, sie werden somit der Zirkulation entzogen; verbleiben noch 125 Mrd. oder 1/8 Bill. ÖS in der Zirkulation. Davon müssen für Sparzinsen ca. 8 Mrd. monatlich an die großen Sparer verschenkt werden für ihre in Geld nicht vorhandenen Spargeldforderungen von 5,7 Bill. ÖS, denn die Zinseinkünfte sind, wie oben nachgewiesen, effektive Geldgeschenke der 5 Mill. Entgeltempfänger an ca. 60 000 inländische Dollarmillionäre. Netto verbleiben daher 125 Mrd. minus 8 Mrd. = 117 Mrd. OS an Wirtschaftsgeld in der Zirkulation, welche die im privaten Sektor beschäftigten Wertschöpfenden für den Konsum und die Unternehmungen für Investitionen während des Monats ausgeben; die staatlichen Bediensteten und die staatliche Administration geben während desselben Monats das empfangene Steuergeld, das ist 0,1 Bill. ÖS = 100 Mrd. ÖS, auf dem Markte aus, macht zusammen 117 + 100 = 217 Mrd. ÖS, welche Summe die Unternehmerschaft bis Monatsende aus der Zirkulation erlöst.

Wenn nur Haushalte Kredite im Ausmaß der Spargelder (25 Mrd. ÖS) aufgenommen haben, um sie für den Konsum auf den Märkten aus- und in die Zirkulation zu geben und wenn die Sparzinsempfänger ihre 8 Mrd. ÖS zur Gänze monatlich für den Konsum ausgäben, erlöste die Unternehmerschaft auch dieses Geld wieder aus der Zirkulation. Sie wäre dann am Monatsende im Besitz des ganzen Geldumlaufs von genau 217 + 8 + 25 Mrd. ÖS = ¼ Bill. ÖS = M1, sodaß sie im Folgemonat erneut alle Löhne, Gehälter, Investitionen und Steuern vollständig zu bestreiten und in die Zirkulation zu bringen in der Lage ist.

Da aber der Banksektor den Haushalten für die Kreditgewährung Zinsen berechnet, zB 10% vom Kreditvolumen (25 Mrd. ÖS), das ist 2,5 Mrd. ÖS; bleibt ein Betrag offen, welcher untilgbar ist und dessen Wirkung früher aufgezeigt wurde.

Wie aber sollen sich nun die Haushalte jenes Geld verdienen, das sie zur Kredit-plus Zinsrückzahlung (25 + 2,5 Mrd. ÖS) aufbringen müssen? Wir wissen ja bereits, daß der eine oder der andere Kreditnehmer wohl in der Lage sein mag, seinen Kreditanteil plus die Zinsen zurückzuerstatten; dann könnten aber die restlichen Kreditnehmer ihre Kreditschuld auf keinen Fall zurückerstatten, ohne sich vorher Geld von jemand anderen in der Runde abverdient zu haben. Kurz: Die Gelddecke reicht nicht! Es ist in einer Wirtschaft bei einem Zinswesen schlicht unmöglich, die Schuld abzutragen!

Nimmt man aber an, daß nicht der Haushaltssektor, sondern die Unternehmerschaft Kredit nahm, wird nun sie rückzahlungspflichtig. Es bleibt sich aber gleich. Auch sie könnte die Zinsschuld nicht abtragen; auch sie könnte die "schlechte Karte" nur reihum weiterreichen, weil sich hinsichtlich der Geldzirkulation alle Teilnehmer im selben Boot befinden.

### Dritte Barriere: Der Effektenkapitalismus, der Börsekapitalismus

Das Drama mit den besagten Forderungen von 4 Bill. ÖS und mit der jeden Monat neu entstehenden Kreditschuld von 25 Mrd. ÖS plus die dazugehörigen Kreditzinsen (2,5 Mrd. ÖS) ist eigentlich schon schlimm genug; aber es gibt da eine Steigerung: Die gegenwärtige Realität ist viel ernster: monatlich sind, wie gesagt, 250 Mrd. = ½ Bill. ÖS im Umlauf, in der Zirkulation. Die Unternehmerschaft aber ist gezwungen, monatlich 8 Mrd. ÖS an Zinsforderungen für die in Geld nicht existierenden 4 Bill. = 4.000 Mrd. ÖS = 4,000.000 Mill. ÖS Spargeldforderungen an die großen Sparer abzuführen. Für die Unternehmerschaft erscheint dies zunächst nicht dramatisch. Sie entledigt sich dieses Problems am einfachsten, indem sie die Waren- und Dienstleistungspreise um diese 8 Mrd. ÖS erhöht und so die Zinszahlung auf die wertschöpfende Bevölkerung abwälzt. Letztere vermag diese Last nicht weiter abzuwälzen, sie hat nun die "schlechte Karte", den "schwarzen Peter", endgültig bekommen und muß zusehen, wie sie damit fertig wird. Nun erst wirkt sich diese Zinsenlast aus!

Der Bevölkerung fehlt die Kaufkraft. Ihre Nachfrage sinkt. Als Folge davon tritt auf der Unternehmerseite jetzt die Absatzstockung in Erscheinung. Da merken selbst einige Firmen - nicht alle - daß die Abwälzung der Zinslast ihnen nicht nützt. Aber selbst dies ist noch immer kein allzu großes Drama, denn viele Firmen haben sich in guten Zeiten finanziell rechtzeitig saniert und melden, wenn es nicht mehr geht, entweder Insolvenz an oder gehen in den Konkurs, natürlich auf Kosten anderer Akteure in der Runde! Wieder sind die Arbeitenden die Draufzahler! Nun nehmen einige Firmen entweder Kommerzbankkredite auf, um Löhne und Gehälter für deren Belegschaft bestreiten zu können oder sie beginnen, Arbeitskräfte abzubauen oder Kurzarbeit einzuführen. Aber auch damit ist noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht! Welche Wege nehmen die Zinsgelder (8 Mrd.), die die Dollarmillionäre geschenkt erhielten? Sie stellen sie zT erneut Kreditsuchenden zur Verfügung, zum anderen

Teil stecken sie es in den Konsum, zT veranlagen sie diese aus dem Nichts geschöpften Inflationsgelder erneut. Außerdem veranstalten sie mit den nicht angetasteten Sparkontoständen Börsespiele: sie veranlagen die ohnehin nur aus Forderungen auf Geld (Abb.2) bestehenden Ansprüche in Aktien, Wertpapieren, Hedgefonds und beginnen ein weltweites Spiel von Auf- und Abzinsungen, wozu die Währungen der Staaten die Basis bilden und wodurch den nationalen Wirtschaften die Bilanzierungsgrundlagen aufgeweicht werden.

Die Unternehmerschaft erlöst dann immer weniger vom ganzen Geld. Ihr Kreditbedürfnis wächst, nicht um einzukaufen und Waren zu erlösen, sondern schlimmer: um die monatlichen Zahlungen an die Lohn-, Gehalts-, Investitions- und an den Steuerempfänger (Staat) bestreiten zu können!

Färber hatte korrekt gesehen, als er in MENETEKEL sinngemäß schrieb: Damit ist bewiesen, daß die Finanz (die großen Geldbezieher) nicht nur Geld, sondern auch Ware enteignet, denn das an sie verschenkte Zinsgeld ist das Mittel, womit die Finanz die Wirtschaft plündert! Die enteigneten Warenkontingente dienen den ganz wenigen Globalakteuren wiederum zu Börsenspielen und Preisstabilisierungen in der Realwirtschaft, zum "Dardanariat"!

#### Vierte Barriere: Die Staatsverschuldung

Dem Steuerentgang infolge der Zahlungsunfähigkeit der gesamten Wirtschaft könnte jeder Staat ganz einfach steuern, indem er eine Steuerinflation durchführt und dazu Geld druckt im erforderlichen Ausmaß. Das Steuerproblem wäre dann gelöst. Die einzigen Geschädigten wären die Sparer und Spekulanten, welchen die Möglichkeit zu immer neuen Zinseinkünften genommen wäre.

#### Warum keine staatliche Inflationssteuer?

Aus diesem Grunde und nur deshalb sorgen Politiker aller Couleurs und alle Medien dafür, daß eine staatliche Steuerinflation, welche eine lindernde Wirkung hätte, ausbleibe! Sie empfehlen daher die Kontraktion von Staatsschulden. Die Besitzer der großen Geldforderungen borgen dem Staate Steuergeld auf Zinsen, anstatt die Steuer zu bezahlen! Die Allgemeinheit verliert also Zinsen an die 60 000 Besitzer von Forderungen auf 2,7 Bill. bei insgesamt 4 Bill. ÖS! Das Steuergeld ist damit sofort Schuldgeld, das die privaten Sparer zu fordern berechtigt werden und sie es nach dem Viertakt-Mechanismus auch bekommen.

Dieses Szenario wiederholt sich bei jeder Budgeterstellung und sorgt dafür, daß keine Steuerinflation des Staates stattfinde, denn damit wäre der Bann der Sparer und der Spekulanten über die Wirtschaft gebrochen. Dieses Beispiel darf, wie gesagt, nicht Schule machen! Die fünfte Barriere, das monetarische Steuersystem, wurde im Kapitel "Was ist die Steuer?" bereits behandelt.

#### Die Baufehler in der Finanzverfassung

Drei Quellen sind es, die diesen dramatischen Kreislauf des Elends verursachen:

- 1. das monetarische Geldsparkreditsystem,
- das monetarische Geldschöpfungsmechanismus des Banksektors;
- **3.** das monetarische Steuersystem, indem es das Steuerobjekt verfehlt und die Steuer von jenen fordert, in deren Besitz die Scheine zur Bezahlung der Steuerschuld sich nicht befinden, während die Steuerschuld jenen erlassen wird, die sie zu zahlen in der Lage sind.

Wenn man sich dessen entsinnt, was Geld ist und wozu es ausschliesslich verwendet werden sollte, gibt es nur einen einzigen Erfolg versprechenden Ausweg: die Orientierung an einer Haushaltswirtschaft, zumindest die Abkehr vom Chrematismus,

welcher verhängnisvoller Weise einerseits in der Vermehrung der Schulden der Wirtschaft und andererseits in einer Vermehrung der Geldgewinne einzelner sein Credo erblickt!

Chrematismus ist die Geldvermehrungskunst, wobei, um präzise zu sein, kein Geld vermehrt, sondern solches bloß Spaßeshalber verlagert wird von jenen, denen das Geld ohnehin mangelt zu jenen, die davon mehr haben, als sie tatsächlich brauchen und sinnvoll verwenden können.

Die Manipulationen am Gelde bilden sind unzeitgemäß. Sie zeigen, daß die Finanzakteure nicht begriffen zu haben scheinen, was Geld ist, was es sein sollte und was es nicht sein darf; ferner was Steuer sein sollte und was nicht. Diese Tatsachen bilden ein starkes Motiv zum Ausstieg aus dem monetarischen Kapitalismus.

#### Achte Barriere: Zurückgewinnung der Finanzhoheit in jedem Staat

Kein europäischer Staat ist derzeit finanztechnisch handlungsfähig. Es fehlt wegen der Teilnahme an der EWU jegliche, nationale finanztechnische Hoheit und daher keine souveräne Handlungsfähigkeit. Der Glaube, die Souveränität des Einzelstaates sei durch den Beitritt zur EWU in eine gemeinschaftliche Souveränität übergegangen oder sei in ihr aufgegangen, ist eine rhetorische Phrase ohne Inhalt.

Nach wie vor geschieht Wirtschaft lokal begrenzt. International verflochten werden die Wirtschaften erst durch den realen Außenhandel. Man bemüht sich, ihn exorbitant auszuweiten, um der Notwendigkeit von nationalen Finanzreformen, welche der EWU längst schon hätte vorangehen sollen, zu entgehen. Die Einbindung der nationalen Finanzsektoren in eine erweiterte EU-Finanzsouveränität läßt keine nationale Lösung von alten "Hausaufgaben" zu, sondern verunmöglicht sie erst! Es spielt keine Rolle, ob Gewerkschafter ihre Familienmitglieder in der Nationalbank als Mitarbeiter unterbringen oder ob die Wirtschaftstreibenden und deren Kammervertreter christlich denken und fühlen oder ob es eine Sozialpartnerschaft zwischen den Parteien gibt oder nicht: das Problem der Hausaufgaben liegt auf dem Gebiet der Geldverfassung, Finanz- und Steuerverfassung.

Es sind zurzeit schlichtweg alle Wege verbaut, ein nationales finanztechnisches Problem in einem beliebigen Mitgliedsland der EU lösen zu wollen. Im europäischen Rahmen herrscht daher eine Pattsituation. In diesem großen Rahmen einer EU müßte eine einheitliche Steuerhoheit unausweichlich zu einem weiteren bürokratischen Turm zu Babel mißraten und zur Preisgabe der angefangenen Partie führen!

Die Wiederherstellung einer finanztechnischen Handlungsfähigkeit, die jeder Staat bis 1994 besaß und sie nach 50 Friedensjahren ungenützt preisgab, setzt die Reetablierung der nationalen Finanzhoheit voraus, dh die Re-etablierung der Währungs- UND der Steuerhoheit. Das ist, nebenbei bemerkt, ein Recht einer jeden Nation! Dieses Rechts haben sich die Mitgliedsstaaten leichtsinnigerweise begeben durch den Beitritt zur EWU.

Als eine erste Aktion sollte die Aufkündigung der Währungsunion erwogen werden. Der Vorschlag zu diesem Schritt darf keineswegs als eine Einladung zur Aufkündigung der politischen Union Europas fehl interpretiert werden! Die EU sollte wegen der Solidarwirkung unbedingt beibehalten werden. Strategisch vordringlich ist die rasche Etablierung der nationalen Währungshoheit, um die unabdingbare finanztechnische Souveränität zu gewährleisten, als eine unverzichtbare Basis für alle weiteren Schritte.

#### **Neunte Barriere: Das Entschuldungsmoratorium**

In einem zweiten Schritt sollte ein Entschuldungsmoratorium des Staates und zugleich der privaten Wirtschaft folgen. Es ist unerheblich, welcher europäische Staat

diesen Schritt zuerst wagt. Es ist zu prüfen, ob ein gleichzeitiges, akkordiertes individuelles Vorgehen aller Nationalstaaten zum Ziel führen oder ob ein Einzelstaat allein mit dem Ausstieg aus der monetarischen Finanzarchitektur beginnen kann.

Mit diesem zweiten Schritt kommt man den eigentlichen Zielen der Einführung nichtmonetarischer Wirtschaftsregelungen langsam näher. Dem zweiten Schritt sollte die Verstaatlichung des Bankwesens vorangehen, um geklärte Aktionsbedingungen zu schaffen. Damit unmittelbar gekoppelt, ist sofort ein gesetzliches Inflationsverbot zu erlassen. Dann muß über eine strategische Kontrolle der Spartätigkeit des Publikums nachgedacht werden. Dies wird nur gelingen, wenn zugleich ein Übergang vom derzeitigen, monetarischen Steuersystem zu dem der Automatischen Steuer gefunden wird

Anschließend folgt der dritte Schritt: der des Abbaues des "Ballasts", welcher die Wirtschaft bisher inert gegenüber grundlegenden Reformen gemacht hat, das ist der Abbau der enormen Spargeldansprüche, in Österreich über 5,7 Bill. ÖS, die bloß aus Forderungen auf Geld bestehen, welches aber nicht vorhanden ist, nie vorhanden war und niemals vorhanden sein wird und welcher Fundus aus Forderungen bloß dazu gedient hat, die Entstehung einer nachhaltigen Wirtschaft ständig zu torpedieren! Diese Forderungen auf imaginäres Geld kennzeichnen den monetarischen, sich selbst zersetzenden Kapitalismus und stellen eine Kapitalforderung zum Erwuchern von Zinszahlungen in vorhandenem Gelde dar!

Hier sind alle Kräfte des Landes anzuspannen, um keiner Panik Raum zu geben. Dies ist die kritischste Phase im ganzen Prozeß. Alles Weitere wird dagegen ein Kinderspiel sein, denn die Wirtschaft wird unter ergokratischen Bedingungen florieren, es wird das Blut, das Geld, frei zirkulieren und dieser Umlauf wird nicht einem Würgegriff durch das Sparkreditsystem erliegen oder unterbrochen sein. Es werden die Kräfte des Lebens und der spontanen Selbstregulation, der Selbstheilung des monetarisch geknebelten und verunstalteten Wirtschaftsorganismus, erwachen; man braucht sich darüber jetzt nicht zu verbreitern.

Das Hauptaugenmerk muß der kritischen Phase, der des Abbaues der Sparkontostände (5,7 Bill. ÖS) gelten. Diese Phase kann sogar mißglücken, es gibt keine Garantie für ihr Gelingen!

Der Austritt aus der Währungsunion besitzt oberste Priorität! Ohne diese Voraussetzung ist an ein Herantreten an eine nachhaltige Finanz-, Währungs- und Steuerreform nicht zu denken!

#### Die prinzipielle Unmöglichkeit der gleichzeitigen Überwindung aller Barrieren

Es gibt einfach kein Mittel, das Verschuldungsproblem, welches immer komplizierter werdende Unbilden gebiert, direkt zu lösen.

Das Verschuldungs- und Geldvermehrungsproblem ist gegenüber allen systemimmanenten Lösungsversuchen inert. Was man vorläufig tun kann, ist, dieses versiegelte Problem zu entschlüsseln.

Da die vielen etablierten Lehren 1. in- und ausländische Anleihen bei privaten Banken trotz der inzwischen vollkommen geänderten Wirtschaftsbedingungen aufgrund horrend gestiegener Verschuldungsstände weiterhin empfehlen, sie also die neue Qualität des Wirtschaftsprozesses, den längst erfolgten Bruch mit der auf geordneten Wechselkursen begonnenen Finanzgestion, nicht erkannt zu haben scheinen und zudem 2. eine semantische Unschärfe in den Sachverhaltsdarstellung und in der Vermittlung hinzutritt, besteht de facto zurzeit nicht die geringste Chance, seitens der bekannten Strategien (monetarische Steuer- und Finanzreform) der Inangriffnahme eines Ausstiegs aus dem Monetarismus nahe zu treten. Der Monetarismus wird sich jedoch nicht von selbst abschaffen.

#### Preludium zum nationalen Ausstieg aus dem Monetarismus

Angesichts der aufgetürmten Problemlagen haben Ergokratie und Freiwirtschaft eine Lupenfunktion, sie sind Werkzeuge der Erkenntnis, sie können die Struktur des Verschuldungs- und Wachstumsproblems transparent machen. Für den Ausstieg aus dem monetarischen Kapitalismus fehlt derzeit eine vollständige Modellierung der Einzelschritte.

# Reformstrategie

#### Erweitert auf der Basis von Heinrich Färbers Sofortprogramm 1932

- 1. Austritt aus dem EU-Währungsverbund und Emission einer österreichischen Währung. Wiederherstellung der nationalen Finanzhoheit durch die Wiederherstellung der nationalen Währungshoheit. Teilweise Aufkündigung des Vertrags von Maastricht, insoweit finanztechnische Agenden Österreichs berührt sind. Teilweise Aufkündigung des Amsterdamer Vertrages, insoweit finanztechnische Gesichtspunkte betroffen sind. Aufkündigung aller finanztechnischen Verbindlichkeiten, zu welchen Österreich sich durch den Beitritt zur WWU verpflichtet hat. Davon ausgenommen ist der Mitgliedsbeitrag in der EU.
- 2. Verstaatlichung der Nationalbank. Ungültigerklärung des Nationalbankgesetzes. Reduzierung des leitenden Personals. Auflösung der AG. Vernichtung der Wechsel der OeNB. Ungültigerklärung der Aktien der OeNB. Verbot der Refinanzierungsgeschäfte, der Offenmarktpolitik und der Offenmarktgeschäfte der Nationalbank. Verbot der Wertpapier- und Pfandkreditgeschäfte. Verbot der Auktionen von Zentralbankgeldern. Keine Unabhängigkeit der Zentralbank. Verbot der Mindestreservepolitik.
- 3. **Austritt Österreichs aus dem IWF** (Internat. Währungs-Fond) und der EWU und Reetablierung des Schilling.
- 4. Umwandlung der Münze-Österreich-AG in eine leistungswirtschaftlich geführte, staatliche Münzaufsichtsbehörde.
- 5. Auflösung der 2002 gegründeten FMA (Finanzmarktaufsichtsbehörde).
- 6. **Schließung der Wiener Börse-AG.** Verbot von Termingeschäften. Verbot des Fließhandels. Auslaufenlassen bestehender Geschäfte. Verbot von Wertpapieren und Wertpapiergeschäften.
- 7. **Auflösung der ÖTOB** (Österr. Termin- und Optionenbörse).
- 8. **Umwandlung der Joint-Venture-Institute** (JVI) in Ausbildungsstätten für Leistungswirtschaft.
- 9. **Umwandlung der STUZZA** (Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr).
- 10. Verstaatlichung der Geschäftsbanken, Kreditinstitute, Volksbanken und Sparkassen, sowie der Kontrollbank-AG und Übernahme von deren Bediensteten in die Hoheit des Staates.
- 11. **Verbot des Zinswesens.** Keine Zinsen für Nationalbankkredite, keine Zinsen für Bankkredite und keine für Spargelder.
- 12. Verbot jeglicher Mindesreservehaltung kleiner als 100% für Giralgeldkredite. Verbot von Bank- und Zinsgeschäften bei Buchgeldern.
- 13. Sofortige Entschuldung des Staates durch Notendruck.
- 14. **Sofortige Entschuldung der Gemeinden.** Der Staat soll den Gemeinden hierzu Geld borgen.
- 15. Tilgung der Auslandsschulden mittels Landesgeld. Das hierzu erforderliche Geld ist durch Steuern aufzubringen. Die hierzu erhöhte Steuer wird durch

- eine staatliche Inflation erhoben. Die Wirtschaft wird zu diesem Zweck belebt, sie wird prosperieren.
- 16. Inflationsmoratorium. Stufenweise Beseitigung der bestehenden Steuern und stufenweise Einführung der Automatischen Steuer. Da keine Zinsen an die Geldsparer mehr ausbezahlt werden, werden die Sparer die angesparten Kontostände auflösen. Das hierzu erforderliche Geld wird aus den Reserven der Notenbank bestritten, welche während der Laufzeit des Moratoriums so lange aufgefüllt werden müssen, bis das Geldvolumen M1 auf das fünf- bis zehnfache des Sparvolumens vergrößert worden ist.

Einem Run zu den Banken ist durch Aufklärung der Bevölkerung entgegenzuwirken. Es sind hierzu sämtliche Glaubensorganisationen (Katholische Kirche, Evangelische Kirche, Altkatholische Kirche, die Mosaischen Glaubensmitglieder, die Moslemischen Kirchen, uva.) in den nationalen Prozeß des Moratoriums einzubinden. Es müssen die Preise der Agrarprodukte ebenso wie die Löhne und Gehälter erhöht werden, damit die Landwirtschaft zu neuem Leben erweckt wird und sich die Bevölkerung, wo immer möglich, auf eine vorübergehende Eigenversorgung umstellen kann (nicht Preisabbau, sondern Preisaufbau). Eine solche Umstellung auf Eigenversorgung könnte im Laufe des Moratoriums notwendig oder aus eigenen Erwägungen des Publikums bevorzugt werden, was die bessere Lösung wäre.

- 17. Nach Abschluß des Moratoriums wird die fein dosiert geregelte, Inflation beendet und das herkömmliche Steuersystem gänzlich abgelöst. Es herrscht ab da striktes Inflationsverbot. Ergokratische Gesetze treten in Kraft.
- 18. Volle Einführung der Automatischen Steuer. Schließung der Finanzämter.
- 19. **Sämtliche Hypotheken sind durch den Staat abzulösen** und die Pfandrechte an die staatliche Emissionsbank (Bundesbank) zu übertragen.
- 20. Alle Gesetze, die das Preisgesetz stören, sind außer Kraft zu setzen.
- 21. Wiederverstaatlichung der Postscheckämter.
- 22. Auflösung des Staatsschuldenausschusses.
- 23. Auflösung des Kreditschutzverbandes von 1870.
- 24. Umwandlung des Bundesrechnungshofes in eine ergokratische Bundesrechnungszentrale.

## Wirkungen der Sofortmaßnahmen

- 1. Wiedererlangung der kompletten Finanzhoheit (Währungshoheit).
- 2. Wiedererlangung der vollständigen finanztechn. Handlungsfähigkeit.
- 3. Herstellung der Grundlagen für eine weltweit historisch erstmalige Chance einer nachhaltigen Finanz-, Staats- und Wirtschaftsreform.
- 4. Entfall des Rationalisierungsdrucks.
- 5. Beendigung des Raubkapitalismus.
- 6. Kein GATS, keine mutwilligen "Liberalisierungen u. Privatisierungen".
- 7. Erstmalige technische Steuerbarkeit der Wirtschaft im ökologischen und im ethischen Sinne.
- 8. Internationale Vorbildfunktion Österreichs.
- 9. Neue Ära in Staat. Wirtschaft und Gesellschaft.
- 10. Beendigung des parteipolitischen "Fortwurstelns".

# Die antimonetarische Botschaft von Heinrich Färber<sup>79</sup>

- 1. In der vom Monetarismus befreiten Wirtschaft wird jeder bei mäßiger Arbeit gut leben können.
- 2. Frauenerwerbsarbeit wird nicht nötig sein. Sie werden Mütter und Hausfrauen sein, die Kinder werden spielend lernen; die Männer allein werden genügend schaffen für die Familie.
- 3. Keine Arbeitslosen mehr. Arbeitsmangel ist in dieser Wirtschaft ausgeschlossen.
- 4. Keine Bettler mehr. Arbeitsunfähige werden Staatsrenten, unverdient Geschädigte werden staatlichen Schadenersatz erhalten.
- 5. Keine Nahrungssorgen mehr. Geldknappheit, Absatzmangel, Wirtschaftskrisen sind in dieser Wirtschaft unmöglich.
- 6. Keine Geldheiraten. Weniger Unverheiratete, weniger unglückliche Ehen.
- 7. Keine Frau wird zur Prostitution gezwungen sein.
- 8. Für Haß, Unduldsamkeit, Krieg, Verbrechen wird es keinen wirtschaftlichen Anlaß geben.
- 9. Wucher, Spekulation, Ausbeutung und arbeitslose Renten gibt es dann nicht.
- 10. Keine Klassenherrschaft, kein staatlicher Zwang, volle Freiheit. Jeder schafft, was, wie und wie lang er will; doch den Durchschnitt muß er leisten. Nicht äußere Gewalt, sondern das eigene Interesse, der Lebenswille werden dazu zwingen, wie überhaupt alles in dieser Wirtschaft sich automatisch abwickeln wird.

\_

<sup>&</sup>lt;sup>79</sup> Heinrich Färber: "Kritik der Volkswirtschaftslehre", Wien 1923; neu: Graz, 1998, S. 6.

# Keine Finanzreform ohne Entschuldung! Keine Entschuldung ohne Rückkehr zur nationalen Währungshoheit!

# Adresse an die Österreichische Republik

(Gültig ebenso für die Politik eines jeden EWU-Teilnehmerlandes) (Schreiben des Autors an den BP, die Bundesregierung und an die Opposition, Jänner 2003)

## Präambel

1. Das vergangene 20. Jahrhundert hat sich für die Publikwerdung der Lösung des Verschuldungsproblems als tödlich ungünstig erwiesen.

Es obliegt der nüchternen Einsicht, nunmehr den seit 1923 in Österreich von dem Volkswirt <u>Heinrich FÄRBER (1864-1941)</u> formulierten Algorithmus zur Lösung des Verschuldungsproblems aufzugreifen und ihn beispielhaft im Lande seiner Entdeckung, in Österreich, anzuwenden.

Die auszusprechenden Tatsachen können nicht länger verdrängt werden. Die Welt wird Österreich danken dafür, daß in ihm Politiker mit dem Herzen am rechten Fleck gelebt haben, die dieses eminent wichtige Wissen anwandten und so der übrigen Welt einen gangbaren Weg gewiesen haben, heraus aus dem entsetzlichen Finanzchaos des monetarischen Kapitalismus.

- 2. Die in jedem Teilnehmerland der Europäischen Währungsunion enorm angewachsene, innere und äußere, Verschuldung erfordert ein vorübergehendes Innehalten in der Europäischen Integration, um den in jedem Lande unumgänglich gewordenen Entschuldungsprozeß einleiten und erfolgreich durchführen zu können, will man einer Finanzkatastrophe rechtzeitig begegnen. Behutsamkeit ist gefordert, weil ein zu unbedachtes Herangehen an diese Aufgabe das Gegenteil bewirken kann, nämlich eine Psychose und ein Abwenden der Bevölkerung, der ganzen Volkswirtschaft, vom dringend notwendigen Entschuldungsprozeß.
- 3. Anschließend, nachdem der Entschuldungsprozeß erfolgreich beendigt ist, darf an eine grundlegende Finanzreform, als <u>Vorstufe</u> zu einer gedeihlichen und funktionstüchtigen Europäischen Union, geschritten werden.
- 4. Es wird sich dann eine Volkswirtschaft ergeben, welche frei sein wird von den Krisen und Kriegsgefahren der Vergangenheit. Echter Frieden kann nur gedeihen in einer sorgfältig geordneten Wirtschaft. Dazu bedarf es jedoch des verfassungsgesetzlichen Schutzes von technisch perfekt organisierten, nichtmonetarischen, Finanzprinzipien. Solche ergokratischen Prinzipien gibt es. Sie wurden 1923 in Österreich entdeckt und formuliert.

## Kurzfassung.

Die gegenwärtige Privatwirtschaft kann ein unproduktives Konsumieren leicht verkraften. Das, was sie aber nur schlecht bzw. gar nicht verkraftet, ist ein Zahlen jener Geldscheine, die sie für Leistungen von den Konsumenten erhielt, an Unberechtigte<sup>80</sup>. Dieser Wucher wird durch ein falsches Geld, ein falsches Steuer- und ein falsches Finanzsystem verursacht, wodurch die Privatschulden das 20-fache des überhaupt vorhandenen Geldes betragen. Die Wirtschaft ist an die Unberechtigten Zinsen für Geld schuldig, welches nicht existiert! Zinsen zahlen für Phantomschulden, Steuerzahlen für Unberechtigte und Leistungen abgeben an oft weitgehend unproduktiv bürokratisierte Strukturen, sind die Faktoren, welche den produktiven Sektor und die Umwelt über ihre Grenzen hinaus belasten. Dieses Unrecht, dieser Frevel an der Schöpfung, wird zementiert durch die kürzlich erfolgte Währungsunion, durch welche sich jeder Teilnehmerstaat die Möglichkeit zum Entschuldungsprozeß und zur Finanzreform im eigenen Bereich genommen hat.

Der Ausweg aus der Krisenentwicklung besteht nicht in kosmetischen Operationen, sondern in einer Entfernung des Krebsgeschwürs des Monetarismus aus dem an sich noch positiv entwicklungsfähigen Organismus des Kapitalismus. Das bedeutet die Inangriffnahme eines Entschuldungsprozesses, welches seit Jahrzehnten ansteht, sowie einer anschließenden, ergokratischen Finanzreform, als mustergültiges Experiment für einen die Welt erobernden Dominoeffekt der Ausbreitung der Ergokratischen, dh, christlichen und substantiell echten sozialen Wirtschaftsordnung. Die Vorbedingung zum Gelingen desselben ist in jedem Teilnehmerland der EWU die Rückkehr zu einer nationalen Finanz-, Geld- und Steuerhoheit, um den so wichtigen nationalen Handlungsspielraum wiederzuerlangen.

Nutznießer dieser großen Umwälzung werden die Wirtschaft und in deren Gefolge notwendiger Weise alle Unselbständigen sein.

Die Politik sollte sich zurückhalten darin, Sozialsysteme aufzugeben, noch bevor die schädlichen, monetarischen Geld- und Steuersysteme durch eine Entschuldung des Staates und der Wirtschaft in ergokratische umgewandelt worden sind.

\_

<sup>&</sup>lt;sup>80</sup> Um einem Mißverständnis vorzubeugen, ist festzuhalten, daß es problematisch ist, die "Unberechtigten" näher zu definieren, ohne bestimmte Gruppen oder Personen zu verletzen. Es sind historisch gewachsene, bürokratische Fehlstrukturen, organisatorische Zweigleisigkeiten im Staate, welche die Schwierigkeit im Benennen dieser Personengruppen oder Gruppeninteressen bedingen. Es ist daher ratsam, das sprachliche Umfeld verletztender Begriffe und Benennungen zu meiden.

# A. Entschuldung als Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzreform.

**These:** Solange der finanztechnische Mechanismus des ständigen Schuldenwachstums des Staates und der Privatwirtschaft nicht erkannt und unschädlich gemacht ist, bleibt jede Finanzreform (Geld- und Steuerreform, sowie andere Reformen, wie Pensionsreform) hoffnungsloses Stückwerk und vermag das Weiterdrehen der Verschuldungsspirale nicht zu stoppen!

**Begründung:** Die Mechanik der Verschuldung des Staates und der Privaten beruht auf finanztechnischem Unwissen der Finanzinstitutionen (Finanzministerium, Nationalbank, Geschäftsbanken, Kreditinstitute), so wie auf einer auf Unwissenheit beruhenden und falschen Verhaltensweise des Souveräns.

# B. Technische Undurchführbarkeit eines Entschuldungsprozesses innerhalb des EWU-Verbundes.

**These:** Ein Entschuldungsprozeß innerhalb des europäischen Währungsverbundes ist finanztechnisch undurchführbar. Die Schaffung der Währungsunion war verfrüht!

## Begründung:

- a) Die Volkswirtschaften in den Teilnehmerländern haben unterschiedliche Niveaus, unterschiedliche Strukturen und unterschiedliche Geschwindigkeiten.
- b) Die Staatsverschuldung in jedem der Teilnehmerländer der EWU ist, gemessen am jeweiligen nationalen Bruttoinlandsprodukt unterschiedlich hoch;
- c) Das Preis- und Einkommensniveau in jedem Nationalstaat ist verschieden.
- d) Die Einführung des EURO hatte demonstriert, daß ein Vereinheitlichungsinteresse besteht und auch durchführbar ist.

Nun muß differenziert werden, welche Interessen auf einen gemeinschaftlichen Nenner gebracht werden dürfen und welche nicht, mit dem Zweck, die lebensnotwendigen finanztechnischen Handlungsspielräume der individuellen Nationalstaaten nicht zu beschneiden.

# C. Die Einleitung von Entschuldungsprozessen setzt die Rückkehr zu nationalen Währungen voraus.

**These:** Die Einleitung eines nationalen Entschuldungsprozesses ist an die Existenz einer nationalen Finanzhoheit gebunden. Die nationale Finanzhoheit besteht aus der nationalen **Währungshoheit** und der nationalen **Steuerhoheit**.

Begründung: Das allmonatlich zirkulierende Geldvolumen ist Rechengröße für das Jahresbruttonationalprodukt. Die vom Bund jährlich erhobene Steuergeldgröße ist direkt an die Größe des zirkulierenden Geldvolumens gebunden. Folglich ist auch die Zunahme der jährlich gesparten Geldmenge gebunden an die Größe des monatlich zirkulierenden Geldvolumens. Als weitere Folge ist auch die Größe der Zinsen, die für die Spargelder zu zahlen sind, an dieses zirkulierende Geldvolumen gekoppelt. Folglich setzt jede finanztechnische Maßnahme, welche darauf gerichtet ist, die Summe der Spargelder zu drosseln, um auf diesem Wege den Wirtschaftsschulden eine rückläufige Entwicklungstendenz zu verleihen, die Existenz verlässlicher, nationaler, Zahlengrößen voraus.

Solche verläßlichen, nationalen, Finanzzahlengrößen existieren ab dem Augenblick nicht mehr, ab welchem mindestens eine der Hoheiten (Währungs- oder Steuerhoheit oder beide) an eine übergeordnete Währungshoheit (Europäische Währungsunion, EWU) abgetreten wurde.

**Schlußfolgerung:** Die nationalen Finanzhoheiten dürfen keinesfalls aufgegeben und durch eine gemeinschaftliche, europäische Währung ersetzt werden, solange in jedem Lande Verschuldungsmechanismen fortwirken und solange kein gleiches Preis- und Einkommensniveau erreicht ist. Eine "Rail-to-rail-Koppelung" der Währungen ist nur dann statthaft, wenn die Volkswirtschaften in allen Kenngrößen relativ übereinstimmen, wenn also die Umrechnungsgrößen von Schilling in DM oder von Schilling in France oder von DM in France in allen Fällen jeweils 1:1 konvertibel gemacht geworden sind, dh 1 ÖS = 1 DM = 1 F = 1Pfund Sterling etc. Dann erst könnte eine Währungsunion behutsam versucht werden, wie das Öffnen von Schleusen im Schiffsverkehr auch.

Da in jedem Mitgliedsland der EWU Verschuldungsmechanismen in Kraft und die Umrechnungsgrößen sämtliche ungleich waren und sind, kann in keinem der Mitgliedsländer der so notwendige Entschuldungsprozeß ohne einen vorherigen Austritt aus der EWU eingeleitet werden.

Somit sind die Punkte B.) und C.) bewiesen.

# D. Die Arten der Verschuldung des Staates und der privaten Volkswirtschaft

Grundsätzlich gibt es zweierlei Arten der Verschuldung des Staates und der Volkswirtschaft.

STAATSVERSCHULDUNG und VERSCHULDUNG der PRIVATEN.

- 1. Verschuldung durch Anleihen bei heimischen Kreditinstituten
- 2. Verschuldung durch Anleihen bei ausländischen Kreditinstituten

Diese Verschuldungsarten zerfallen in weitere Unterbereiche, die hier nicht interessieren.

# E. Generalstabsmäßige Vorbereitungen des Entschuldungsprozesses.

Um einen Entschuldungsprozeß einleiten zu können, muß zuerst der Vorgang der Verschuldung bekannt sein. Die Entschuldung hat in umgekehrter Richtung unter Bedachtnahme auf wirtschaftliche Gegebenheiten feingeregelt zu erfolgen.

Es ist nicht möglich, Schulden, wie manchmal zu hören ist, einfach zu streichen, weil die Schuldner nicht identisch sind mit den Gläubigern.

Es muß daher der Prozeß studiert werden, auf welchem die Verschuldung entstanden ist, um den Schlüssel finden zu können, auf welchem Wege diese Verschuldung wieder reversibel gemacht wird.

Da es sich beim Entschuldungsprozeß um eine Maßnahme zur Verhinderung bzw. zur Vorbeugung einer Finanzkatastrophe handelt, welche eintritt, wenn keine Entschuldung veranstaltet wird oder auch eintreten kann, wenn der Prozeß des Entschuldungsprozesses aus finanztechnischen Gründen mißlingt, muß im einzelnen aus Rücksicht auf das rasche Gelingen des Entschuldungsprozesses (Zeitrahmen 5 bis 10 Jahre) auf die exakte numerische Ermittelung der jeweiligen Geldbeträge verzichtet werden. Der Wirtschaft wird daher eine gewisse Flexibilität und Toleranz abverlangt werden müssen.

Ein Entschuldungsprozeß sollte daher nur durchgeführt werden, solange die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande einen hohen Lebensstandard gewährleisten. Diese Bedingung ist in allen Mitgliedsländern der EU weitestgehend erfüllt, daher man ohne Zögern das Vorhaben beginnen sollte.

Ungelöst sind im Einzelnen noch die generalstabsmäßigen Vorkehrungen und Planungen. Es ist ein **Expertenstab** aufzubauen, welcher in den **Algorithmus des Entschuldungsprozesses** genau eingeweiht ist und welchem die erhabene Aufgabe anvertraut werden kann.

Zu diesem Zwecke sind die Medien eigens vorzubereiten, um etwaigen Tendenzen zur Hysterie in der Bevölkerung rechtzeitig gegenzusteuern. Die mit der Aufgabe Betrauten müssen Zuversicht ausstrahlen. Es darf keiner Spur einer Skepsis in den zu verwirklichenden Plan Vorschub geleistet werden. Es ist ein hohes Maß an Friedenszuversicht und ein hohes Maß an den Glauben in das Gelingen des Planes zu verbreiten. Die materiellen Mittel dazu fehlen in unseren Ländern nicht.

Die Kirchen aller Glaubensrichtungen und Einrichtungen von karitativen oder sonst wohltätigen Zwecken sind zur ideellen Unterstützung und Begleitung des Vorhabens eingeladen. Mit deren Hilfe wird auch das letzte Stück Ängstlichkeit beschwichtigt werden und es wird somit ein familiärer und respektvoller Umgangston innerhalb der Familie Österreich gewährleistet sein.

Es müssen der Bevölkerung die Mechanismen der Verschuldung erklärt und sodann die Entwicklungen vorgeführt werden, welche bei einem Unterbleiben eines Entschuldungsprozesses der Österreichischen Republik drohen.

Die Bevölkerung muß in die Details der Entschuldung rechtzeitig eingeweiht und mit ihnen vertraut gemacht werden. **Ergokratisches Wissen** wird öffentlich zu verbreiten sein, um eine aufgeklärte Bevölkerung zu bekommen. Dies kann nur auf dem Wege des Einsatzes aller Medien erfolgen. Eine nationale Selbstrettungsaktion von bisher nicht da gewesenem Ausmaße kann nur durch eine abgeklärte und fest entschlossene, vom Gelingen des Projekts felsenfest überzeugte Staatsführung durchgeführt werden.

Der amtierenden Regierung ist eine solche Aufgabe zuzumuten. Es fehlt nicht an Mut und Entschlossenheit. Es fehlt nur am technischen Wissen, welches bedingt ist durch die Ungewöhnlichkeit und durch die historische Einmaligkeit des in Aussicht genommenen Projekts.

# F. Anfangs- und Endphase des Prozesses.

Ab der Mitte der Phase des Entschuldungsprozesses, nachdem die schwierigsten Klippen genommen worden sind, werden in der Tendenz die erfreulichen Facetten der gelungenen Entschuldung hervortreten; es wird sozusagen Zuversicht um sich greifen, es wird "frisches Blut" die Adern der Wirtschaft durchströmen; es wird die Überzeugung, daß die alten, auf Unwissen beruhenden finanzpolitischen Fehlhandlungen von Staat, Wirtschaft und Individuum auf dem Wirtschaftssektor überwunden ist, sich durchsetzen und es wird ein neues Denken sich den Weg bahnen; der nahende Erfolg des Unternehmens wird magnetisch zu wirken beginnen und wird in der Endphase den Abschluß des Entschuldungsprozesses beschleunigen.

Die gegenwärtige Konstellation in der Österreichischen Innenpolitik läßt das Gelingen eines solchen Projektes durchaus in Griffweite erscheinen. Es sind noch nicht in allen Lagern Gesprächsbereitschaft und der nötige Glauben in die Durchführbarkeit dieses Entschuldungsprozesses verbreitet. Doch könnte sich dies vergleichsweise rasch ändern.

In Österreich gibt es einen Fundus an geldtheoretischem Wissen, welcher heterogen ist und sich aus verschiedenen Denkrichtungen zusammensetzt, welchen aber eines gemeinsam ist, nämlich, das Ziel der Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag.

## Literatur

Mankiw, G.: Makroökonomik, 4. Aufl., 2000. Kompendium von Texten zur Wirtschafts- und Währungsunion, 1997. Wirtschafts- und Sozialstatistisches Taschenbuch der AK, 2003.

Stein, J.: Das Bankwesen in Deutschland, Bank Verlag Köln, 1993.

Die Deutsche Bundesbank, Presseinfo der Deutschen Bundes Bank, 1998.

**Schulpaket zur Geldpolitik**, vier Hefte: <u>Das österr. Finanzwesen</u>, <u>Das Geld</u>, <u>Gängige Begriffe der Geld- und Währungspolitik</u>, <u>Die OENB im ESZB</u>, 4. Aufl. Februar 2004.

Blessing, Otmar-M., "Handbuch der Inflationen", KSV Verl. Stuttgart, 1947.

Issing, Otmar: Einführung in die Geldtheorie, 11. Aufl., Vahlen, 1998.

Jarchow, H.-J.: "Theorie und Politik des Geldes", UTB Vandenhoek, 11. Aufl., 2003.

Kodex des österr. Rechts. Banken- u Börserecht, Sammlg österr. Bundesges., ORAC, Wien 1997.

Knoflacher, Hermann: "Stehzeuge. Der Stau ist kein Verkehrsproblem", Wien, 2001.

Woltron, Klaus; Knoflacher, Hermann; Agnieszka Rosik-Kölbl: "Wege in den Postkapitalismus", Edition Selene, 2004.

Riedl, Rupert: "Die Strategie der Genesis", 1980.

Riedl, Rupert: "Die unheilige Allianz", WUV Verl. Wien, 2004.

Riedl, Rupert, Delpos, M.: "Ursachen des Wachstums", Kremayr & Scheriau, Wien, 1996.

Woltron, Claus: Die sieben Narrheiten des 21. Jahrhunderts, NP-Verl. Linz 2003.

Gehmacher, Ernst: In: Ursachen des Wachstums, Kremayr & Scheriau, Wien, 1996.

**Aubauer**, **Hans:** Ausweg aus dem wirtschaftlichen Fundamentalismus: Substitution des Produktionsfaktors Ressourcen durch den Produktionsfaktor Arbeit. Wien, Feb. 2004.

StSA, Staatsschuldenausschuß: Berichte über die öffentlichen Finanzen, 1999 - 2004.

Hankel, W.; Nölling, W., Albrecht, K., Schachtschneider, J. Starbatty: "Die EURO-Klage. Warum die Währungsunion scheitern muß", rororo aktuell 1690, Reinbeck/Hamburg, 1998.

**Anonym:** Vor < lag einer Maßregel, um im ö}erreici < en Kaiserthume die Gleicheit zwi < en Staat+einnahmen und Staat+au+gaben herzu}ellen, (Mechitharisten Buchdruckerei), Wien 1860.

**Ude, Johannes:** "Das Wirtschaftsideal des Volks- und Staatshaushaltes", (maschinschriftliches Manuskript mit handschriftlichen Korrekturen), 548 Seiten, Graz, Juni 1923; "Das Recht auf Eigentum" und "Eigentum, Kapitalismus, Christentum" Leop. Stocker Verl. Graz, 1930. "Die Lösung der sozialen Frage durch Christus", Leop. Stocker Verl., Graz 1932; "Das Geld. Währungsfragen und Währungsscherereien", Friedensverlag, Salzburg, 1946. "Naturrecht, Christentum und Demokratie", Friedensverlag Salzburg, 1946; "Das Recht auf Arbeit", 1946 und "Das Recht auf Eigentum" 1947.

**Liebmann, Maxim.:** Johannes Ude, sein Leben, sein Wirken... Ausseer Beitr., "Ausseerland" <u>7</u>, 1985. **Johannes Kleinhapl:** "*Unus Contra Omnes. Der schwere Weg gegen den Strom"*, Tyrolia, 1995.

**Duchrow**, **U.:** Alternativen z kapitalist. Wirtschaft. Bibl. Erinnerungen. Gütersloher Verl. Haus 1994.

Paltauf, Carl: "Die Expropriation de+ Privilegium+ der Bank", Wien, Tirnau, 1862.

**Heinrich Färber:** Das Geldproblem als Grundlage zur Sanierung der Weltwirtschaft, Wien 1922. Anklage gegen die Wissenschaft, Wien, 1920; Graz, 1997. Die Bundeszeitung I.-IV., Wien, 1921/22; Der Scaffende 1. – 20. (Ztg.), Wien, 1922-26. Kritik der Volkswirtschaftslehre, Wien 1923, Graz, 1997. Die Nacht I u II, Wien, 1925; **Monetaro+** I-IV, Wien 1926; Das Raubtier Notenbank, Wien 1928; Der Ergokrat 1.-35. (Ztg.) 1928-1936, Wien; Das Geldmonopol, Wien 1927, Graz 1997. Die Wiedererrichtung der Geldmonopole nach dem I.WK, Wien 1927; Das Steuerproblem, Wien 1927; Ergokratische Woche, Ztg., 1.-3., 1933; Das ergokratische Manifest, Wien 1930, Graz 1997. New Deal, 1934, Die Irrlehre Silvio Gesells, Wien 1934, Graz, 2001 (Mit einem Anhang des Herausgebers); MENETEKEL I, II, III, Wien 1935-37, Graz 1997. Das ergokratische Evangelium, Wien 1941, Graz, 2003. Wiener Theorie der Buchhaltung oder die Buchungseinheit, Wien, 1917, neu 1997. Der neue Kapitalismus und die wirtschaftliche Zukunft, Wien, 1918, neu Graz, 1997. Das Arbeitslosenproblem, Wien 1931; Die Alternative: Entweder Ergokratie oder bürokratischer Kommunismus, Wien 1934, Graz 1998. Ergokratie, Wien, Steyr 1977; alle Schriften Färbers im Ergokratie-Archiv; Finanz-Ergokratie-Verlag, Graz, ISBN 3-901805- so wie im Handel.

**Zeitungen der EPÖ** zwischen 1947 und 1992. Programm der **EPÖ**, Wien 1950. Was wollen die Ergokraten? Wien, 1949. Der Zweifler und der Ergokrat, Wien 1949.

Keller, Robert: Panökonomie I und II, Pentagramm Verlag, Wien 1947, Graz, 1998.

Hochstetter, F.: "Geld und Kredit als Störer der modernen Tauschwirtschaft", Mil. Verl. Berlin 1933.

Hochstetter, F.: "Die Gütertauschlehre", Zitzmann Verl., Nürnberg 1935.

Popper-Lynkeus, Josef: Die Nährpflicht des Staates, Wien 1923.

Belke, Ingrid: "Die sozialreformerischen Ideen Josef Popper-Lynkeus", Dissertation, Frankfurt 1978.

Talos, Emmerich: "Materielle Grundsicherung. Popper-Lynkeus' Programm...", Wien 1989.

Talos, Emmerich: "Bedarfsorientierte Grundsicherung", Mandelbaum, Wien 2003.

Autengruber, Peter: Österreichische Kleinparteien 1945-1966. Studien Verl. Innsbruck, 1998.

Fuhrmann, W.: "Geld und Kredit. Prinzipen monetärer Makroökonomik", Oldenbourg, München 1987.

Lansburgh, Alfred, (Argentarius, Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn):

Drei Aufsätze zur Bankenquete, Berlin 1910. Das Wesen des Geldes, Bank Verl., Berlin 1923; auszugsweise neu: "Das Geld" bei Bokelberg, Hamburg 1983 (?). Die Börse, Berlin, 1922. Die Arbeit. Berlin, 1931. Das Kapital, Berlin, 1929. Die Talsperre von Neander, 1927. Die Briefe des Bankdirektors Argentarius vom Gelde, beantwortet von seinem Sohn, Kaiserslautern, 1927. IMAG, 1931. Depositen und Spargelder,1924; Aladin und die Wunderlampe, Berlin 1927. Währungsnot, Berlin, 1923. Sokratische Gespräche, Berlin, 1924. Die Kreditbank I, Berlin 1922. Die Kreditbank II, Berlin 1924. Die Bank, Monatszeitschrift für das Bankwesen, Berlin 1909-41.

Binswanger, H.-Ch.: "Die Magie des Geldes", "Geld und Magie: Deutung u Kritik d modernen Wirtschaft anhand von Goethes Faust", Ed. Weitbrecht, Stuttgart, 1985.

Campanella, Tommaso: "Der Sonnen}aat", 1623.

Blaich, Fritz: "Der schwarze Freitag", dtv, 1990.

Rohr, Richard: "Hoffnung und Achtsamkeit: spirituell leben in unserer Zeit", Herder, Freiburg, 2001.

**Soddy, Frederick:** Cartesian Economics, 1921. The Inversion of Science, 1924. The Wrecking of a Scientific Age, 1927. The Impact of Science, 1928. Money and Man, 1932. Poverty Old and New, London 1932. Wealth, Virtual Wealth and Debt, 1932. The Role of Money, 1934; Money as Nothing for Something, 1935. The British Budget. Dirge: Air-Clementina, 1938. The Finance and the War, 1940. The Arch-Enemy of Economic Freedom, 1943. Money Reform as a Preliminary to all Reform, London, 1950. Dishonest Money, 1950; Frederick Soddy Calling all Tax Payers, London, 1950.

**Daly, Herman:** The Economic Thought of Frederick Soddy, History of Polit. Economy, *12* (4), 469, DUP 1980. **Waldert, Helmut:** Kassettenkopien der Ö1-Radiosendungen *"Geld frißt Welt!"* ORF Wien. 1996-2001.

Mocnik, K.: Leben und Werk des Nationalökonomen Heinrich Färber. Die ergokratische Wirtschaftslehre. (Ausstellungskatalog), 170 S., Graz, 1997. ISBN 3-901805-32-1.

**Mocnik, K.:** Geld regiert die Welt, oder sind es die Leistungen und Güter, die die Grundlage für diese angemaßte Regentschaft bilden? Vortrag bei den 'Stiftingtaler Gesprächen', Arbeiterkammer, Graz, 1997. **Mocnik, Karl:** Staatsfinanzen. Ein Didaktikthema für Euklidiker. Vortrag, Tagungsband der 31. Jahrestagung

zur Didaktik der Mathematik, Universität Leipzig, 1997. ISBN 3-88120-

**Margreiter, Gerhard:** Geld ist anders und wichtiger als Ökonomen glauben. Wien, 2003. Priv. reprint. **Glötzl, Erwin:** Der zweite Hauptsatz der Volkswirtschaftslehre, Linz 1996.

Creutz, Helmuth: Das Geldsyndrom, 2. Aufl., Ullstein, 2000.

Onken, W.: Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit, Lütjenburg, 2000.

Lang, Thomas: Geld u Zins...Ursachen des Wirtschaftswachstums, Lütjenburg 1998.

Cornelius, Brigitte: ZB Canada: Mrd. f Bankleute, Schulden für Bevölkerung, o. J.

Gesell, Silvio: Die natürliche Wirtschaftsordnung. Freiland u Freigeld, 4. Aufl. 1920, neu bei Gauke, 1991.

Schlesinger, Schotten, Wallner: Devisen-Schulden-Spesen-Sparen, Czernin Wien, 2003.

Heinsohn, Gunnar; Steiger, Olaf, Eigentum, Zins und Geld. Rowohlt, 1996.

Roncaglia, Alessandro: Handbuch der modernen Wirtschaft, Edition S, 1987.

Reich, Wilhelm: "Arbeitsdemokratie I u. II", Oslo, 1939, nicht im Handel.

Reich, Wilhelm: "Menschen im Staat", Wien 1934.

Langer, W., Spreitzer, S.: "Österreichs Wirtschaftslexikon von A-Z", Linde, Wien, 2003.

Kerschagl, R.: Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl. Wien 1948.

Rathkolb, O.: ["Österreichs Wirtschaft von 1945 bis heute"] in Vorbereitung, 2005.